

Konzernabschluss und Konzernlagebericht 2013

www.ibb.de



Leistung für Berlin.

Inhaltsverzeichnis

KONZERNLAGEBERICHT	5
GRUNDLAGEN	5
IBB Konzern	5
Förderbank des Landes Berlin	6
Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie	6
Steuerungssysteme der Bank	8
WIRTSCHAFTSBERICHT	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Geschäftsverlauf 2013	13
Allgemeiner Geschäftsverlauf	13
Ergebnisentwicklung	16
Lage des Konzerns	18
Ertragslage	18
Vermögenslage	20
Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität	21
NACHTRAGSBERICHT	23
PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	24
Prognose- und Chancenbericht	24
Risikobericht	29
KONZERNABSCHLUSS	64
KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	65
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG	66
KONZERN-BILANZ	67
KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	68
KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG	70
KONZERN-ANHANG	72
(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses	72
(2) Angewandte Rechnungslegungsvorschriften	73
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	79
(3) Konsolidierungsgrundsätze	79
(4) Konsolidierungskreis	80
(5) Finanzinstrumente	81
(6) Finanzgarantien	86
(7) Strukturierte Finanzinstrumente	86
(8) Echte Pensionsgeschäfte	87
(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	87
(10) Währungsumrechnung	88
(11) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	88
(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	89
(13) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verpflichtungen	91

(14) Finanzanlagen	92
(15) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	92
(16) Immaterielle Vermögenswerte	93
(17) Sachanlagen	94
(18) Ertragsteuern	94
(19) Sonstige Aktiva	95
(20) Verbindlichkeiten	95
(21) Rückstellungen für Pensionen	96
(22) Andere Rückstellungen	96
(23) Sonstige Passiva	97
(24) Eventualschulden	97
(25) Anpassungen unter Anwendung von IAS 8	97
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	98
(26) Zinsüberschuss	98
(27) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	99
(28) Provisionsüberschuss	99
(29) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	99
(30) Ergebnis aus Finanzanlagen	100
(31) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen	100
(32) Verwaltungsaufwand	101
(33) Sonstiges betriebliches Ergebnis	102
(34) Ertragsteuern	102
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	104
(35) Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	104
(36) Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	104
(37) Steuereffekte der Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses	104
Segmentberichterstattung	105
(38) Erläuterung und Methodik zur Segmentberichterstattung	105
(39) Entwicklung der Segmentergebnisse	107
Erläuterungen zur Bilanz	110
(40) Barreserve	110
(41) Forderungen an Kreditinstitute	110
(42) Forderungen an Kunden	110
(43) Wertberichtigungen auf Forderungen	111
(44) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	112
(45) Finanzanlagen	113
(46) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	114
(47) Immaterielle Vermögenswerte	114
(48) Sachanlagen	115
(49) Ertragsteueransprüche	117
(50) Sonstige Aktiva	117
(51) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	118

(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	118
(53) Verbriefte Verbindlichkeiten	119
(54) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	120
(55) Rückstellungen	120
(56) Ertragsteuerverpflichtungen	124
(57) Sonstige Passiva	124
(58) Eigenkapital	124
Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten	125
(59) Wertpapierpensionsgeschäfte	125
(60) Sicherungsleistungen	126
(61) Saldierung von Finanzinstrumenten	127
(62) Nachrangige Vermögenswerte	129
(63) Derivative Geschäfte	130
(64) Zeit- und Buchwerte nach Klassen und Bewertungskategorien	131
(65) Ergebnis nach Bewertungskategorien	134
(66) Bewertungsverfahren bei der Ermittlung von Zeitwerten	135
(67) Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Kredite und Forderungen und finanzielle Verbindlichkeiten	140
Sonstige Angaben	141
(68) Eigenkapitalmanagement	141
(69) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital	142
(70) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen	143
(71) Treuhandgeschäfte	144
(72) Angaben zu Leasingverhältnissen	144
(73) Sonstige Haftungsverhältnisse	145
(74) Anteilsbesitzliste	146
(75) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	148
(76) Bezüge und Pensionszusagen der Organe	151
(77) Geschäftsvorfälle mit Organen	152
(78) Corporate Governance	152
(79) Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates der IBB	153
(80) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	153
(81) Ereignisse nach dem 31. Dezember 2013	154
(82) Abschlussprüferhonorare	154
(83) Übrige sonstige Angaben	155
 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	 156
 Versicherung des gesetzlichen Vertreters	 158
 Impressum	 159

Grundlagen

IBB Konzern

Mutterunternehmen des IBB-Konzerns ist die Investitionsbank Berlin (IBB). Aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts ist sie die dominante Gesellschaft für den Konzern. Aus diesem Grund beziehen sich die Ausführungen im Lagebericht zum großen Teil auf die IBB.

Folgende Unternehmen werden neben der Investitionsbank Berlin im IBB-Konzern konsolidiert:

konsolidierte Unternehmen	Anteil IBB (%) unmittelbar	Anteil IBB (%) mittelbar
Tochterunternehmen		
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin		100,0
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	
IBB-Holding GmbH, Berlin	100,0	
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin	100,0	
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin		100,0
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	52,5	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	100,0	
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	100,0	
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	100,0	
Zweckgesellschaften im Sinne von SIC 12		
DeAM-Fonds IBB Corp	100,0	
Assoziierte Unternehmen		
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin	31,5	
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	25,0	

Förderbank des Landes Berlin

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die Förderbank des Landes Berlin und eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts. Träger der IBB ist das Land Berlin. Die IBB unterstützt das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben auf Basis eines gesetzlich verankerten Förderauftrags. Daraus ergibt sich ihr nachfolgendes Selbstverständnis.

Im staatlichen Auftrag stellt sie unter Beachtung der Beihilfavorschriften der Europäischen Union Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung sowie auf weiteren gesetzlich festgelegten Gebieten durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein breites Förderproduktportfolio und bietet außer revolvingierenden Instrumenten in Form von Darlehen, mezzaninem Kapital sowie Beteiligungen auch Zuschussprogramme sowie Beratungsleistungen an. Damit trägt sie zur Umsetzung der übergeordneten Ziele des Landes Berlin, wie der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Stärkung der Wirtschaftskraft bei.

Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein. Sie verfügt über eine Anstaltslast sowie eine Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin und kann sich daher zu vergleichsweise günstigen Konditionen refinanzieren.

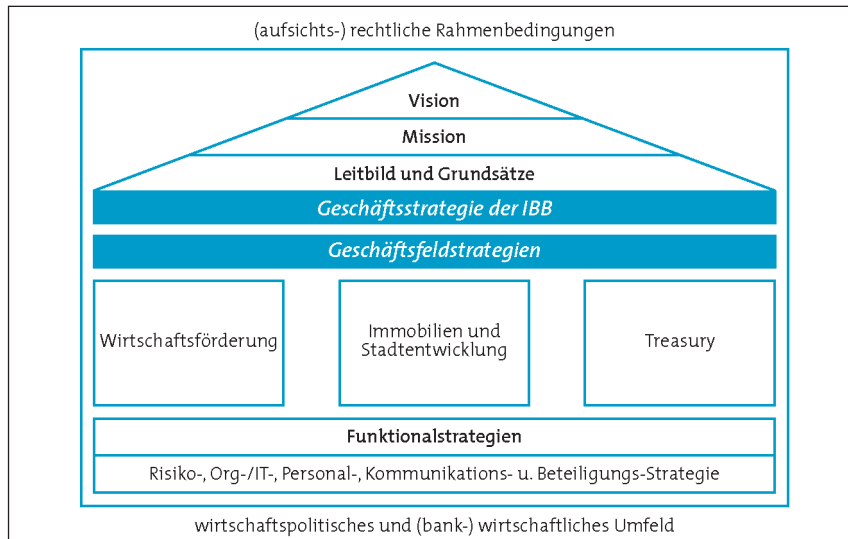
Die IBB unterliegt der in der Verständigung II formulierten Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002 in Bezug auf die Verwendung der Vorteile aus der Anstaltslast und der Refinanzierungsgarantie für die Geschäftstätigkeit im Rahmen ihres Förderauftrages. Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Bank ist das Gesetz zur rechtlichen Verselbstständigung der Investitionsbank Berlin vom 25.05.2004.

Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Die Geschäftsstrategie der IBB leitet sich aus dem gesetzlich verankerten Förderauftrag ab und stellt die Grundlage für das Handeln in der IBB dar. Die Geschäftsstrategie setzt sich zusammen aus einem allgemeinen Teil sowie den drei Geschäftsfeldstrategien Wirtschaftsförderung, Immobilien und Stadtentwicklung und Treasury sowie den Funktionalstrategien für Risikomanagement, Personalmanagement, Organisation und Informationstechnologie, Beteiligungen sowie Kommunikation.

Die Rahmenbedingungen betreffen insbesondere das (aufsichts-) rechtliche, wirtschaftspolitische sowie (bank-) wirtschaftliche Umfeld sowie deren weitere Entwicklung.

Geschäftsstrategie der IBB



In der Geschäftsstrategie wird die künftige Unternehmenspolitik der Geschäftsleitung gemäß den Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) für die IBB dargelegt. Um den langfristigen Erfolg der Bank sicherzustellen, ist die Geschäftsstrategie unter Beachtung der existierenden Rahmenbedingungen sowie der verfügbaren Ressourcen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dabei werden – unter Berücksichtigung der externen sowie internen Einflussfaktoren – Ziele für die Gesamtbank sowie ihre drei Geschäftsfelder festgelegt und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele definiert.

Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Dabei erfolgt eine umfassende Finanzierungsberatung mit ganzheitlichem Lösungsansatz. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren.

Im Geschäftsfeld Immobilien und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und private Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften, Privatinvestoren, Eigenheimbesitzer, Wohnungseigentümergeinschaften sowie Geschäftsbanken.

Das Geschäftsfeld Treasury dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es marktseitig für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der IBB erfolgt auf Grundlage der handelsrechtlichen Rechnungslegung unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen. Darunter fallen insbesondere die Festlegung der Ausrichtung der Geschäfts- und Risikostrategie, die operative Planung, die Fragen der Eigenkapitalausstattung und Fristentransformation, die Entscheidung über einzusetzende Steuerungsinstrumente sowie die Kernsteuerungsfunktionen Rechnungswesen, das Ergebnis- und Risikocontrolling und das Meldewesen.

Als erfolgsorientierte Steuerungsgrößen bzw. Leistungsindikatoren der IBB dienen dabei insbesondere:

- das wirtschaftliche Ergebnis
- die Fördercost-Income-Ratio
- das Neugeschäftsvolumen

Das wirtschaftliche Ergebnis ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages der IBB. Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

Die Fördercost-Income-Ratio ergibt sich als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Bruttoertrag, wobei der Bruttoertrag definiert ist als die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis inkl. der Berücksichtigung von kalkulatorischen Erträgen aus unentgeltlich erbrachten Leistungen der IBB (Berlin Beitrag).

Die Geschäftssteuerung der Bank erfolgte im zurückliegenden Jahr im Rahmen der in der Geschäftsstrategie verankerten Strategien für die Geschäftsfelder Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Treasury. Dabei wird die Konkretisierung auf Basis der aktuell gültigen Mittelfristplanung der Bank vorgenommen. Die Funktionalstrategien, insbesondere die Risikostrategie, werden aus der Geschäftsstrategie abgeleitet. Die Steuerung erfolgt primär auf Ebene der Geschäftsfelder. Die Risikosteuerung wird detailliert im Risikobericht beschrieben. Die strategischen Vorgaben und Ziele werden jährlich bzw. anlassbezogen überprüft und ggf. angepasst.

Die Operationalisierung der Ziele erfolgt auf der Gesamtbankebene jährlich im Rahmen der operativen Planung mit einem Planungshorizont von einem Jahr und in jedem zweiten Jahr auf strategischer Ebene mit einem Planungshorizont von fünf Jahren im Rahmen der Mittelfristplanung. Diese basiert auf den Rechnungslegungsvorschriften des HGB.

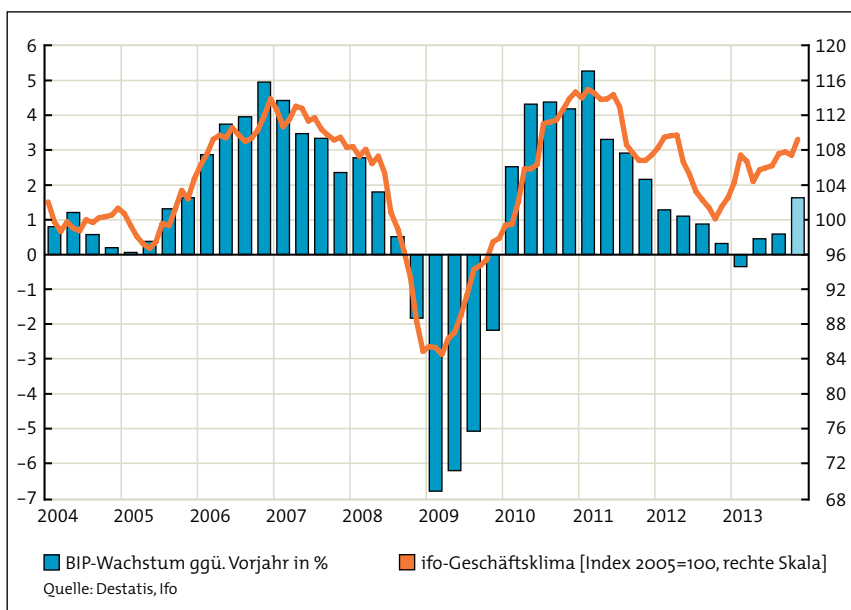
Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 besserte sich die Wirtschaftslage in Europa nur langsam. Dabei zeigte sich die Stabilisierung vor allem im Konsum und bei der Investitionstätigkeit. Gleichzeitig ließ der vom Außenhandel ausgehende Schub nach, da sich wichtige Schwellenländer weniger dynamisch entwickelten und auch das Wachstum der US-Wirtschaft im Zuge markanter fiskalischer Einschnitte zunächst etwas schwächer als erwartet ausgefallen war. Im Euroraum wurden für das zweite und dritte Quartal 2013 leichte Zuwächse der Wirtschaftsleistung gemeldet. Vorherige Einbußen konnten damit jedoch nicht aufgefangen werden. Gleichwohl hielt der Aufwärtstrend der Geschäftsklima-Indikatoren weiterhin an. Die Daten zur Produktionstätigkeit, zum Auftragsgeschehen und zur Ausfuhrentwicklung kündeten aber bis zuletzt von einer insgesamt noch labilen gesamtwirtschaftlichen Lage.

Deutschland

Bruttoinlandsprodukt und Geschäftsklima



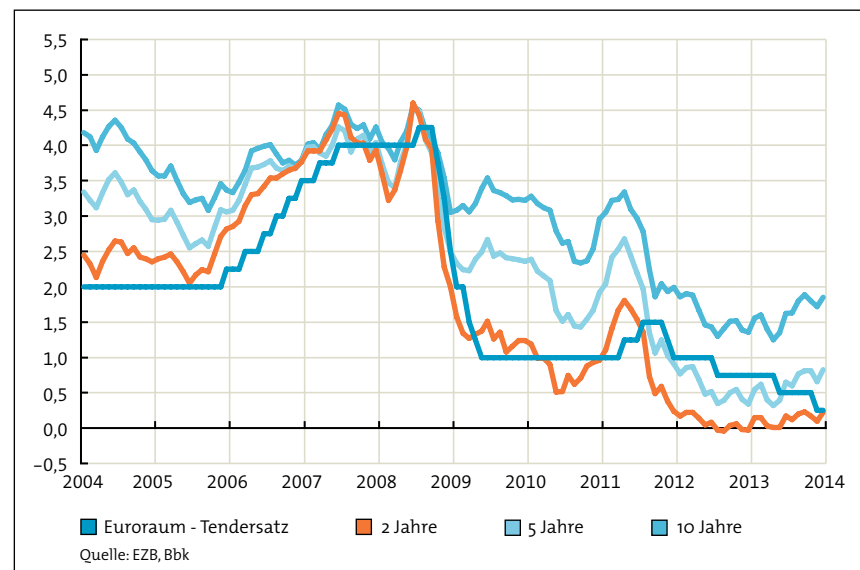
Dagegen hellte sich die Konjunkturlage in Deutschland im weiteren Jahresverlauf 2013 spürbar auf, nachdem die vorherige Schwächeperiode auch durch Witterungseinflüsse dominiert worden war. Das robuste Wachstum im zweiten Quartal war folglich durch Auf- und Nachholeffekte überzeichnet. Im Jahresschnitt 2013 ergibt sich somit nur ein Wertschöpfungszuwachs unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotenzials. Trotz niedriger Zinsen und einer stabilen Beschäftigungssituation hat die Konsumneigung der Privathaushalte nur mäßig zugenommen. Während Investitionen in Ausrüstungsgüter weiterhin nur in be-

scheidenem Umfang getätigt wurden, konnte die Bauwirtschaft von der Revitalisierung des Wohnungsbaus profitieren.

Der Umbau des institutionellen Rahmens der Europäischen Währungsunion ging 2013 aufgrund von innenpolitischen Krisen in einzelnen Staaten und im Umfeld der Bundestagswahlen nur zögerlich voran. Während es im Vorjahr zunächst zu einer Ausdehnung und anschließend zu einer Einengung der Renditeabstände von Staatsanleihen gekommen war, wirkte im Berichtszeitraum die für den Fortbestand des Euro gegebene Einstandsgarantie der Europäischen Zentralbank nach. Dies führte insgesamt zu einem ruhigeren Marktgeschehen. Das Kapitalmarktumfeld blieb darüber hinaus vor allem durch die extrem expansive geldpolitische Ausrichtung der wichtigsten Notenbanken gekennzeichnet. Allerdings wuchsen im Verlauf des Jahres die Zweifel, ob Änderungen dieser expansiven Ausrichtung noch über längere Zeit ausgeschlossen werden können. Im Ergebnis lagen die Langfristrenditen im Herbst um rund 75 Basispunkte über den Tiefständen im Frühjahr. Eine wirkliche Abkehr vom Niedrigzinsumfeld war dies jedoch nicht.

Zinssätze Euroraum

Monatsdurchschnitte in %

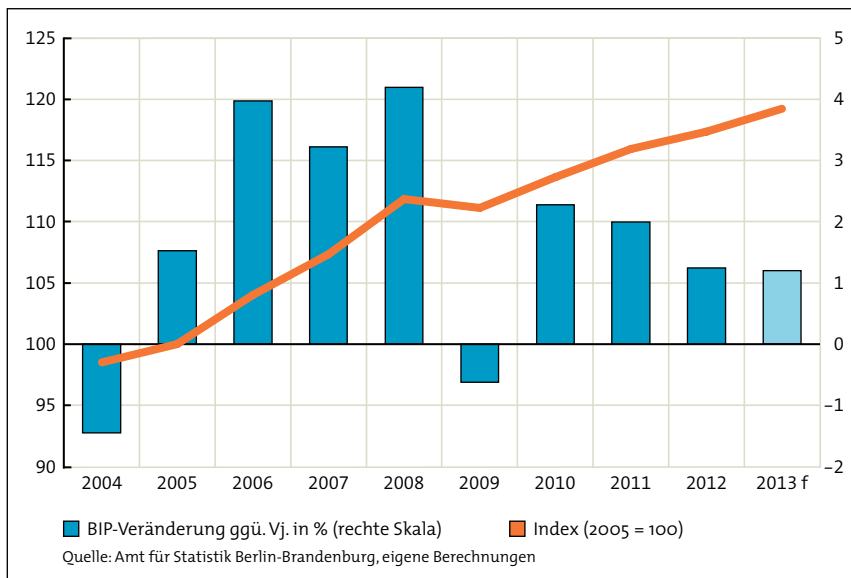


Mit zunehmender Dauer schlägt die tief liegende Zinsstrukturkurve auf die Ertragssituation der Finanzinstitute durch. Trotz der etwas kräftigeren Zunahme im Hypothekengeschäft blieb die Kreditausweitung mäßig, so dass Ertragsimpulse aus Steigerungen des Geschäftsvolumens ebenfalls schwer zu erzielen waren.

Die Berliner Wirtschaft entwickelte sich auch im Jahr 2013 stabiler als die Wirtschaft im Bundesdurchschnitt. Darauf deuten die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das erste Halbjahr 2013 hin. Danach hat Berlin

die Wirtschaftsleistung zwar nur um 0,5 % steigern können, lag im Bundesländervergleich aber immer noch auf dem ersten Platz, gemeinsam mit Hamburg, während im Bundesdurchschnitt ein Rückgang um 0,3 % verzeichnet wurde.

Bruttoinlandsprodukt in Berlin



Viele Berliner Unternehmen profitierten auch im Jahr 2013 von der stark wachsenden Erwerbstätigkeit in der Hauptstadt, den Lohnzuwächsen und den Tourismusrekorden. Nach wie vor bilden die Berlinbesucher eine starke Stütze der Berliner Konjunktur. Beim Berliner Einzelhandel sorgten die zahlreichen Berlinbesucher – im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt – für ein starkes Umsatzplus. Diese Sonderentwicklung geht aber auch auf den Internethandel zurück, dem in der Hauptstadt besonderes Gewicht zukommt.

Dagegen hat sich die Industrie im Jahr 2013 noch nicht gefangen. Sowohl Auftragseingänge als auch Umsätze entwickelten sich seit Anfang des Jahres rückläufig. Ermutigende Zeichen kommen allerdings aus dem für Berlin wichtigen Maschinenbau. Hier haben sich die Auftragsbücher kräftig gefüllt.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Berliner Industrie an der wirtschaftlichen Gesamtleistung Berlins sehr gering ist. Die deutsche Hauptstadt ist von einer stark dienstleistungsorientierten Wirtschaft geprägt. Bezogen auf die gesamte Bruttowertschöpfung in Berlin nehmen allein die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche (ohne Handel, Gastgewerbe und öffentliche Dienstleistungsbereiche) eine mehr als dreimal so gewichtige Stellung in der Hauptstadt ein als der gesamte industrielle Sektor. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen sind die Umsätze 2013 kräftig gestiegen und bestätigten damit erneut ihre Position als bedeutender Jobmotor.

Nach wie vor gehen auch vom Berliner Wohnungsbau Impulse für die heimische Wirtschaft aus. Das anhaltende Niedrigzinsniveau motivierte viele Unternehmen, ihre Aktivitäten im Bereich Wohnungsneubau weiter zu verstärken. Denn Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum bedeuten auf der anderen Seite Verknappungen auf dem Wohnungsmarkt. Das große Interesse an Berliner Wohnimmobilien wird auch in der Preisentwicklung sichtbar. Die Preise für Wohnimmobilien steigen in der deutschen Hauptstadt seit einigen Jahren deutlich an. Ausschlaggebend für den Umschwung am Wohnimmobilienmarkt war vor allem, dass in den vergangenen Jahren infolge des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen Arbeitsmarkterfolge neue Zuversicht in die Leistungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft entstanden ist. Hinzu kommt das ausgesprochen niedrige Zinsniveau für Hypothekenkredite. Außerdem erscheinen Investitionen in Immobilien wegen der sehr niedrigen Renditen von Alternativenanlagen und angesichts der durch hohe Unsicherheit gekennzeichneten Finanzmärkte in einem besonders günstigen Licht. Alles in allem hat auch dies die Nachfrage nach Wohnimmobilien begünstigt.

Auch 2013 war Berlin wieder Deutschlands Gründerhauptstadt. Mit mehr als 47.000 Gewerbeanmeldungen gab es in Berlin so viele Gründungen wie in keiner anderen deutschen Stadt. In den letzten Jahren hat sich in Berlin um die kreative Wirtschaft und dem Hightech-Bereich herum ein umfangreiches und ständig dichter werdendes Netzwerk entwickelt. Es besteht aus Unternehmensgründern, Mitarbeitern, Finanzinstituten, Investoren, Coaching Center und Inkubatoren. Unternehmensgründer können in der Hauptstadt vor allem Mitarbeiter mit den gesuchten speziellen Qualifikationsanforderungen finden.

Bereits seit 2006 hat sich in der deutschen Hauptstadt die Beschäftigung schneller als bundesweit erhöht. In den vergangenen Jahren ging der starke Beschäftigungsaufbau in Berlin vor allem auf voll sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten zurück. Nach Wirtschaftsbereichen entfielen auch 2013 mehr als 90 % des gesamten Beschäftigungszuwachses auf die Dienstleistungsbereiche (z. B. Handel und Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, öffentliche und sonstige Dienstleistungen).

Die Warenexporte haben sich noch nicht vollständig von ihrem Einbruch zum Jahresende 2012 erholt. Die Schwäche der Berliner Ausfuhren setzte sich auch 2013 fort. Die Berliner Exportunternehmen konnten die teils heftigen Rückschläge bei den Exporten nach Asien, Amerika und in den Euroraum durch den starken Handel mit einigen europäischen Ländern außerhalb der Eurozone lediglich dämpfen. In den saison- und kalenderbereinigten Trendkomponenten war zuletzt jedoch zumindest eine Bodenbildung erkennbar.

Geschäftsverlauf 2013

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Der Konzernabschluss nach IFRS wird wesentlich beeinflusst durch den Jahresabschluss der IBB, insbesondere durch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen. Das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns erhöhte sich durch ein deutlich verbessertes Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen um 216,9 Mio. EUR auf 267,3 Mio. EUR (Vorjahr 50,4 Mio. EUR).

Der Zinsüberschuss – nach wie vor ein wichtiger Ergebnisbestandteil im Konzern – war entsprechend der letztjährigen Prognose leicht rückläufig.

Der Anstieg des Zinsniveaus in 2013 führte im Vergleich zum Vorjahr zu einem erheblich höheren Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen von 179,7 Mio. EUR (Vorjahr -45,7 Mio. EUR).

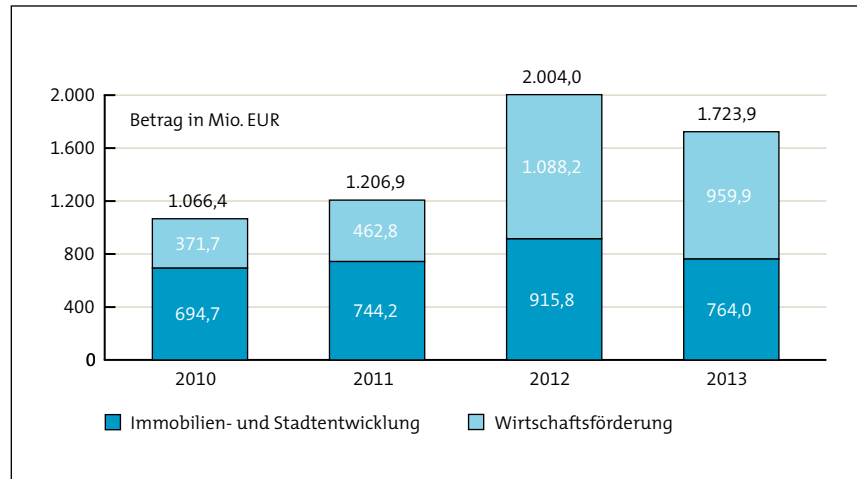
Dem Land stellte die IBB auch in diesem Jahr vorab einen Berlin-Beitrag der IBB von 28,4 Mio. EUR zur Unterstützung der Förderpolitik zur Verfügung. Dabei umfasst der Berlin-Beitrag Aktivitäten der Bank auf Veranlassung des Landes Berlin, die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie sämtlicher dabei erwirtschafteter Erträge für die IBB defizitär sind.

Der Konzern kann somit auch in 2013 von einem sehr erfolgreichen Jahr berichten. Die IBB Gruppe verfügt neben der guten Ertragslage auch über eine stabile Vermögens- und Finanzlage.

Erneut erreichte das Fördervolumen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung ein sehr hohes Niveau.

Im Geschäftsjahr 2013 leistete die IBB einen bedeutsamen Beitrag zur Kreditversorgung und damit zum Wachstum der Berliner Wirtschaft. Das Zusagevolumen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung konnte mit rund 1,7 Mrd. EUR auf einem hohen Niveau gehalten werden. Maßgeblichen Einfluss hatte dabei im Berichtsjahr wie im Vorjahr jedoch ein Sondergeschäft mit dem Land Berlin zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe.

Entwicklung des Neugeschäftsvolumens für Darlehen, Avale und Zuschüsse



Im Geschäftsjahr 2013 nutzten viele Gründungs- und Bestandsunternehmen die Kompetenz der IBB als Förderbank. Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung ist dabei unverändert die Unterstützung von mittelständischen Unternehmen durch monetäre Förderangebote und eine umfassende Finanzierungsberatung. Hierfür arbeitet die IBB eng mit den in Berlin ansässigen Geschäftsbanken zusammen. Im Berichtsjahr stellte die IBB allein im IBB-Wachstumsprogramm ein Kreditvolumen in Höhe von 94,5 Mio. EUR (Vorjahr 132,9 Mio. EUR) für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um- und Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen zur Verfügung.

Wirtschaftsförderung

Der Bereich Wirtschaftsförderung konnte mit einer Finanzierungszusage erneut die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe unterstützen. Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ finanzierte die IBB den Rückkauf der noch fehlenden Eigentumsanteile mit einem Darlehensvolumen in Höhe von 590,0 Mio. EUR.

Obwohl bundesweit die Anzahl der Gründungen rückläufig ist, konnte die IBB mit 66,4 Mio. EUR (Vorjahr 37,1 Mio. EUR) die Finanzierungszusagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhen. Der steigende Anteil der Gründerfinanzierungen zeigt, dass die IBB selbst bei rückläufigem Trend auch als Gründerbank sehr gefragt ist.

Großen Anteil an dem Jahresergebnis hat u. a. das Programm zur Förderung von Forschung, Innovation und Technologien (Pro FIT). Infolge zusätzlicher EFRE-Mittelumschichtungen konnte die hohe Programmnachfrage im Berichtsjahr durch Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 61,4 Mio. EUR (Vorjahr 34,3 Mio. EUR) bedient werden. Sehr positiv wirkte sich hierbei auch das im Herbst 2012 gestartete Modul „Frühpha-

senfinanzierung“ aus, das insbesondere von jungen Kreativ- sowie Informations- und Kommunikationstechnik-Unternehmen stark angenommen wurde.

Im Bereich der Förderung von gewerblichen Investitionen erzielte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) im Berichtsjahr ein Rekordergebnis. Nicht zuletzt aufgrund der endenden Förderperiode 2007–2013 konnten mit 119,0 Mio. EUR (Vorjahr 60,0 EUR) im Vergleich zum Vorjahr nahezu doppelt so viele Zuschüsse zugesagt werden.

Die Wirtschaftsförderung konnte im Berichtsjahr Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 959,9 Mio. EUR (Vorjahr 1.088,2 Mio. EUR) aussprechen und damit erfolgreich an das Vorjahresergebnis anknüpfen. Die Anzahl der Zusagen konnte dabei sogar um 14,3 % gesteigert werden. Der Darlehensbestand erreichte einen neuen Höchststand, welcher zum Jahresende 2013 bei rund 2,7 Mrd. EUR und damit 642,2 Mio. EUR über dem Vorjahr lag.

Immobilien- und Stadtentwicklung

Der Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung hat im Berichtsjahr ein Finanzierungsvolumen in Höhe von 764,0 Mio. EUR (Vorjahr 915,8 Mio. EUR) realisiert.

Einen wichtigen Anteil daran haben die Zusagen von Modernisierungs- und Sanierungsdarlehen zur Umsetzung von energetischen und Klimaschutzpolitischen sowie barriere-reduzierenden Maßnahmen. Für die Förderung derartiger Investitionsvorhaben konnte die IBB Darlehen in Höhe von 104,8 Mio. EUR (Vorjahr 111,9 Mio. EUR) zur Verfügung stellen. Besonders stark nachgefragt war das Programm „IBB Wohnraum modernisieren“ (IST 46,6 Mio. EUR, Vorjahr 5,2 Mio. EUR), welches die IBB erst in 2012 im Zuge der Einstellung des KfW-Programms „Wohnraum modernisieren“ als neues Produkt implementierte. Ebenfalls verstetigt hat sich die hohe Nachfrage nach zinsgünstigen KfW- und Eigenprogrammen durch Wohnungseigentümergeinschaften. Unter anderem auch aufgrund der zunehmenden Verlagerung von Investitionen in die Bestands-sanierung hin zum Neubau war das Zusagevolumen für das Programm „IBB Energetische Gebäudesanierung“ (54,7 Mio. EUR) im Berichtsjahr niedriger als im Vorjahr (92,5 Mio. EUR).

Dass die Begleitung von Neubauvorhaben an Bedeutung gewinnt, bestätigte sich im Berichtsjahr durch das deutlich gestiegene Durchleitungsvolumen (IST 24,4 Mio. EUR, Vorjahr 0,6 Mio. EUR) in den Programmen „KfW Energieeffizient Bauen“ und „KfW Wohneigentumsprogramm“.

Im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Infra“ konnte die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 95,6 Mio. EUR (Vorjahr 171,6 Mio. EUR) fördern. Gemeinsam mit Geschäftsbanken

wurde die Berliner Wohnungswirtschaft durch attraktive Konsortialfinanzierungen (IST 133,9 Mio. EUR, Vorjahr 142,9 Mio. EUR) unterstützt. Zudem wurde den Banken durch die Vergabe von Globaldarlehen in einer Gesamthöhe von 75,0 Mio. EUR (Vorjahr 100 Mio. EUR) eine zinsgünstige Refinanzierung zur mittelbaren Erreichung der förderpolitischen Ziele der IBB geboten.

Darüber hinaus unterstützte die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten. Durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken wurde bei Inanspruchnahmen aktueller Förderprodukte ein Zusagevolumen in Gesamthöhe von 319,4 Mio. EUR (Vorjahr 381,8 Mio. EUR) bewilligt.

Aufgrund von deutlich erhöhten außerplanmäßigen Abgängen im Förderaltgeschäft, die durch die Auszahlungen von Neukrediten nicht vollständig kompensiert werden konnten, sank der Gesamtbestand von Immobiliendarlehen und Avalen zum Berichtsstichtag im Vergleich zum Jahresende geringfügig auf 11.032,0 Mio. EUR (Vorjahr 11.406,2 Mio. EUR).

Ergebnisentwicklung

Insgesamt konnte die Bank an die gute Geschäftsentwicklung des Vorjahres anknüpfen und die operativen Ergebniserwartungen erfüllen. Das Geschäftsergebnis einschließlich der einzelnen Segmente zeigt dabei folgende Entwicklung:

Ergebnisentwicklung in Mio. EUR	IBB gesamt		Immobilien- und Stadt- entwicklung		Wirtschafts- förderung		Treasury		Corporate Center	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
	Zinsüberschuss	141,8	147,9	69,5	70,8	8,5	6,3	54,7	57,2	9,0
Provisionsüberschuss	8,3	10,7	7,8	9,4	0,9	1,4	-0,4	-0,1	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8,1	12,9	-7,9	-3,7	15,2	15,4	0,0	0,0	0,9	1,2
Summe Erträge	158,1	171,4	69,4	76,5	24,6	23,0	54,3	57,0	9,9	14,8
Verwaltungsaufwand	-78,0	-76,6	-36,6	-35,8	-23,9	-23,5	-5,4	-5,4	-12,1	-11,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	80,1	94,9	32,8	40,8	0,6	-0,5	48,9	51,6	-2,2	3,0
Risikovorsorge	-11,6	-19,8	7,0	16,1	-3,5	-7,9	2,8	-20,4	-18,0	-7,6
Neutrales Ergebnis	-0,5	-2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-2,8
Wirtschaftliches Ergebnis	68,0	72,3	39,8	56,9	-2,8	-8,4	51,7	31,2	-20,7	-7,4
Berlin-Beitrag der IBB	-31,1	-32,8	-0,9	-3,9	-27,7	-28,0	0,0	0,0	-2,5	-0,9
Jahresüberschuss	36,9	39,5	38,9	53,0	-30,5	-36,4	51,7	31,2	-23,2	-8,3

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** konnte im Berichtsjahr mit einem wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 39,8 Mio. EUR den Planwert deutlich übertreffen. Erwartungsgemäß lag der Wert u.a. bedingt durch Veränderungen in der Risikovorsorge (-9,1 Mio. EUR) und einem um 2,9 Mio. EUR geringeren Zins- und Provisionsüberschuss unter dem Vorjahresergebnis.

In der **Wirtschaftsförderung** liegt das wirtschaftliche Ergebnis im Berichtsjahr bei -2,8 Mio. EUR und damit deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres (-8,4 Mio. EUR). Die positive Entwicklung ist vor allem beim Zinsergebnis mit einem Plus von 2,2 Mio. EUR und in den deutlich geringeren Vorsorgeaufwendungen für das Kreditgeschäft (+6,8 Mio. EUR) gegenüber 2012 zu verzeichnen.

Im Segment **Treasury** erreichte das Zinsergebnis 54,7 Mio. EUR und lag damit erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert (Vorjahr 57,2 Mio. EUR). Auf das wirtschaftliche Ergebnis in Höhe von 51,7 Mio. EUR wirkten sich positive Bewertungseffekte in der Risikovorsorge aus (2013: +2,8 Mio. EUR, 2012: -20,4 Mio. EUR).

Im Segment **Corporate Center** erreicht das wirtschaftliche Ergebnis aufgrund von der Dotierung von allgemeinen Vorsorgereserven -20,7 Mio. EUR und unterschreitet damit den Vorjahreswert um -13,3 Mio. EUR.

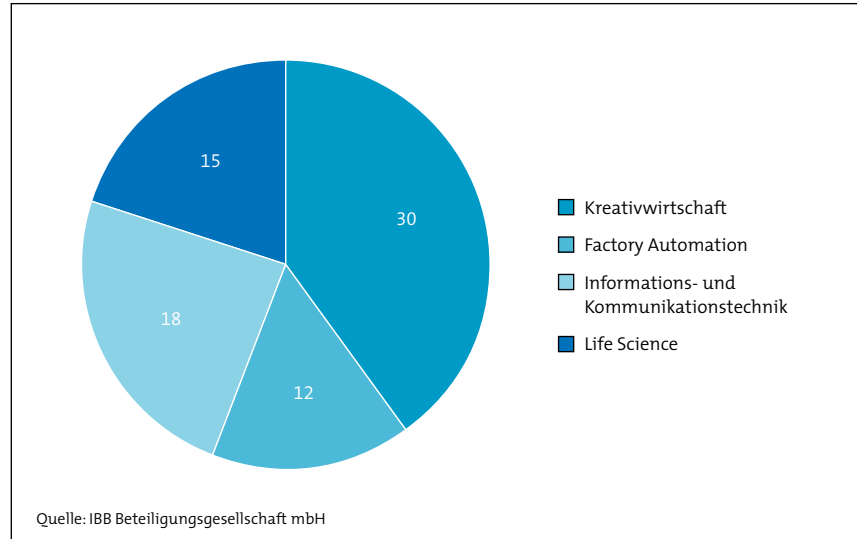
Venture Capital auch 2013 auf Rekordniveau

Die durch die IBB Beteiligungsgesellschaft gemanagten VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin haben in 2013 Finanzierungen mit einem Volumen von über 12 Mio. EUR abgeschlossen. Die VC Fonds beteiligen sich grundsätzlich gemeinsam mit privaten Investoren. So erhielten insgesamt 36 Unternehmen über 91 Mio. EUR Risikokapital.

Mit insgesamt 50 Finanzierungsrunden wurde das Rekordniveau des Vorjahres noch übertroffen. Neben 11 neuen Beteiligungen (Vorjahr 13) erfolgten 39 Folgefinanzierungen (Vorjahr 34). Die IBB Beteiligungsgesellschaft gehörte damit auch im Jahr 2013 zu den aktivsten deutschen Venture-Capital-Investoren. Das Beteiligungsportfolio ist von 69 auf 75 Unternehmen gewachsen (+9%).

Wie im Vorjahr stammt der größte Anteil der 75 Portfoliounternehmen aus der Kreativwirtschaft. Bei 34 der Beteiligungen aus der Kreativwirtschaft bzw. Informations- und Kommunikationstechnik handelt es sich um Unternehmen aus der Digitalen Wirtschaft.

Beteiligungsportfolio, Anzahl nach Wirtschaftsbereichen



In 2013 konnten mehrere Beteiligungen erfolgreich veräußert werden. Die IBB Beteiligungsgesellschaft erzielt bereits im 9. Jahr in Folge ein positives Jahresergebnis. Auch der VC Fonds Berlin beendete das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis. Der VC Fonds Technologie Berlin und der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin befinden sich noch in der Investitionsphase.

Lage des Konzerns

Ertragslage

In der nachfolgend dargestellten Konzernergebnisrechnung wurden einzelne in der GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt. Dies betrifft zum einen die Aufwendungen des Konzerns, die als Berlin-Beitrag dem Land im Sinne einer Vorabauschüttung zur Verfügung gestellt werden. Zahlungen des Konzerns, die unter dem GuV - Posten „sonstiges betriebliches Ergebnis“ (13,7 Mio. EUR, Vorjahr 13,5 Mio. EUR) enthalten sind, werden ebenso als Berlin-Beitrag dargestellt wie auch die unentgeltlich erbrachten Leistungen des Konzerns (14,7 Mio. EUR, Vorjahr 15,1 Mio. EUR), die ausschließlich kalkulatorisch berücksichtigt werden. Diese nicht liquiditätswirksamen Leistungen werden in der Konzernergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet. Ebenso verändert abgebildet wird der Verwaltungsaufwand der Bank. So werden Personalkosten für Mitarbeiter, die an eine nicht konsolidierte Konzerntochter entsendet wurden (0,5 Mio. EUR), nicht im Verwaltungsaufwand, sondern im Saldo des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen sowie die Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen wie im Vorjahr im neutralen Ergebnis berücksichtigt.

Das wirtschaftliche Ergebnis im Konzern konnte insbesondere aufgrund des deutlich gestiegenen Ergebnisses aus Risikovorsorge und Bewertungen um 216,9 Mio. EUR auf 267,3 Mio. EUR gesteigert werden.

Ergebnisrechnung in Mio. EUR	2013	2012	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge	151,3	156,2	-4,9	-3,2
Provisionsüberschuss	7,9	10,3	-2,4	-23,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7,7	11,9	-4,2	-35,0
Summe Erträge	166,8	178,4	-11,5	-6,5
Summe Verwaltungsaufwand	-79,1	-78,4	-0,7	-0,9
Betriebsergebnis vor				
Risikovorsorge/Bewertungen	87,8	100,0	-12,2	-12,2
Risikovorsorge/Bewertungen	179,7	-45,7	225,4	> 100
Neutrales Ergebnis	-0,1	-3,8	3,7	96,9
Wirtschaftliches Ergebnis	267,3	50,4	216,9	> 100
Berlin-Beitrag	-28,4	-28,6	0,2	0,8
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	238,9	21,8	217,1	> 100

Hauptertragsquelle des Konzerns ist der Zinsüberschuss, der sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 % auf 151,3 Mio. EUR reduzierte. Der Rückgang ist insbesondere zurückzuführen auf den Zinsanpassungseffekt bei Rückstellungen, der dem Segment Corporate Center zugeordnet wird. Mit einem Anteil in Höhe von 45,9 % (Vorjahr 45,3 %) ist der Zinsüberschuss aus dem Segment Immobilien- und Stadtentwicklung der maßgebende Teil im Gesamtzinsüberschuss.

Der Provisionsüberschuss (7,9 Mio. EUR), der weiterhin von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen aus der Immobilienförderung bestimmt wird, liegt aufgrund auslaufender Förderungen erwartungsgemäß unter Vorjahresniveau (10,3 Mio. EUR).

Das sonstige betriebliche Ergebnis reduziert sich gegenüber dem Vorjahreswert um 4,2 Mio. EUR und erreicht einen Wert in Höhe von 7,7 Mio. EUR.

Verwaltungsaufwand leicht über Vorjahr

Der Verwaltungsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. EUR erhöht und beträgt 79,1 Mio. EUR (Vorjahr 78,4 Mio. EUR). Dabei verringerten sich die Personalaufwendungen um 0,5 Mio. EUR auf 50,7 Mio. EUR (Vorjahr 51,2 Mio. EUR) und der Sachaufwand erhöhte sich auf 25,8 Mio. EUR (Vorjahr 24,4 Mio. EUR).

Die als Relation zwischen den Verwaltungsaufwendungen und der Summe der Erträge definierte Fördercost-Income-Ratio erhöhte sich auf 47,4 % (Vorjahr 44,0 %). Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Erträge um 11,5 Mio. EUR zurückzuführen.

Risikovorsorge/Bewertungen

Die Ergebnisrechnung wird durch das Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen in Höhe von 179,7 Mio. EUR (Vorjahr -45,7 Mio. EUR) positiv beeinflusst. Darin enthalten ist das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in Höhe von 178,0 Mio. EUR (Vorjahr -25,3 Mio. EUR), das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 1,2 Mio. EUR (Vorjahr -15,2 Mio. EUR) sowie die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von -0,6 Mio. EUR (Vorjahr 5,2 Mio. EUR).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beinhaltet das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten in Höhe von 68,1 Mio. EUR (Vorjahr 0,8 Mio. EUR) sowie das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten in Höhe von 109,9 Mio. EUR (Vorjahr -26,1 Mio. EUR). Die Ergebnisverbesserung in Höhe von 203,3 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf den Anstieg des Zinsniveaus in 2013 zurückzuführen.

Neutrales Ergebnis

Im Rahmen des neutralen Ergebnisses wurden Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt. Für Zwecke der betriebswirtschaftlichen Sichtweise werden diese Posten abweichend zum Ausweis der Gewinn- und Verlustrechnung nicht im Verwaltungsaufwand dargestellt.

Wirtschaftliches Ergebnis und Konzernüberschuss

Das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns erhöhte sich durch ein deutlich geringeres Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen um 216,9 Mio. EUR auf 267,3 Mio. EUR (Vorjahr 50,4 Mio. EUR). Nach Abzug des Berlin-Beitrages in Höhe von 28,4 Mio. EUR (Vorjahr 28,6 Mio. EUR) verbleibt für den Konzern ein Konzernüberschuss in Höhe von 238,9 Mio. EUR (Vorjahr 21,8 Mio. EUR), welcher mit dem Konzernbilanzverlust bzw. dem Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile im Eigenkapital aufgerechnet wird.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr um 257,6 Mio. EUR auf 20,6 Mrd. EUR erhöht. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Finanzgarantien sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, stieg um 154,3 Mio. EUR auf 21,6 Mrd. EUR.

Geschäftsvolumen in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.273,8	1.627,8	-354,0	-21,7
Forderungen an Kunden	13.892,9	13.637,6	255,3	1,9
Wertberichtigungen auf Forderungen	-42,9	-51,4	8,5	16,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert				
bilanzierte Vermögenswerte	3.395,5	3.320,8	74,7	2,2
Finanzanlagen	2.042,0	1.770,9	271,1	15,3
Sonstige	81,4	79,5	1,9	2,5
Bilanzsumme	20.642,8	20.385,2	257,6	1,3
Finanzgarantien	122,2	109,0	13,2	12,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	859,0	975,6	-116,5	-11,9
Geschäftsvolumen	21.624,1	21.469,8	154,3	0,7

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch geringere Tages- und Termingelder um 0,4 Mrd. EUR auf 1,3 Mrd. EUR reduziert. Der Zuwachs bei den Kundenforderungen (0,3 Mrd. EUR) gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Begleitung des Rekommunalisierungsvorhabens (Berliner Wasserbetriebe) des Landes zurückzuführen.

Die De-Risking-Strategie wurde im November 2013 abgeschlossen, da die in ihr formulierten Ziele erreicht wurden. In Übereinstimmung mit der neuen Teilstrategie Treasury erhöhte sich der Bestand an Finanzanlagen zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mrd. EUR auf 2,0 Mrd. EUR.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Die Struktur der Refinanzierungsseite hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer leichten Verschiebung zwischen der Mittelaufnahme bei Kreditinstituten und Emissionen geringfügig verändert. Finanziert wird das Geschäftsvolumen zu 18,6% (Vorjahr 21,5%) über Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten sowie über die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt zu 35,1 % (Vorjahr 30,5%). Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, blieben mit 7,8 Mrd. EUR (Vorjahr 7,9 Mrd. EUR) nahezu konstant bei einem Refinanzierungsanteil in Höhe von 37,9% (Vorjahr 39,0%).

Das Eigenkapital im Konzern erhöhte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 201,3 Mio. EUR auf 851,1 Mio. EUR. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. EUR, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin. Maßgebend für die Erhöhung war insbesondere der hohe Konzernüberschuss (238,9 Mio. EUR). Die Veränderung in den Gewinnrücklagen resultiert aus versicherungsmathematischen Verlusten gemäß IAS 19 sowie aus der Gewinnthesaurierung von 39,0 Mio. EUR.

Eigenkapitalveränderungsrechnung des IBB-Konzerns (in Mio. EUR)	Grundkapital	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		Summe
				Bilanzverlust		
Stand 31.12.2012	300,0	592,8	6,4	-246,9	-2,6	649,9
erfolgsneutrale Bewertung		7,1	0,0			7,1
Abführung an Land Berlin				-44,8		-44,8
Thesaurierung Zweckrücklage		39,0		-39,0		0,0
Jahresüberschuss				239,2	-0,3	238,9
Stand 31.12.2013	300,0	639,0	6,4	-91,5	-2,8	851,1

Zum Bilanzstichtag weist die IBB - Gruppe ein haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz in Höhe von 845,0 Mio. EUR (Vorjahr 871,0 Mio. EUR) aus. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

in Mio. EUR/in %	2013	2012
Risikoposition gemäß SolvV	4.525,0	4.475,0
Eigenmittelquote	18,7 %	19,5 %
Kernkapitalquote	17,4 %	16,9 %

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 3,4 Mrd. EUR durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2013 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio konnte jederzeit sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstanden. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Solvabilität und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Nachtragsbericht

Mit Wirkung vom 21. März 2014 wurde der Vorsitzende des Vorstands im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen vom Verwaltungsrat der Bank aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung als Mitglied des Vorstands abberufen und von seinen Aufgaben entbunden. Ebenso wurde der Dienstvertrag gemäß § 626 BGB fristlos gekündigt. Eine arbeitsgerichtliche Auseinandersetzung ist nicht auszuschließen.

Die sich aus dem Sachverhalt ergebenden Verpflichtungen der Bank gegenüber dem Sozialversicherungsträger wurden als Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen in der Bilanz berücksichtigt.

Zudem scheidet der Marktfolgevorstand am 30.04.2014 mit Ablauf seines Vertrages aus der IBB planmäßig aus. Die Nachfolgerin wird am 01.07.2014 ihren Dienst antreten.

Für die Zwischenzeit soll im Einvernehmen mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) übergangsweise ein Geschäftsleiter bestellt werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Auch im Jahr 2014 wird die Weltwirtschaft nur mäßige Zuwachsraten aufweisen. In den USA und Teilen des Euroraums darf allerdings eine stabile Entwicklung erwartet werden, denn die fiskalischen Einschnitte fallen hier nicht mehr so deutlich aus. Dagegen lässt die Dynamik in den Schwellenländern nach, weil hier der Preistrend bei Rohstoffen nicht mehr stützend wirkt und Kapitalzuflüsse spärlicher fließen, sobald sich konkrete Korrekturen der äußerst expansiven Geldpolitik in wichtigen Industriestaaten abzeichnen. Auch strukturelle Wachstumshürden kommen in diesem Länderkreis nun stärker zur Geltung.

Im Euroraum werden die Zuwachsraten insgesamt nur bescheiden ausfallen. Ein Rückfall in die Rezession dürfte jedoch ausbleiben, da zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben. Deutschland könnte 2014 im Jahresdurchschnitt eine Steigerung seiner Wirtschaftsleistung sogar oberhalb des Trendwachstums erzielen. Das Rückgrat dieser Entwicklung dürfte die Binnennachfrage bilden. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung auch weiterhin positiv vom übrigen Eurogebiet ab.

Die Europäische Zentralbank nimmt Rücksicht auf die Verschuldungssituation an der Euro-Peripherie und behält ihren stützenden Kurs mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor bei. Trotz üppiger Liquidität bleibt die Inflation niedriger als von der EZB favorisiert. In Deutschland liegt die Teuerung nicht mehr unter dem Euro-Durchschnitt; große Abweichungen in die Gegenrichtung sind aber ebenfalls wenig wahrscheinlich. Der gemeinsame Währungsraum bleibt krisenanfällig. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik jedoch pragmatisch, wobei Marktinterventionen und die Fortführung international abgestimmter Auffanglösungen weiterhin einen Zerfall des Euroraums abwenden werden. Eine Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise aber nicht. Temporär erhöhte Risikoaufschläge für wettbewerbsschwächere Länder sind folglich nicht auszuschließen.

Die Errichtung der Europäischen Bankenunion, die sich mit Schaffung eines neuen Abwicklungsregimes, wandelnden Refinanzierungsbedingungen sowie zusätzlichen Anforderungen im Zuge einer europäischen Trennbankenregelung beschäftigt, sorgt für weitere Unwägbarkeiten. Somit bewegen sich die Finanzinstitute in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld.

Der Wirtschaftsstandort Berlin bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Im Trend ist von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich dem Branchenmix zuzuschreiben, der stark auf Dienstleistungen ausgerichtet ist. Insbesondere der Ausbau des Tourismus und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistungen werden für weitere Impulse sorgen. Darüber hinaus sollte sich vor dem Hintergrund einer stabileren Entwicklung im Euroraum auch die Industrie wieder besser entwickeln.

Wenn es Berlin gelingt, die attraktive Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur durch Netzwerke und Gründungsinitiativen noch besser mit der Wirtschaft zu vernetzen, werden sich auch künftig Unternehmen aus wichtigen Zukunftsbranchen in der Hauptstadt ansiedeln bzw. neu gründen. Somit besteht die Chance, dass Berlin nicht nur bezüglich des Wachstums überdurchschnittliche Raten erwirtschaftet, sondern auch bei den Niveauwerten den Anschluss an vergleichbare Großstädte erreicht.

Der Arbeitsmarkt bleibt robust, auch für das Jahr 2014 werden insgesamt ein weiterer Zuwachs der Beschäftigung und ein Rückgang der Erwerbslosenzahl erwartet. Gemeinsam mit steigenden Einkommen werden diese Faktoren den privaten Verbrauch stützen und Impulse für den Wohnungsbau geben, zumal die Zinsen im kommenden Jahr niedrig bleiben dürften und das gesteigerte Interesse an Sachwerten robust bleibt. Die Berliner Unternehmen werden wieder mehr Geld in Maschinen, Geräte und andere Ausrüstungen investieren. Mit der sich abzeichnenden Erholung im Euroraum sollten auch die Ausfuhren der Berliner Unternehmen wieder anziehen.

Von den Preissteigerungen auf dem Berliner Wohnimmobilienmarkt gehen gegenwärtig keine erheblichen gesamtwirtschaftlichen Risiken aus. Die Preisbewegungen sind Ausdruck einer verzögerten Angebotsausweitung. Denn die Neubautätigkeit – vor allem im Wohnungsbau – verharrte in den vergangenen Jahren auf relativ niedrigem Niveau. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch aus der aktuellen Entwicklung noch keine zwangsläufig entstehende Blase auf dem Berliner Immobilienmarkt ableiten. Steigende Preise in Berlin stellen nach wie vor eine regionale Anpassung dar. Der Berliner Immobilienmarkt galt lange als unterbewertet und passt sich jetzt in einem raschen Tempo an fundamentale Faktoren an.

Sollte sich die Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt aber in einem sehr raschen Tempo fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass einige Preise über das aus fundamentaler Sicht gerechtfertigte Niveau

hinausschießen, so dass es dann in Teilmärkten zu Preisblasen kommen könnte. Allerdings werden spekulative Preisblasen in der Regel von einer expansiven Kreditvergabe begleitet. Gerade in den USA, Spanien und Irland wurde der Preisboom von einem solchen expansiven Kreditgeschehen begleitet. In Deutschland ist eine derartige expansive Kreditvergabe wie in den USA jedoch nach wie vor nicht zu beobachten.

Insgesamt ist wieder ein Wirtschaftswachstum deutlich über Bundesniveau möglich. Gleichwohl hat Berlin noch einen weiten Weg vor sich, um auch hinsichtlich des Niveaus die Werte vergleichbarer Metropolen zu erreichen. Ein Risiko stellt das außenwirtschaftliche Umfeld dar. Die Auswirkungen der Schuldenkrise im Eurogebiet sind zwar eingedämmt und wichtige Reformen eingeleitet worden. Die hohe Verschuldung und die fortbestehenden Strukturprobleme werden jedoch die Krisenanfälligkeit der europäischen und der globalen Wirtschaft hoch halten.

Die aktuelle Planung stellt die IBB für 2014 vor Herausforderungen, denn trotz des Niedrigzinsniveaus und steigender regulatorischer Anforderungen hält die Bank an einer ambitionierten Vertriebsplanung fest.

Die IBB rechnet vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsumfeldes mit einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss. Darüber hinaus werden auslaufende Zuschusszahlungen im Bestand der Immobilienförderung das Provisionsergebnis deutlich mindern. Sollte das Zinsniveau sinken, würde sich das kurzfristig positiv auf den Zinsüberschuss auswirken.

Die Verwaltungsaufwendungen werden im nächsten Jahr leicht über den diesjährigen liegen. Gründe dafür liegen unter anderem in der Durchführung von geplanten innerbetrieblichen Veränderungen sowie in der Umsetzung weiterer regulatorischer Anforderungen.

Die Fördercost-Income-Ratio wird sich aufgrund der rückläufigen Erträge und der steigenden Verwaltungskosten ebenfalls leicht erhöhen.

Die Bilanzsumme wird sich aufgrund planmäßiger und – zinsniveaubedingt – außerplanmäßiger Bestandsreduzierungen im Förderkreditgeschäft sowie einem geringer erwarteten Geldmarktportfolio spürbar reduzieren.

Insgesamt werden sich keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit des Konzerns ergeben. Die Bank wird weiterhin ihre Förderprogramme und Prozesse verbessern und optimieren. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Wahrung der Förderkontinuität in den Bereichen der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin. Für die Neugeschäftstätigkeit wird eine konstante Nachfrage unterstellt. In den Geschäftsfeldern der Wirtschafts- und Immobilienförderung wird weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios gearbeitet.

Anders als in den Vorjahren wird in der **Wirtschaftsförderung** aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des zurzeit verstärkten Engagements der Geschäftsbanken in der Mittelstandsfinanzierung 2014 mit einem leichten Rückgang der Nachfrage nach Investitionsfinanzierungen gerechnet.

Die IBB wird das IBB-Wachstumsprogramm jedoch weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen und Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken maßgeschneiderte Finanzierungen für Unternehmenserweiterungen anbieten.

Aufgrund geringer Sicherheiten und niedriger Eigenkapitalquoten haben kleine und mittlere (KMU) sowie junge Unternehmen weiterhin deutlich ausgeprägte strukturelle Probleme bei der Beschaffung von Krediten. Die IBB bietet von durchgeleiteten Darlehen über Mezzanine-Finanzierungen bis hin zu Haftungsübernahmen und Bürgschaften ein breit gefächertes, aber standardisiertes Angebot, um Risikopartnerschaften mit den Geschäftsbanken weiter auszubauen und somit für KMU den Zugang zur Finanzierung ihrer Vorhaben zu verbessern.

Es ist damit zu rechnen, dass sich der Rückgang der Gründungsaktivitäten aufgrund der moderaten Konjunktur bei gleichzeitig guter Arbeitsmarktlage in Berlin fortsetzen wird. Aufgrund der hohen Nachfrage im Berichtsjahr wird dennoch eine konstante Nachfrage nach Mikrokrediten und Gründungsfinanzierungen im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Start“ erwartet.

Weiterhin im Fokus der Technologieförderung steht vor allem mit dem Programm Pro FIT die Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Energietechnik und Optik in Form von Darlehen und Zuschüssen.

Der Schwerpunkt bei der Zuschussförderung liegt unverändert in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), wobei eine stärkere Fokussierung auf KMU geplant ist. Ziel ist es, Investitionsvorhaben zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen mit nicht rückzahlbaren Mitteln zu fördern.

Bei der Weiterentwicklung des Produktportfolios liegt der Fokus auf der mit dem Land abzustimmenden Implementierung der neuen EU-Förderperiode. Trotz sinkender EFRE-Mittel aus dem EU-Haushalt rechnet die IBB mit einer unveränderten Mittelzuweisung des Landes. Diese Mittel sollen verstärkt im Rahmen revolvingender Finanzinstrumente eingesetzt werden.

Sollte das Land Berlin weitere Rekommunalisierungen vorsehen, besteht für die IBB die Chance, sich erneut als zuverlässiger Finanzierungspartner zu präsentieren und die Neugeschäftserwartungen für das Geschäftsjahr 2014 zu übertreffen.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** steht der zeitnahe Start der Förderung des Neubaus von Mietwohnungen an. Neben den bestehenden Fördermöglichkeiten durch KfW-Neubauprogramme und IBB-Förderergänzungsdarlehen wird die IBB in 2014 beginnen, Förderdarlehen aus einem für das Land treuhänderisch verwalteten Wohnungsneubaufonds in Höhe von 320 Mio. EUR zu bewilligen. Ziel dieses Programmes zur sozialen Wohnraumförderung ist es, der hohen Nachfrage nach neuem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung nachzukommen.

Schon in 2013 war zu beobachten, dass erste größere Investoren ihren Fokus von der Bestandssanierung hin auf die Planung des Neubaus gelegt haben. Dieser Trend wird sich in 2014 fortsetzen. Insgesamt deutet sich an, dass die im Berliner Wohnungsbestand geförderten Modernisierungsmaßnahmen eher kleinteiliger werden, was auch darauf zurückzuführen ist, dass eine Vielzahl der größeren Quartiere in den letzten Jahren umfangreich modernisiert wurde. Den etablierten Förderprodukten wie „IBB Wohnraum Modernisieren“, „IBB Altersgerechtes Wohnen“ und „IBB Energetische Gebäudesanierung“ kommt aber in 2014 weiterhin eine große Bedeutung zu, wenn Investoren ihre Bestände an zeitgemäße Standards und Marktbedarfe anpassen wollen. Im Zuge der erfolgreichen Einführung des Förderprogramms ENEO bei unserer Tochter IBB Business Team GmbH erwartet die IBB zusätzliche Impulse für das Fördergeschäft durch die Erschließung neuer Kundengruppen im kleineren und mittleren Segment und wird damit einen weiteren Beitrag für das Erreichen der klimapolitischen Zielsetzungen des Landes beisteuern.

Die im letzten Jahr angezogene, ausgesprochen gute Nachfrage nach WEG-Finanzierungen soll in 2014 über zusätzliche Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut und verstetigt werden. Die Granularität im Darlehensgeschäft, insbesondere mit den Eigenheimkunden, wird dadurch tendenziell zunehmen.

Die IBB wird weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten und durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen weitere Eigentümer von Wohnimmobilien mittelbar fördern. Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ wird die IBB auch in 2014 größere Vorhaben von kommunalen Unternehmen begleiten.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2014 ein Bewilligungsvolumen leicht unter dem Vorjahresniveau erwartet.

Die IBB arbeitet die erheblich gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Rahmen eines bankweiten Projekts ab. Die Bank wird die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen fristgerecht erfüllen.

Zusammenfassend erwartet die Geschäftsleitung somit in 2014 ein zufriedenstellendes Jahr. Die Bank geht davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis in einem weiterhin schwierigen Umfeld gegenüber dem Berichtsjahr leicht reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr erwartet sie eine weiterhin stabile Vermögens- und Finanzlage. Sollten sich die Zinsen im Laufe des Jahres 2014 nochmals reduzieren, wird über höher als erwartet eintretende Erträge sowohl die Fördercost-Income-Ratio als auch das wirtschaftliche Ergebnis kurzfristig positiv beeinflusst.

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die Investitionsbank Berlin ist das Mutterunternehmen des IBB-Konzerns. Sie ist für das konzernweite Risikomanagement zuständig und aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts maßgeblich für die Risikolage des Konzerns. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen ganz überwiegend auf die Investitionsbank Berlin. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgte in einer Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Steuerung der Risiken und Prozesse erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung bankinterner Anforderungen und in Angemessenheit der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftsaktivitäten der IBB.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert, das als Abteilung dem Bereich Controlling zugeordnet ist. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der relevanten Arten von Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Konzernrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken des Konzerns gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Revision ist als organisatorisch unabhängige Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt und überwacht die Einhaltung der Kriterien und Abläufe zur Risikoüberwachung und -steuerung durch interne Prüfungen. Sämtliche Prozesse und Verantwortlichkeiten der Risikoüberwachung und -steuerung sind in einem Handbuch Risiko schriftlich dokumentiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen der IBB Konzern ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risikocontrolling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- Adressenausfallrisiko
 - Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Anteilseigner- und Länderrisiko
- Spreadrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiko)
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Sonstiges Risiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene des Konzerns erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Management- und Reputationsrisiken.

Inanspruchnahme von Erleichterungsregelungen

Die IBB nimmt die folgenden, nach KWG und den MaRisk möglichen wesentlichen Erleichterungsregeln in Anspruch:

Das Länderrisiko wird weiterhin nicht separat limitiert, da es für das Förderkreditportfolio unwesentlich ist. Für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank wird das Spektrum an Engagements, welche ein Länderrisiko induzieren, im Rahmen der Globalvorlage festgelegt, regelmäßig überprüft und durch den Vorstand der IBB beschlossen. Zur Identifikation von Risikokonzentrationen aus Länderrisiken erfolgt im Risikocontrolling der Bank mindestens einmal jährlich eine Analyse. Eine Berichterstattung an den Vorstand und eine Überprüfung der Angemessenheit der Inanspruchnahme der Erleichterungsregelung bezüglich der Länderrisiken erfolgen mindestens einmal jährlich.

Das Anteilseignerrisiko resultiert aus den strategischen Beteiligungen der IBB. Aufgrund des geringen Verlustrisikos (Anteil am Konzernrisiko < 0,5 %) der strategischen Beteiligungen der IBB wird das Anteilseignerrisiko als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet dessen wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressenausfallrisikos monatlich ermittelt und bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going Concern des Konzerns.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

Für das Förderkreditportfolio werden nunmehr auch kalkulatorische Verlustrisiken aus Rating-Migrationen betrachtet. Die Adress- und Spread-Risiken werden jetzt branchenüblich und komplexitätsreduzierend addi-

tiv gemessen und nicht mehr integriert. Das operationelle Risiko wird mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet, da das Value-at-Risk-Modell zu erkennbar nicht sinnvollen Risikoausweisen geführt hat. Die Haltedauer für Zinsänderungsrisiken wurde von 10 auf 63 Tage erhöht.

Zum 31.12.2013 betrug die Auslastung des zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials 53 %. Damit sank vergleichsweise zum 31.12.2012 die Auslastung des Risikodeckungspotenzial-Limits um 26 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige Effekte zurückzuführen:

Zum einen resultiert die Entlastung aus der weiteren Reduzierung der Risikopositionen im Zusammenhang mit der De-Risking-Strategie, die im Berichtsjahr abgeschlossen wurde, sowie einem positiven Ratingtrend im Kreditportfolio. Positiv bemerkbar hat sich auch die teilweise Gewinnthesaurierung gemacht. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Modellweiterentwicklungen, die die Genauigkeit des Modells verbessert haben und in Summe zu einer geringeren Risikoauslastung führten. Aus diesem Grunde sind jedoch die aktuellen Zahlen mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar. Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2013 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. EUR

	31.12.2013		31.12.2012	
Risikodeckungspotenzial – Limit	1.043,0	100 %	851,9	100 %
Adressenausfallrisiko	323,9		331,8	
davon Kreditrisiko	160,7		164,2	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	119,2		93,7	
Spreadrisiko	92,5		111,9	
Beteiligungsrisiko	13,5		11,6	
Marktpreisrisiko	30,0		19,3	
Operationelles Risiko	28,2		62,8	
Liquiditätsrisiko	0,3		./.	
Sonstige Risiken (2012 inkl. Liquiditätsrisiko)	8,0		10,0	
Gesamtbankrisiko	496,4	53 %	609,0	79 %

Um das Risikoprofil des IBB Konzerns auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogenen Stress-tests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet. Die Angemessenheit der Stress- und Szenarioana-

lysen sowie deren zugrunde liegende Annahmen werden mindestens jährlich überprüft und die Ergebnisse bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil des Konzerns betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Adressenausfallrisiko

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressenausfallrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Die Bestimmung der Adressrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio und seit 2013 auch für das Förderkreditportfolio erfolgt mit einem Mark-to-Model-Ansatz, der auch das Risiko von Migrationen zwischen den Ratingklassen berücksichtigt.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressenausfallrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, welches ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling.

Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung täglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort auch alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbemessung wendet die IBB den Kreditrisiko-Standardansatz nach § 24 SolvV an.

In einem mindestens jährlichen Turnus werden wesentliche Modellparameter der Kreditrisikomodelle, wie Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Korrelationsparameter oder Risikofaktoren, auf ihre Validität überprüft und erforderlichenfalls angepasst.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Struktur des Kreditportfolios ist die Entwicklung der Risiken der IBB auch weiterhin eng mit der Entwicklung des Berliner Marktes für Wohnimmobilien verbunden.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Darlehen nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB keine Adressenausfallrisiken. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,2	0,3 bis 0,9	1,3 bis 6,7	10,0 bis 45,0	Ausfall	5,1

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18	ungeratet	Gesamt	mCVaR ¹
Wirtschaftsförderung	734,4	1.487,5	425,2	14,5	3,6	7,0	2.672,1	24,6
Mietwohnungsbau	2.689,6	2.901,6	600,4	98,5	133,2	93,1	6.516,4	101,1
Eigentumsmaßnahmen	9,5	179,4	575,4	19,9	53,9	2,6	840,7	34,9
Inanspruchnahme Gesamt	3.433,7	4.570,1	1.601,1	132,9	200,1	102,8	10.040,7	160,7
in %	34,2	45,5	15,9	1,3	2,0	1,0	100,0	–
(marginaler) CVaR	17,1	55,6	63,9	17,2	0,0	6,9	160,7	–
in %	10,6	34,6	39,8	10,7	0,0	4,3	100,0	–

¹ marginaler Credit Value at Risk

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	10,3	1,6	2,8	0,1	45,4	65,5	125,7
Mietwohnungsbau	639,9	1.211,2	814,1	387,6	733,5	378,5	4.164,7
Eigentumsmaßnahmen	59,5	52,4	17,2	2,0	26,7	0,7	158,4
Inanspruchnahme Gesamt	709,7	1.265,2	834,1	389,7	805,6	444,6	4.448,8
in %	16,0	28,4	18,7	8,8	18,1	10,0	100,0

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Geschäftsfeldes Treasury. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. EUR

Rating	1-3	4-7	8-12	13-15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	Marg. CVaR
IA Gesamt	6.263,6	66,6	0,0	0,0	0,0	0,0	6.330,2	119,2

Anteilseignerrisiko

Anteilseignerrisiken bestehen für die IBB insbesondere in potenziellen Verlusten, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder Krediten an Unternehmen entstehen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risikocontrolling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund der Unwesentlichkeit des Anteilseignerrisikos für den Konzern wurde für diese Risikoart kein Verlustrisikolimit festgelegt. Eine Berichterstattung zu dem Anteilseignerrisiko erfolgt nur bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) entspricht zum Bilanzstichtag mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte. Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Buchwert (EUR 15.166,7 Mio; Vorjahr: EUR 15.265,4 Mio) unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen (EUR 42,9 Mio; Vorjahr: EUR 51,4 Mio). Für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Nominalwert abzüglich gebildeter Risikovorsorge (EUR 981,3 Mio; Vorjahr: EUR 1.084,6 Mio). Sicherheiten sowie sonstige risikomindernde Vereinbarungen sind in diesen Beträgen nicht berücksichtigt.

Im Folgenden werden das Ausfallrisiko und die erhaltenen Sicherheiten dargestellt.

Entwicklung maximale Adressenausfallrisiken IBB 2012 - 2013

Segmente	Adressenausfallrisikobetrag				Wert der erhaltenen Sicherheiten	
	in Mio. EUR		in %			
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Wirtschaftsförderung	3.054,7	2.481,3	15,7%	16,3%	1.774,5	1.277,1
Inanspruchnahme	2.639,4	1.938,5	13,6%	12,7%	1.566,0	959,6
Loans and Receivables	2.635,8	1.935,7	13,6%	12,7%	1.566,0	959,6
Financial Assets at Fair Value	3,6	2,8	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	338,9	486,1	1,8%	3,2%	208,5	317,6
Finanzgarantien	76,4	56,7	0,4%	0,4%	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	8.752,4	6.230,9	45,1%	40,9%	7.296,2	4.800,4
Inanspruchnahme	8.186,9	5.771,7	42,2%	37,9%	7.055,7	4.684,5
Loans and Receivables	8.184,5	5.743,5	42,2%	37,7%	7.055,7	4.684,5
Financial Assets at Fair Value	2,4	28,2	0,0%	0,2%	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	519,7	406,5	2,7%	2,7%	237,9	113,4
Finanzgarantien	45,8	52,7	0,2%	0,3%	2,5	2,5
Eigentumsmaßnahmen	949,5	908,5	4,9%	6,0%	647,8	570,6
Inanspruchnahme	945,6	907,3	4,9%	5,9%	647,6	570,6
Loans and Receivables	945,6	907,3	4,9%	5,9%	647,6	570,6
Auszahlungsverpflichtungen	3,9	1,2	0,0%	0,0%	0,2	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	12.756,6	9.620,7	65,7%	63,1%	9.718,5	6.648,1
Inanspruchnahme	11.771,9	8.617,5	60,7%	56,5%	9.269,4	6.214,6
Loans and Receivables	11.765,8	8.586,5	60,6%	56,3%	9.269,4	6.214,6
Financial Assets at Fair Value	6,1	31,0	0,0%	0,2%	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	862,5	893,9	4,4%	5,9%	446,6	431,0
Finanzgarantien	122,2	109,3	0,6%	0,7%	2,5	2,5
Treasury	6.421,5	5.405,7	33,1%	35,5%	114,4	120,7
Inanspruchnahme	6.421,5	5.405,7	33,1%	35,5%	114,4	120,7
Loans and Receivables	1.216,3	558,8	6,3%	3,7%	14,4	20,7
Financial Assets at Fair Value	3.331,3	3.240,0	17,2%	21,2%	100,0	100,0
Available for Sale	1.873,9	1.606,9	9,7%	10,5%	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB ¹	1,8	0,7	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Inanspruchnahme	1,2	0,7	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Available for Sale	1,2	0,7	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtung	0,6	0,0	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Summe IBB	19.179,9	15.027,2	98,8%	98,5%	9.832,9	6.768,8
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe ²	230,6	221,3	1,2%	1,5%	0,0	0,0
Inanspruchnahme	230,6	221,3	1,2%	1,5%	0,0	0,0
Loans and Receivables	6,2	12,3	0,0%	0,1%	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	57,6	45,8	0,3%	0,3%	0,0	0,0
Available for Sale	166,8	163,2	0,9%	1,1%	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	19.410,5	15.248,5	100,0%	100,0%	9.832,9	6.768,8

¹ Die Position betrifft die nicht konsolidierten Beteiligungen Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, IBB Business Team GmbH, Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH.

² Dargestellt werden die Finanzinstrumente der verbundenen Unternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, VC Fonds Technologie Berlin GmbH, IBB-Holding GmbH, Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH (BTGI), ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, DeAM-Fonds IBB Corp (Spezial-Sondervermögen nach dem InvG) und IBB Technologie Entwicklungsfonds GmbH & Co. KG.

Das Gesamtportfolio des Konzerns IBB verfügt nach wie vor über eine hohe Kreditqualität. So werden zum 31.12.2013 80,5% der Finanzinstrumente von Kreditnehmern mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht größer als 1,08% in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2012 erhöhte sich der Anteil dieser Bonitätsklassen mit einer sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeit um 5,3%-Punkte. Ein weiterer Indikator für die gute Qualität des Gesamtportfolios ist der Anteil von 95,0% der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Im Vergleich zum Jahr 2012 sank dieser Wert um 3,9%-Punkte.

**Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind
zum 31.12.2013, in Mio. EUR**

Ratingstufe	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18		
Ausfallwahrscheinlichkeit						ausge-	
Segmente	0,21%	1,08%	8,16%	>8,16%	fallen	ungeratet	Summe
Wirtschaftsförderung	987,1	1.530,8	473,3	14,4	0,0	10,5	3.015,9
Inanspruchnahme	732,8	1.422,3	422,8	14,4	0,0	8,8	2.600,9
Loans and Receivables	732,8	1.420,9	421,0	14,2	0,0	8,6	2.597,5
Financial Assets at Fair Value	0,0	1,3	1,8	0,1	0,0	0,2	3,4
Auszahlungsverpflichtungen	250,3	45,0	43,0	0,0	0,0	0,5	338,8
Finanzgarantien	4,0	63,5	7,5	0,0	0,0	1,2	76,2
Mietwohnungsbau	3.021,3	3.378,6	962,5	192,6	82,6	261,4	7.899,0
Inanspruchnahme	2.728,1	3.181,8	903,4	188,7	80,4	257,7	7.340,0
Loans and Receivables	2.728,1	3.179,4	903,4	188,7	80,4	257,7	7.337,6
Financial Assets at Fair Value	0,0	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
Auszahlungsverpflichtungen	271,2	174,6	57,8	3,9	2,2	3,7	513,3
Finanzgarantien	22,1	22,2	1,3	0,0	0,0	0,1	45,8
Eigentumsmaßnahmen	67,4	226,0	560,6	15,4	4,4	3,1	876,8
Inanspruchnahme	65,6	224,7	560,2	15,4	4,4	2,8	873,1
Loans and Receivables	65,6	224,7	560,2	15,4	4,4	2,8	873,1
Auszahlungsverpflichtungen	1,9	1,3	0,3	0,0	0,0	0,3	3,7
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	4.075,9	5.135,3	1.996,4	222,3	87,0	274,9	11.791,8
Inanspruchnahme	3.526,4	4.828,7	1.886,4	218,4	84,8	269,2	10.814,0
Loans and Receivables	3.526,4	4.825,0	1.884,6	218,3	84,8	269,1	10.808,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	3,7	1,8	0,1	0,0	0,2	5,8
Auszahlungsverpflichtungen	523,3	220,9	101,1	3,9	2,2	4,5	855,8
Finanzgarantien	26,1	85,7	8,9	0,0	0,0	1,2	122,0
Treasury	6.313,6	96,4	0,0	0,0	0,0	11,5	6.421,5
Inanspruchnahme	6.313,6	96,4	0,0	0,0	0,0	11,5	6.421,5
Loans and Receivables	1.189,4	26,9	0,0	0,0	0,0	0,0	1.216,3
Financial Assets at Fair Value	3.265,5	54,3	0,0	0,0	0,0	11,5	3.331,3
Available for Sale	1.858,7	15,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2
Inanspruchnahme	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2
Available for Sale	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2
Summe IBB	10.389,5	5.232,8	1.996,5	222,3	87,0	286,6	18.214,5
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	230,2	230,2
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	230,2	230,2
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,8	5,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	57,6	57,6
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	166,8	166,8
Summe IBB Gruppe	10.389,5	5.232,8	1.996,5	222,3	87,0	516,8	18.444,7
	53,5%	27,0%	10,3%	1,1%	0,4%	2,7%	95,0%³

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2012, in Mio. EUR

Ratingstufe	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18		
Ausfallwahrscheinlichkeit					aus-		
Segmente	0,21%	1,08%	8,16%	>8,16%	gefallen	ungeratet	Summe
Wirtschaftsförderung	1.110,3	187,1	1.173,3	0,0	0,0	7,3	2.478,0
Inanspruchnahme	701,8	138,4	1.089,2	0,0	0,0	5,8	1.935,2
Loans and Receivables	701,5	137,9	1.087,3	0,0	0,0	5,8	1.932,5
Financial Assets at Fair Value	0,3	0,5	1,9	0,0	0,0	0,0	2,7
Auszahlungsverpflichtungen	404,3	5,0	76,8	0,0	0,0	0,1	486,1
Finanzgarantien	4,2	43,7	7,4	0,0	0,0	1,4	56,7
Mietwohnungsbau	2.257,1	2.228,3	1.284,5	170,8	57,0	123,1	6.120,7
Inanspruchnahme	1.986,5	2.098,5	1.229,1	170,8	57,0	121,9	5.663,8
Loans and Receivables	1.984,5	2.072,6	1.229,1	170,8	57,0	121,6	5.635,6
Financial Assets at Fair Value	2,0	25,9	0,0	0,0	0,0	0,3	28,2
Auszahlungsverpflichtungen	245,7	111,5	45,8	0,0	0,0	1,1	404,3
Finanzgarantien	24,8	18,2	9,6	0,0	0,0	0,1	52,7
Eigentumsmaßnahmen	4,8	273,1	564,4	11,5	2,9	1,9	858,6
Inanspruchnahme	4,7	272,6	564,2	11,5	2,9	1,7	857,6
Loans and Receivables	4,7	272,6	564,2	11,5	2,9	1,7	857,6
Auszahlungsverpflichtungen	0,2	0,5	0,1	0,0	0,0	0,2	1,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	3.372,2	2.688,5	3.022,2	182,3	59,9	132,2	9.457,3
Inanspruchnahme	2.693,0	2.509,5	2.882,5	182,3	59,9	129,4	8.456,6
Loans and Receivables	2.690,7	2.483,1	2.880,6	182,3	59,9	129,1	8.425,6
Financial Assets at Fair Value	2,3	26,4	1,9	0,0	0,0	0,3	30,9
Auszahlungsverpflichtungen	650,2	117,1	122,7	0,0	0,0	1,4	891,4
Finanzgarantien	29,0	61,9	17,0	0,0	0,0	1,4	109,3
Treasury	5.339,8	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0	5.405,7
Inanspruchnahme	5.339,8	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0	5.405,7
Loans and Receivables	558,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	558,8
Financial Assets at Fair Value	3.201,7	38,3	0,0	0,0	0,0	0,0	3.240,0
Available for Sale	1.579,3	27,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1.606,9
Beteiligungen der IBB	0,0	0,5	0,1	0,0	0,0	0,1	0,7
Inanspruchnahme	0,0	0,5	0,1	0,0	0,0	0,1	0,7
Available for Sale	0,0	0,5	0,1	0,0	0,0	0,1	0,7
Summe IBB	8.712,0	2.754,9	3.022,3	182,3	59,9	132,3	14.863,7
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	221,0	221,0
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	221,0	221,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,0	12,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	45,8	45,8
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	163,2	163,2
Summe IBB Gruppe	8.712,0	2.754,9	3.022,3	182,3	59,9	353,3	15.084,7
	57,1%	18,1%	19,8%	1,2%	0,4%	2,3%	98,9%³

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Der Anteil überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente im Portfolio der IBB beträgt wie im Vorjahr 4,8%.

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2013 in Mio. EUR

Verzugsdauer Segmente	Verzug >					Summe in Mio. EUR	Fair- Value der gestellten Sicher- heiten
	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr		
Wirtschaftsförderung	0,0	3,3	1,5	11,3	21,6	37,7	3,9
Inanspruchnahme	0,0	3,3	1,3	11,3	21,6	37,5	3,9
Loans and Receivables	0,0	3,3	1,3	11,1	21,6	37,3	3,9
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0
Mietwohnungsbau	1,0	39,6	15,4	50,9	736,9	843,8	810,1
Inanspruchnahme	1,0	34,0	15,4	50,9	736,1	837,4	809,2
Loans and Receivables	1,0	34,0	15,4	50,9	736,1	837,4	809,2
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	5,6	0,0	0,0	0,8	6,4	0,9
Eigentumsmaßnahmen	0,0	4,7	1,6	6,1	35,4	47,9	39,7
Inanspruchnahme	0,0	4,7	1,6	6,1	35,3	47,8	39,7
Loans and Receivables	0,0	4,7	1,6	6,1	35,3	47,8	39,7
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
Inanspruchnahme	1,0	41,9	18,3	68,4	793,0	922,6	852,8
Loans and Receivables	1,0	41,9	18,3	68,1	793,0	922,4	852,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	5,6	0,0	0,0	0,9	6,6	0,9
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
	0,0%	0,2%	0,1%	0,4%	4,1%	4,8%³	

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2012 in Mio. EUR

Verzugsdauer Segmente	Verzug >					Summe in Mio. EUR	Fair- Value der gestellten Sicher- heiten
	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr		
Wirtschaftsförderung	0,0	0,0	0,3	1,2	1,1	2,5	2,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,3	1,2	1,1	2,5	2,3
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,2	1,2	1,1	2,4	2,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	0,0	8,3	3,8	3,5	86,9	102,6	91,9
Inanspruchnahme	0,0	6,0	3,8	3,5	86,9	100,3	91,9
Loans and Receivables	0,0	6,0	3,8	3,5	86,9	100,3	91,9
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	2,3	0,0	0,0	0,0	2,3	0,0
Eigentumsmaßnahmen	0,0	3,6	2,2	3,4	10,2	19,3	12,0
Inanspruchnahme	0,0	3,6	2,2	3,4	10,1	19,2	12,0
Loans and Receivables	0,0	3,6	2,2	3,4	10,1	19,2	12,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	0,0	12,0	6,2	8,0	98,2	124,4	106,2
Inanspruchnahme	0,0	9,7	6,2	8,0	98,1	122,0	106,2
Loans and Receivables	0,0	9,7	6,1	8,0	98,1	121,9	106,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	2,3	0,0	0,0	0,1	2,4	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	0,0	12,0	6,2	8,0	98,2	124,4	106,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	0,0	12,0	6,2	8,0	98,2	124,4	106,2
	0,0%	0,1%	0,0%	0,1%	0,6%	0,8%³	

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (EWB)

Segmente	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair-Value der gestellten Sicherheiten	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
	Wirtschaftsförderung	1,8	9,8	0,8	9,0	1,0	0,8	0,0
Inanspruchnahme	1,8	1,8	0,8	1,0	1,0	0,8	0,0	0,0
Loans and Receivables	1,8	1,8	0,8	1,0	1,0	0,8	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	8,0	0,0	8,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	15,2	13,9	5,6	6,3	9,6	7,7	5,5	2,5
Inanspruchnahme	15,2	13,9	5,6	6,3	9,6	7,7	5,5	2,5
Loans and Receivables	15,2	13,9	5,6	6,3	9,6	7,7	5,5	2,5
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Eigentumsmaßnahmen	44,9	55,5	20,2	24,9	24,8	30,6	14,7	17,3
Inanspruchnahme	44,8	55,4	20,2	24,9	24,7	30,5	14,7	17,3
Loans and Receivables	44,8	55,4	20,2	24,9	24,7	30,5	14,7	17,3
Auszahlungsverpflichtungen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	61,9	79,2	26,6	40,2	35,4	39,0	20,2	19,9
Inanspruchnahme	61,9	71,1	26,6	32,2	35,3	38,9	20,2	19,9
Loans and Receivables	61,9	71,1	26,6	32,2	35,3	38,9	20,2	19,9
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	8,0	0,0	8,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB	10,0	0,0	9,4	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	71,9	79,2	36,0	40,2	36,0	39,0	20,2	19,9
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,8	0,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,8	0,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,8	0,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	72,6	79,9	36,4	40,6	36,3	39,3	20,2	19,9
					0,2%³	0,3%³		

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg. Spreadausweitungen können selbst bei unveränderter Ratingeinstufung von Adressen des Geld- und Kapitalmarktes erfolgen und erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit des Konzerns haben.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

Die Adressenausfall- und Spreadrisiken des Portfolios werden seit dem Berichtsjahr additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR) gerechnet mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen, in Mio. EUR

Rating	1			2-3	4-7	8-12	13-15	CSVaR 2013	CSVaR 2012
	AAAA/AAA	AA+/AA-	A+/A/A-						
Banken und Versicherungen des Inlands	7,7	2,2	2,9	3,4	0,0	0,0	0,0	16,1	17,4
Banken und Versicherungen des Auslands	1,1	11,8	22,9	0,0	1,2	0,0	0,0	37,0	44,5
Öffentliche Hand Inland	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,9	0,0
Öffentliche Hand Ausland	4,6	17,1	9,9	0,0	0,0	0,0	0,0	31,6	45,2
Corporates	0,0	0,0	3,8	0,0	0,0	0,0	0,0	3,8	4,8
Summe CSVaR								92,5	111,9

Die wesentlichen Risikofaktoren für die Entwicklung der Spreadrisiken im Geld- und Kapitalmarktportfolio stellen Credit-Spread-Veränderungen der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland sowie die gegenüber dem Vorjahr weiter gesunkene Risikoposition dar, die insgesamt zu einer spürbaren Verringerung des CSVaR von 111,9 Mio. EUR auf 92,5 Mio. EUR geführt haben.

Das Spreadrisiko für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands beträgt nur noch 37,0 Mio. EUR gegenüber 44,5 Mio. EUR im Vorjahr und ist damit deutlich rückläufig, ebenso wie für die Branche Öffentliche Hand Ausland.

Auch das Exposure in den südeuropäischen Krisenstaaten ist weiter rückläufig. Zum Berichtsstichtag bestehen im Wertpapierportfolio saldiert keine stillen Lasten.

Ausländische Wertpapiere mit dem Fokus PIIGS-Staaten in Mio. EUR (Stichtag 31.12.2013)

Land	Nominal			Marktwert		
	AfS	FVO	Summe	AfS	FVO	Summe
Italien	0,0	150,0	150,0	0,6	159,5	159,5
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6
davon Staat	0,0	150,0	150,0	0,0	159,5	159,5
Spanien	0,0	55,0	55,0	0,0	59,3	59,3
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,9
davon Staat	0,0	55,0	55,0	0,0	59,5	59,5
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portugal	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt PIIGS	0,0	205,0	205,0	0,6	218,8	218,5
Sonstige Länder	1.850,1	2.079,0	3.929,1	1.862,4	2.206,8	4.068,2
Gesamt	1.850,1	2.284,0	4.134,1	1.862,0	2.424,6	4.286,7

Beteiligungsrisiko

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell berücksichtigt die Risiken der VC-Gesellschaften, die wiederum Beteiligungen an Unternehmen eingehen. Das Ziel dieser Gesellschaften ist es, aus dem Beteiligungsportfolio eine positive Rendite durch die Wertmaximierung der Portfoliounternehmen zu erzielen. Das verwendete Modell bestimmt das erforderliche ökonomische Kapital einer Beteiligungsposition als Value at Risk eines Portfoliomodells und bestimmt im Durchschauprinzip das Kredit- und das Marktpreisrisiko in einem integrierten Modellansatz. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko aufgrund von Verlustereignissen aus den Beteiligungspositionen auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Als Verlustrisiko werden dabei sowohl das Ausfallrisiko als auch das Risiko, dass am Risikohorizont der Wert des Eigenkapitals niedriger ist als auch der risikolos aufgezinste Betrag des investierten Kapitals, berücksichtigt.

Entwicklung des Beteiligungsrisikos in Mio. EUR

	31.03.2013	30.06.2013	30.09.2013	31.12.2013
Beteiligungsrisiko Konzern ⁴	12,0	12,4	12,9	13,5

⁴ Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung.

Der gesamte Risikovorsorgebestand verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 59,7 Mio. EUR auf 43,4 Mio. EUR.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. EUR

	31.12.2013	31.12.2012
Einzelwertberichtigungen	5,6	6,7
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	21,0	25,5
Portfoliowertberichtigungen	16,4	19,3
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,4	0,2
Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	0,0	8,0
Risikovorsorge Gesamt	43,4	59,7

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Das Preisrisiko von Eigenkapitaltiteln ist für die IBB unwesentlich.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Treasury der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-

at-Risk-Ansatz mittels Historischer Simulation. Der Value at Risk wird für die tägliche Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 63 Tagen ermittelt. Der Value-at-Risk-Ansatz der IBB berücksichtigt die relevanten Risikofaktoren wie Zinssätze oder Volatilitäten sowie die Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Teilportfolios. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 betragen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 48,4 Mio. EUR. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen durch verschiedene Szenarien. Neben besonderen Kurvenbewegungen sind auch Sensitivitätsanalysen, der aufsichtsrechtliche Zinsschock und inverse Stresstests Bestandteile der Analysen zum Marktpreisrisiko.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt über ein System mit Limiten und Vorwarnstufen, die das Verlustpotenzial aus Marktpreisrisiken, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, begrenzen. Die Risikolimiten werden mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand genehmigt.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Prognosegüte des Modells führt die IBB quartalsweise ein Backtesting nach dem Baseler Ampel-Konzept durch. In 2013 wurden lediglich zwei Ausreißer festgestellt. Damit hat das Risikomodell, auch in einem volatilen Marktumfeld, seine hohe Prognosegüte bestätigt.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobehrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2013 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung wird der Vorstand über die Risikoentwicklung, die Limitauslastung sowie die Entwicklung des Barwertes des Zinsbuches informiert. In der monatlichen Berichterstattung werden darüber hinaus die Ergebnisse aus Stress- und Szenariorechnungen analysiert. Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2013 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolien in Mio. EUR

Value at Risk, 99% Konfidenzniveau, 10 Tage Haltedauer, ab 30.09.2013 63 Tage Haltedauer					
Portfolio	31.12.2012	31.03.2013	30.06.2013	30.09.2013	31.12.2013
Limitauslastung Bankbuch	38,6 %	37,6 %	39,9 %	45,4 %	42,9 %
Bankbuch	19,3	18,8	19,9	31,8	30,0
Kreditportfolio	19,4	18,6	19,6	32,0	30,0
Asset- und Geldmarkt-Portfolio	1,6	1,6	1,8	4,7	5,4

Liquiditätsrisiko

Die nachfolgende Analyse der Fälligkeiten finanzieller Verbindlichkeiten basiert auf dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeit. Dabei wurden die undiskontierten Cashflows auf die jeweiligen Laufzeitbänder verteilt. Sofern keine feste vertragliche Vereinbarung über den Rückzahlungszeitpunkt bestand, wurde der frühestmögliche Zeitpunkt bzw. die Kündigungsmöglichkeit herangezogen.

Die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen wurden mit ihrem Nominalwert einbezogen.

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
PASSIVA		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.024,1	3.699,7
täglich fällig und unbestimmt	85,6	12,8
bis 3 Monate	1.615,8	1.521,0
3 Monate bis 1 Jahr	262,3	296,4
1 Jahr bis 5 Jahre	530,3	1.319,4
über 5 Jahre	530,0	550,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.210,7	8.374,8
täglich fällig und unbestimmt	601,6	165,6
bis 3 Monate	802,3	903,7
3 Monate bis 1 Jahr	259,4	281,2
1 Jahr bis 5 Jahre	1.481,0	1.508,4
über 5 Jahre	5.066,4	5.515,9
verbriefte Verbindlichkeiten	6.229,0	4.506,7
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	263,9	233,7
3 Monate bis 1 Jahr	1.704,6	1.095,8
1 Jahr bis 5 Jahre	3.353,9	2.730,7
über 5 Jahre	906,5	446,4
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (ohne Derivate)	2.199,2	4.097,4
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	25,6	52,9
3 Monate bis 1 Jahr	110,8	612,7
1 Jahr bis 5 Jahre	1.000,2	2.083,9
über 5 Jahre	1.062,6	1.347,8
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (Derivate)	1.397,9	1.062,3
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	61,8	50,9
3 Monate bis 1 Jahr	171,9	199,3
1 Jahr bis 5 Jahre	614,0	571,4
über 5 Jahre	550,2	240,7
sonstige Passiva	14,1	22,9
täglich fällig und unbestimmt	14,1	22,9
Finanzgarantien	122,2	109,0
täglich fällig und unbestimmt	122,2	109,0
unwiderrufliche Kreditzusagen	122,5	975,6
täglich fällig und unbestimmt	122,5	975,6

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen

liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis sicherzustellen. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury.

Durch die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer war die IBB auch im Jahr 2013 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Aus diesem Grund wurde ein transparenter Prozess von der Identifizierung, der Offenlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt. In diesen Prozess sind alle Organisationseinheiten eingebunden.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Das operationelle Risiko wird seit 2013 in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet, da das Value-at-Risk-Modell zu erkennbar nicht sinnvollen Risikoausweisen

geführt hat. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2013 28,2 Mio. EUR. Für Stressszenarien wird Operational Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Risikohorizont von einem Jahr gerechnet. Die Datengrundlage des Modells bilden neben internen Schadensfalldaten auch Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR).

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controlling-prozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adressenausfall- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adressenausfall- und Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

Es werden verschiedene Konzentrationsmaße eingesetzt. Darüber hinaus werden die KreditInanspruchnahme und der marginale Credit (Spread) Value at Risk verwendet. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck

des Regionalbankencharakters der IBB. Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-) Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Geld- und Kapitalmarktportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Zur Reduzierung der potenziellen Auswirkungen dieser Risikokonzentration auf das Risikoprofil der Bank wird das Geld- und Kapitalmarktportfolio sukzessive umgeschichtet.

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2013, in Mio. EUR

Branche Segmente	Grund- stücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versi- cherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	1,7	1,6	1.979,9	156,5	915,0	3.054,6
Inanspruchnahme	1,7	1,4	1.862,0	14,1	760,2	2.639,4
Loans and Receivables	1,7	1,4	1.862,0	14,1	756,6	2.635,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	3,6	3,6
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	114,8	142,4	81,6	338,8
Finanzgarantien	0,0	0,2	3,1	0,0	73,1	76,4
Mietwohnungsbau	7.890,6	197,9	206,5	7,9	449,5	8.752,4
Inanspruchnahme	7.414,1	195,3	151,5	7,9	418,1	8.186,9
Loans and Receivables	7.411,7	195,3	151,5	7,9	418,1	8.184,5
Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
Auszahlungsverpflichtungen	432,2	2,6	55,0	0,0	29,9	519,7
Finanzgarantien	44,3	0,0	0,0	0,0	1,4	45,8
Eigentumsmaßnahmen	1,4	943,7	0,1	0,0	4,2	949,5
Inanspruchnahme	1,4	939,9	0,1	0,0	4,2	945,6
Loans and Receivables	1,4	939,9	0,1	0,0	4,2	945,6
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	3,8	0,0	0,0	0,0	3,9
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	7.893,8	1.143,2	2.186,5	164,4	1.368,7	12.756,5
Inanspruchnahme	7.417,2	1.136,6	2.013,6	22,0	1.182,5	11.771,9
Loans and Receivables	7.414,8	1.136,6	2.013,6	22,0	1.178,9	11.765,8
Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	3,6	6,1
Auszahlungsverpflichtungen	432,3	6,4	169,8	142,4	111,6	862,4
Finanzgarantien	44,3	0,2	3,1	0,0	74,6	122,2
Treasury	6,0	0,0	4.508,0	1.799,9	107,7	6.421,5
Inanspruchnahme	6,0	0,0	4.508,0	1.799,9	107,7	6.421,5
Loans and Receivables	0,0	0,0	622,7	537,2	56,4	1.216,3
Financial Assets at Fair Value	6,0	0,0	2.164,8	1.109,3	51,3	3.331,3
Available for Sale	0,0	0,0	1.720,5	153,4	0,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	1,1	0,0	0,7	1,8
Inanspruchnahme	0,0	0,0	1,1	0,0	0,1	1,2
Available for Sale	0,0	0,0	1,1	0,0	0,1	1,2
Auszahlungsverpflichtung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6
Summe IBB	7.899,8	1.143,2	6.695,6	1.964,3	1.477,1	19.179,8
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	29,5	0,0	201,2	230,6
Inanspruchnahme	0,0	0,0	29,5	0,0	201,2	230,6
Loans and Receivables	0,0	0,0	5,5	0,0	0,6	6,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,1	0,0	57,5	57,6
Available for Sale	0,0	0,0	23,8	0,0	143,0	166,8
Summe IBB Gruppe	7.899,8	1.143,2	6.725,1	1.964,3	1.678,3	19.410,4
	40,7%	5,9%	34,6%	10,1%	8,6%	100,0%³

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2012, in Mio. EUR

Branche Segmente	Grund- stücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versi- cherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	4,9	1,2	1.391,0	267,0	817,2	2.481,3
Inanspruchnahme	4,9	0,7	1.224,8	25,7	682,4	1.938,5
Loans and Receivables	4,6	0,7	1.224,8	25,7	679,9	1.935,7
Financial Assets at Fair Value	0,3	0,0	0,0	0,0	2,5	2,8
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	166,1	241,3	78,6	486,1
Finanzgarantien	0,0	0,4	0,0	0,0	56,2	56,7
Mietwohnungsbau	5.711,3	141,8	240,4	0,0	137,4	6.230,9
Inanspruchnahme	5.365,6	134,4	140,4	0,0	131,3	5.771,7
Loans and Receivables	5.353,8	134,4	140,4	0,0	114,9	5.743,5
Financial Assets at Fair Value	11,8	0,0	0,0	0,0	16,4	28,2
Auszahlungsverpflichtungen	294,5	7,4	100,0	0,0	4,6	406,5
Finanzgarantien	51,2	0,0	0,0	0,0	1,5	52,7
Eigentumsmaßnahmen	0,6	904,1	0,3	0,0	3,5	908,5
Inanspruchnahme	0,6	902,9	0,3	0,0	3,5	907,3
Loans and Receivables	0,6	902,9	0,3	0,0	3,5	907,3
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0	1,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	5.716,9	1.047,1	1.631,7	267,0	958,2	9.620,7
Inanspruchnahme	5.371,2	1.038,0	1.365,6	25,7	817,2	8.617,5
Loans and Receivables	5.359,0	1.038,0	1.365,6	25,7	798,3	8.586,5
Financial Assets at Fair Value	12,2	0,0	0,0	0,0	18,9	31,0
Auszahlungsverpflichtungen	294,5	8,6	266,1	241,3	83,3	893,9
Finanzgarantien	51,2	0,4	0,0	0,0	57,7	109,3
Treasury	0,0	0,0	3.466,4	1.898,5	40,9	5.405,7
Inanspruchnahme	0,0	0,0	3.466,4	1.898,5	40,9	5.405,7
Loans and Receivables	0,0	0,0	130,1	428,7	0,0	558,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	1.865,8	1.333,3	40,9	3.240,0
Available for Sale	0,0	0,0	1.470,5	136,4	0,0	1.606,9
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,5	0,0	0,1	0,7
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,5	0,0	0,1	0,7
Available for Sale	0,0	0,0	0,5	0,0	0,1	0,7
Summe IBB	5.716,9	1.047,1	5.098,6	2.165,4	999,2	15.027,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	30,9	0,0	190,4	221,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	30,9	0,0	190,4	221,3
Loans and Receivables	0,0	0,0	12,0	0,0	0,3	12,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	45,8	45,8
Available for Sale	0,0	0,0	18,9	0,0	144,3	163,2
Summe IBB Gruppe	5.716,9	1.047,1	5.129,5	2.165,4	1.189,6	15.248,5
	37,5%	6,9%	33,6%	14,2%	7,8%	100,0%³

Das Portfolio des IBB-Konzerns weist darüber hinaus regionale Konzentrationen auf. Bezogen auf das Gesamtportfolio besteht zum Stichtag 31.12.2013 mit einem relativen Anteil von 80,0% am Gesamtportfolio eine ausgeprägte Konzentration der maximalen Verlustrisiken auf die Region Deutschland. Im Vergleich zum 31.12.2012 hat sich die Ungleichverteilung der Verlustrisiken auf die Region Deutschland weiter erhöht.

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2013, in Mio. EUR

Region Segmente	EU-Länder			G 10- Länder		Sonstige Regionen	Summe
	Deutsch- land (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	(ohne Euro- Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	(ohne Europa)		
Wirtschaftsförderung	3.024,4	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	3.054,7
Inanspruchnahme	2.609,1	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.639,4
Loans and Receivables	2.605,5	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.635,8
Financial Assets at Fair Value	3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,6
Auszahlungsverpflichtungen	338,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	338,9
Finanzgarantien	76,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	76,4
Mietwohnungsbau	8.706,4	43,8	0,7	1,1	0,1	0,2	8.752,4
Inanspruchnahme	8.154,2	30,6	0,7	1,1	0,1	0,2	8.186,9
Loans and Receivables	8.151,8	30,6	0,7	1,1	0,1	0,2	8.184,5
Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
Auszahlungsverpflichtungen	506,5	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	519,7
Finanzgarantien	45,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	45,8
Eigentumsmaßnahmen	948,3	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	949,5
Inanspruchnahme	944,4	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	945,6
Loans and Receivables	944,4	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	945,6
Auszahlungsverpflichtungen	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,9
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	12.679,2	74,6	0,8	1,5	0,3	0,3	12.756,6
Inanspruchnahme	11.707,7	61,4	0,8	1,5	0,3	0,3	11.771,9
Loans and Receivables	11.701,7	61,4	0,8	1,5	0,3	0,3	11.765,8
Financial Assets at Fair Value	6,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,1
Auszahlungsverpflichtungen	849,3	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	862,5
Finanzgarantien	122,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	122,2
Treasury	2.558,0	2.742,6	879,5	136,8	63,4	41,3	6.421,5
Inanspruchnahme	2.558,0	2.742,6	879,5	136,8	63,4	41,3	6.421,5
Loans and Receivables	755,9	332,0	68,4	60,1	0,0	0,0	1.216,3
Financial Assets at Fair Value	1.300,7	1.503,7	477,3	0,0	28,4	21,3	3.331,3
Available for Sale	501,4	907,0	333,9	76,7	35,0	20,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
Inanspruchnahme	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
Available for Sale	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
Auszahlungsverpflichtungen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Summe IBB	15.239,0	2.817,2	880,3	138,3	63,7	41,6	19.179,9
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	96,5	75,4	23,6	15,1	17,2	2,8	230,6
Inanspruchnahme	96,5	75,4	23,6	15,1	17,2	2,8	230,6
Loans and Receivables	6,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,2
Financial Assets at Fair Value	53,4	0,0	1,4	0,0	2,8	0,0	57,6
Available for Sale	36,9	75,4	22,2	15,1	14,4	2,8	166,8
Summe IBB Gruppe	15.335,5	2.892,6	903,9	153,4	80,9	44,4	19.410,5
	79,0%	14,9%	4,7%	0,8%	0,4%	0,2%	100,0%³

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2012, in Mio. EUR

Region Segmente	EU-Länder		Europa		G 10-	Sonstige Regionen	Summe
	Deutsch- land (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	(ohne Euro- Raum)	(ohne EU-Länder)	Länder (ohne Europa)		
Wirtschaftsförderung	2.451,1	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.481,3
Inanspruchnahme	1.908,3	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1.938,5
Loans and Receivables	1.905,5	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1.935,7
Financial Assets at Fair Value	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,8
Auszahlungsverpflichtungen	486,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	486,1
Finanzgarantien	56,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	56,7
Mietwohnungsbau	6.225,0	3,4	0,7	1,5	0,2	0,2	6.230,9
Inanspruchnahme	5.765,8	3,4	0,7	1,5	0,2	0,2	5.771,7
Loans and Receivables	5.737,6	3,4	0,7	1,5	0,2	0,2	5.743,5
Financial Assets at Fair Value	28,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	28,2
Auszahlungsverpflichtungen	406,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	406,5
Finanzgarantien	52,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	52,7
Eigentumsmaßnahmen	907,4	0,4	0,0	0,3	0,1	0,3	908,5
Inanspruchnahme	906,3	0,3	0,0	0,3	0,1	0,3	907,3
Loans and Receivables	906,3	0,3	0,0	0,3	0,1	0,3	907,3
Auszahlungsverpflichtungen	1,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	9.583,5	33,9	0,7	1,8	0,4	0,5	9.620,7
Inanspruchnahme	8.580,4	33,8	0,7	1,8	0,4	0,5	8.617,5
Loans and Receivables	8.549,3	33,8	0,7	1,8	0,4	0,5	8.586,5
Financial Assets at Fair Value	31,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	31,0
Auszahlungsverpflichtungen	893,8	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	893,9
Finanzgarantien	109,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	109,3
Treasury	2.206,2	2.271,1	661,1	24,8	220,8	21,8	5.405,7
Inanspruchnahme	2.206,2	2.271,1	661,1	24,8	220,8	21,8	5.405,7
Loans and Receivables	558,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	558,8
Financial Assets at Fair Value	1.282,1	1.387,9	491,6	0,0	56,7	21,8	3.240,0
Available for Sale	365,2	883,2	169,6	24,8	164,1	0,0	1.606,9
Beteiligungen der IBB	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7
Inanspruchnahme	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7
Available for Sale	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7
Summe IBB	11.790,3	2.305,0	661,8	26,6	221,1	22,3	15.027,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	92,1	73,1	27,1	10,9	15,3	2,8	221,3
Inanspruchnahme	92,1	73,1	27,1	10,9	15,3	2,8	221,3
Loans and Receivables	12,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,3
Financial Assets at Fair Value	42,1	0,0	1,5	0,0	2,2	0,0	45,8
Available for Sale	37,7	73,1	25,6	10,9	13,1	2,8	163,2
Summe IBB Gruppe	11.882,4	2.378,1	688,9	37,5	236,4	25,1	15.248,5
	77,9%	15,6%	4,5%	0,2%	1,6%	0,2%	100,0%³

Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Unternehmens angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung des Bereiches Finanzen und ist über Arbeitsanweisungen in allen Bereichen der Bank verankert.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer schriftlich fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen.

Der Rechnungslegungsprozess wird durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den betriebsinternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung des Konzerns an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

IT-Risiken aus Hardwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2013 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Backup-RZ und eine Notstromversorgung zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschriften- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen wird kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der ergriffenen Schutzmaßnahmen wurde in 2013 ein Projekt zum Informationssicherheitsmanagement, das sich an den gängigen BSI-Standards ausrichtet, implementiert.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in:

- Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- Risiken aus Verträgen und Bescheiden und
- Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Stabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt.

Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Personalrisiken

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie

einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlustes von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Sonstige Risiken

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16.04.2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft (Landesbank Berlin, Berlin-Hannoversche Hypothekenbank und Investitionsbank Berlin) und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 geregelt, der die IBB am 10.08.2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10.08.2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Durch die oben erwähnten Modelländerungen sind die Veränderungen in der Risikotragfähigkeit zwischen den Jahren 2012 und 2013 nur bedingt vergleichbar. Die Modelländerungen führten jedoch zu einer Erhöhung der Genauigkeit des Modells. Die Risikoposition des IBB Konzerns hat sich in 2013 durch den weiteren Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio und durch den positiven Ratingtrend weiter verbessert.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2013 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der SolvV-Kennziffer betrug zwischen 18,7 % und 21,1 % und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

in Mio. EUR	Anhang	2013	2012	Veränderung	
				absolut	in %
Zinserträge		641,9	741,8	-99,9	-13,5
Zinsaufwendungen		490,6	585,6	-95,0	-16,2
Zinsüberschuss	[26]	151,3	156,2	-4,9	-3,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[27]	-0,6	5,2	-5,9	< -100,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		151,9	151,0	0,9	0,6
Provisionserträge		8,9	11,4	-2,5	-22,1
Provisionsaufwendungen		1,0	1,1	-0,1	-8,6
Provisionsüberschuss	[28]	7,9	10,3	-2,4	-23,6
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	[29]	178,0	-25,3	203,3	> 100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	[30]	1,2	-15,2	16,5	> 100,0
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen	[31]	-0,2	0,1	-0,2	< -100,0
Verwaltungsaufwand	[32]	79,7	82,7	-2,9	-3,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[33]	-19,9	-16,1	-3,8	-23,7
Ergebnis vor Steuern		239,2	22,0	217,2	> 100,0
Ertragsteuern	[34]	-0,2	-0,2	0,0	0,0
Konzernjahresüberschuss		238,9	21,8	217,1	> 100,0
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		-0,3	-1,2	0,9	77,1
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		239,2	23,0	216,2	> 100,0

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

in Mio. EUR	Anhang	2013	2012	Veränderung	
				absolut	in %
Konzernjahresüberschuss		238,9	21,8	217,1	> 100,0
Sonstiges Ergebnis		7,1	71,9	-64,8	-90,1
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		7,0	-22,6	29,6	> 100,0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste gem. IAS 19	[55]	7,0	-22,5	29,5	> 100,0
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen von at-equity bilanzierten Unternehmen	[36]	0,1	-0,1	0,1	> 100,0
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		0,1	94,5	-94,4	-99,9
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	[35]	0,0	94,5	-94,5	-100,0
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen von at-equity bilanzierten Unternehmen	[36]	0,1	0,0	0,1	100,0
Gesamtergebnis		246,1	93,8	152,3	> 100,0
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		-0,3	-1,2	0,9	77,1
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		246,3	94,9	151,4	> 100,0

Konzern-Bilanz

zum 31. Dezember 2013

Aktiva

in Mio. EUR	Anhang	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
				absolut	in %
Barreserve	[40]	24,3	19,5	4,8	24,7
Forderungen an Kreditinstitute	[11], [41]	1.273,8	1.627,8	-354,0	-21,7
Forderungen an Kunden	[11], [42]	13.892,9	13.637,6	255,3	1,9
Wertberichtigungen auf Forderungen	[12], [43]	-42,9	-51,4	8,5	16,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte ¹	[13], [44]	3.395,5	3.320,8	74,7	2,2
Finanzanlagen ²	[14], [45]	2.042,0	1.770,9	271,1	15,3
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	[15], [46]	0,7	0,7	0,0	-2,4
Immaterielle Vermögenswerte	[16], [47]	1,3	2,1	-0,8	-37,0
Sachanlagen	[17], [48]	49,6	50,0	-0,4	-0,8
Ertragsteueransprüche	[18], [49]	2,7	3,6	-0,9	-24,4
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		0,3	0,6	-0,2	-39,9
Latente Ertragsteueransprüche		2,4	3,0	-0,6	-21,4
Sonstige Aktiva	[19], [50]	2,9	3,6	-0,7	-19,5
Summe der Aktiva		20.642,8	20.385,2	257,7	1,3

¹ davon zum 31.12.2013 427,4 Mio. EUR (31.12.2012: 622,5 Mio. EUR) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

² davon zum 31.12.2013 110,2 Mio. EUR (31.12.2012: 144,0 Mio. EUR) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

Passiva

in Mio. EUR	Anhang	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
				absolut	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[20], [51]	2.965,2	3.447,8	-482,6	-14,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[20], [52]	6.750,6	6.791,8	-41,3	-0,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	[20], [53]	5.989,6	4.456,4	1.533,2	34,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	[13], [54]	3.842,9	4.772,8	-929,8	-19,5
Rückstellungen	[21], [22], [55]	193,8	205,8	-12,0	-5,8
Ertragsteuerverpflichtungen	[18], [56]	2,8	3,2	-0,4	-13,6
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen		0,1	0,2	-0,1	-58,2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		2,7	3,0	-0,3	-10,1
Sonstige Passiva	[23], [57]	46,8	57,5	-10,7	-18,6
Eigenkapital	[58]	851,1	649,9	201,3	31,0
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens		853,9	652,4	201,5	30,9
a) Grundkapital		300,0	300,0	0,0	0,0
c) Gewinnrücklagen		639,0	592,8	46,2	7,8
d) Neubewertungsrücklage		6,4	6,4	0,0	0,0
e) Konzernbilanzverlust		-91,5	-246,9	155,3	63,0
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		-2,8	-2,6	-0,3	-10,3
Summe der Passiva		20.642,8	20.385,2	257,7	1,3

Konzern- Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. EUR	Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens						
	Grund- kapital	Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen		Neubewer- tungsrücklage	Konzernbi- lanzgewinn/ -verlust	Zwischen- summe
			Zweck- rücklage der IBB	Andere Gewinn- rücklagen des Konzerns			
Stand zum 1. Januar 2012	300,0	0,0	284,2	331,2	-88,1	-269,8	557,5
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	-22,6	94,5	23,0	94,9
davon: Konzernjahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	23,0	23,0
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	94,5	0,0	94,5
davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	-22,5	0,0	0,0	-22,5
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	-0,1
Stand zum 31. Dezember 2012	300,0	0,0	284,2	308,7	6,4	-246,9	652,4
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	7,1	0,0	239,2	246,3
davon: Konzernjahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	239,2	239,2
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon: versicherungsmathematische Gewinne gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	7,0	0,0	0,0	7,0
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2
Gewinnausschüttung an Anteilseigner	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-44,8	-44,8
Transfer in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	39,0	0,0	0,0	-39,0	0,0
Stand zum 31. Dezember 2013	300,0	0,0	323,2	315,8	6,4	-91,5	853,9

Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Gesamtes Eigenkapital	in Mio. EUR
-1,4	556,1	Stand zum 1. Januar 2012
-1,2	93,8	Gesamtergebnis
-1,2	21,8	davon: Konzernjahresfehlbetrag
0,0	94,5	davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten
0,0	-22,5	davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19
0,0	-0,1	davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen
-2,6	649,9	Stand zum 31. Dezember 2012
-0,3	246,1	Gesamtergebnis
-0,3	238,9	davon: Konzernjahresüberschuss
0,0	0,0	davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten
0,0	7,0	davon: versicherungsmathematische Gewinne gem. IAS 19
0,0	0,2	davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen
0,0	-44,8	Gewinnausschüttung an Anteilseigner
0,0	0,0	Transfer in Gewinnrücklagen
-2,8	851,1	Stand zum 31. Dezember 2013

Weitere Erläuterungen zum Eigenkapital und zu den einzelnen Komponenten sind den Angaben (58) und (35) bis (37) zu entnehmen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. EUR	2013	2012
Konzernjahresüberschuss	238,9	21,8
im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen und immaterielle Vermögenswerte	6,2	13,9
Veränderungen der Rückstellungen	-8,3	-5,6
Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten	-165,1	-80,5
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen und Finanzanlagen	-1,0	15,3
Zinsüberschuss	-151,3	-156,2
Saldo sonstiger Anpassungen	0,2	0,2
Zwischensumme	-80,3	-191,1
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	352,6	183,3
Forderungen an Kunden	-118,1	-450,9
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	0,7	-0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-521,7	343,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-57,0	-95,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.073,3	-586,6
Sonstige Passiva aus operativer Tätigkeit	-10,7	3,0
Derivate	-45,6	92,2
Gezahlte Zinsen	-521,1	-590,4
Erhaltene Zinsen	648,7	736,4
Erhaltene Dividenden	0,4	0,5
Ertragsteuerzahlungen (bzw. -erstattungen)	0,2	0,0
Cashflow aus operativer Tätigkeit	721,4	-556,7
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	1.255,4	1.773,5
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.925,6	-1.226,2
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-1,7	-2,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-671,8	545,3
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0
Auszahlungen an Unternehmenseigner und nicht beherrschende Anteile (Dividenden)	-44,8	0,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-44,8	0,0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	19,5	30,9
Cashflow aus operativer Tätigkeit	721,4	-556,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-671,8	545,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-44,8	0,0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	24,3	19,5

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand bei der Darstellung der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst somit den Kassenbestand sowie die Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode aufgestellt und zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres durch die Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Die Konzern-Kapitalflussrechnung gibt im Wesentlichen die Entwicklung bei der IBB wieder. Sie hat als Indikator für die Liquiditätslage einer Bank nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im Risikobericht innerhalb des Konzern-Lageberichts zur Liquiditätssteuerung der Bank mittels interner Liquiditätsberechnungen und der LiqV-Steuerung verwiesen.

Konzern-Anhang

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Investitionsbank Berlin (im Folgenden "IBB" genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin (Bundesallee 210, 10719 Berlin, Deutschland). Sie ist die Struktur- und Förderbank des Landes Berlin und unterstützt das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

Die IBB hat Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 WpHG an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 WpHG emittiert. Sie ist Mutterunternehmen des Konzerns Investitionsbank Berlin und somit gemäß § 340i Abs. 1 i. V. m. § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen. Der Konzernabschluss der IBB zum 31. Dezember 2013 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit den international anerkannten Rechnungslegungsnormen, den International Financial Reporting Standards (IFRS), aufgestellt.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Sofern nicht anders vermerkt, wurden die beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden und -stichtage angewendet. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die Ausübung von Wahlrechten bei der Bilanzierung wird in den jeweiligen Angaben erläutert.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen sachgerecht erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen, die Ermittlung der Risikovorsorge, die Fest-

legung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung des entsprechenden Postens im Folgenden dargelegt.

Die funktionale Währung des Konzerns ist Euro. Alle Beträge werden, sofern nicht anders gekennzeichnet, in Millionen Euro (Mio. EUR) gerundet auf eine Nachkommastelle angegeben. Die Betragsangaben in den Tabellen erfolgen ohne Vorzeichen, sofern sich dieses aus dem Sachzusammenhang ergibt.

Aufgrund von Rundungen können bei den dargestellten Werten geringfügige Abweichungen bei der Addition auftreten.

Der Konzern macht von dem Wahlrecht gemäß IAS 1.10A Gebrauch und erstellt eine gesonderte Gewinn- und Verlustrechnung.

(2) Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Für die Abschlusserstellung maßgeblich sind diejenigen IFRS, die am Abschlussstichtag veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen wurden, sofern sie zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwenden sind, sowie deren Auslegung durch das IFRS Interpretations Committee. Diese wurden, soweit ihre Vorschriften für die Bilanzierung des Konzerns relevant sind, vollumfänglich angewendet.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses wurden ergänzend die nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt. Der Konzernlagebericht wurde gemäß § 315 HGB aufgestellt. Die erforderlichen Angaben zu den Adressenausfall-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31–7.42 werden im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts dargestellt. Die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) verabschiedeten Standards wurden beachtet, sofern sie vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB im Bundesanzeiger bekannt gemacht wurden, bereits verpflichtend anzuwenden waren und sie den Regelungen der IFRS nicht entgegenstehen.

Im Geschäftsjahr 2013 waren die folgenden Rechnungslegungsvorschriften erstmals anzuwenden:

Änderungen an IAS 1 "Darstellung des Abschlusses"

Die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung nun in zwei Gruppen aufgeteilt. Bestandteile, die zu einem späteren Zeitpunkt im Periodenergebnis erfasst werden, werden getrennt dargestellt von den Bestandteilen, die nicht im Periodenergebnis erfasst werden.

IAS 19 "Leistungen an Arbeitnehmer"

Der Standard wurde in 2011 grundlegend überarbeitet. Die Änderungen betrafen im Wesentlichen die Abschaffung der Korridor-Methode zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne bzw. Verluste, den Ersatz erwarteter Erträge aus Planvermögen und des Zinsaufwands auf die Pensionsverpflichtung durch eine Nettozinskomponente, die sofortige vollständige Erfassung von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand in der Periode der Planänderung sowie die Erweiterung der Angabe- und Erläuterungspflichten.

Wesentliche Auswirkungen auf die Bilanzierung und Bewertung des Konzerns ergaben sich hieraus nicht. Der Konzern wendete den bisher zulässigen Korridor-Ansatz nicht an, versicherungsmathematische Gewinne und Verluste wurden auch bisher im Jahr ihrer Entstehung vollständig im sonstigen Ergebnis erfasst. Planvermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen liegen nicht vor. Aus der Überarbeitung des Standards resultierende zusätzliche Offenlegungspflichten sind in den Angaben (21) und (55) enthalten.

IFRS 13 "Bemessung des beizulegenden Zeitwerts"

IFRS 13 definiert einheitliche Leitlinien für die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert in IFRS-Ab-schlüssen.

In Übereinstimmung mit den Übergangsvorschriften werden die Vorschriften des IFRS 13 prospektiv ab dem Geschäftsjahr 2013 angewendet.

Für die IBB ist die Ermittlung der Zeitwerte für Finanzinstrumente von Bedeutung. Insbesondere spielen hierbei die verwendeten Marktpreise bei der Bewertung von börsennotierten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, sowie die Verwendung von Bewertungsmodellen für Forderungen und Verbindlichkeiten sowie für derivative Finanzinstrumente eine wesentliche Rolle.

Im Wesentlichen ergeben sich Auswirkungen aus der Definition des Hauptmarktes für den Handel mit Anleihen und der damit einhergehenden Verwendung beobachtbarer Marktpreise im Rahmen der Bewertung. Als Hauptmarkt für den Handel von Anleihen wurde bei Anwendung des IFRS 13 der OTC-Markt festgelegt. Während bei der Bewertung von Anleihen nach IAS 39 im Wesentlichen Börsenkurse verwendet wurden, werden nach IFRS 13 im Wesentlichen am OTC-Markt beobachtbare Kurse verwendet.

Der Konzern hat bei der Bewertung von OTC-Derivaten bereits vor Anwendung von IFRS 13 Kreditausfallrisiken in Form von „Credit Value Adjustments (CVA)“ und „Debt Value Adjustments (DVA)“ berücksichtigt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 ergaben sich aus der Umstellung folgende Auswirkungen auf die Posten des Konzernabschlusses:

in Mio. EUR	Anpassungsbetrag
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	2,3
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,9
Konzern-Bilanz	
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	4,1
Finanzanlagen	0,9
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	-1,8
Eigenkapital	
Neubewertungsrücklage	0,9
Konzernbilanzverlust	2,3

Änderungen an IFRS 7 bzgl. der Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Aufgrund der Änderungen an IFRS 7 waren im Geschäftsjahr 2013 erstmals erweiterte Offenlegungspflichten zu erfolgten Saldierungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten umzusetzen. Diese sind in Angabe (61) enthalten.

Jährliches Verbesserungsprojekt (2009 bis 2011)

Die Standardänderungen umfassen Anpassungen und Klarstellungen an insgesamt fünf Standards. Insbesondere enthalten sind Änderungen zum Verzicht auf Anhangangaben zur dargestellten dritten Bilanz bei Fehlerkorrekturen bzw. rückwirkenden Anwendungen von Standardänderungen (Änderungen an IAS 1). Die Neuregelungen haben auf die Bilanzierung und Berichterstattung des Konzerns keine materiellen Auswirkungen.

Darüber hinaus waren im Geschäftsjahr 2013 Änderungen an IFRS 1 (Ausgeprägte Hochinflation und Beseitigung der festen Zeitpunkte für Erstanwender) und an IAS 12 (Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte) sowie die neue Interpretation IFRIC 20 (Abraumkosten in der Produktionsphase eines Tagebauwerks) erstmals anzuwenden. Diese Regelungen sind für die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Für die folgenden, für den Konzern grundsätzlich einschlägigen, Standards bzw. Änderungen an Standards ist das EU-Endorsement bereits erfolgt, sie sind jedoch noch nicht verpflichtend anzuwenden. Von einer freiwilligen vorzeitigen Anwendung wurde abgesehen:

Änderungen an IAS 32 bzgl. der Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten (erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen)

Die Änderungen lassen das gegenwärtige Saldierungsmodell nach IAS 32 im Grundsatz unberührt. Im Anhang zu IAS 32 erfolgt eine Konkretisierung der in IAS 32.42 definierten Saldierungskriterien. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB werden voraussichtlich nicht resultieren.

Das neue Konsolidierungspaket (erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen):

Dazu zählen die folgenden fünf neuen bzw. überarbeiteten Standards:

- IFRS 10 "Konzernabschlüsse"
- IAS 27 "Einzelabschlüsse"
- IFRS 11 "Gemeinsame Vereinbarungen"
- IAS 28 "Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen"
- IFRS 12 "Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen".

Ergänzt werden die Standards durch die:

- Änderungen zu IFRS 10 "Konzernabschlüsse", IFRS 11 "Gemeinsame Vereinbarungen" und IFRS 12 "Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen" bzgl. der Übergangsregelungen,
- Änderungen zu IFRS 10 "Konzernabschlüsse", IFRS 12 "Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen" und IAS 27 "Einzelabschlüsse" bzgl. Investmentgesellschaften.

IFRS 10 ersetzt die bisher in IAS 27 enthaltenen Regelungen zu konsolidierten Abschlüssen. Der Standard definiert den Begriff "Beherrschung" neu und enthält Leitlinien zur Auslegung des Beherrschungsbegriffs. Die geänderte Definition von Beherrschung setzt gemäß IFRS 10.6 die Verfügungsgewalt (power), die Erzielung variabler Rückflüsse (variable returns) sowie die Möglichkeit zur Steuerung der Rückflüsse für das Vorliegen eines Beherrschungsverhältnisses voraus. Darüber hinaus enthält der Standard eine Ausnahmenvorschrift von der Konsolidierungspflicht für sogenannte Investmentgesellschaften. Unternehmen, die den Kriterien einer Investmentgesellschaft entsprechen, sind verpflichtet, ihre Tochterunternehmen im Konzernabschluss erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Der geänderte IAS 27 enthält nur noch Regelungen zu Einzelabschlüssen.

Der neue Standard IFRS 11 ersetzt den bisherigen IAS 31. Die bisher in IAS 31 enthaltenen Bilanzierungsvorschriften für Gemeinschaftsunternehmen werden in IAS 28 bzw. IFRS 11 übernommen. Gemeinschaftliche Vereinbarungen werden in die zwei Gruppen gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen klassifiziert. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei gemeinschaftlich geführten Unternehmen wird abgeschafft, Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens haben verpflichtend die Equity-Methode anzuwenden. Partnerunternehmen einer gemeinschaftlichen Tätigkeit haben die ihrem Anteil entsprechenden Vermögenswerte, Schulden, Aufwendungen und Erträge zu bilanzieren.

IFRS 12 ersetzt und ergänzt die bisher in IAS 27, IAS 28 und IAS 31 enthaltenen Angabepflichten für sämtliche Arten von Beteiligungen an anderen Unternehmen inkl. gemeinschaftlicher Vereinbarungen und assoziierter Unternehmen. Die neuen Angabepflichten umfassen Informationen, die es ermöglichen, die Art der Beziehung zu anderen Unternehmen, damit einhergehende Risiken und finanziellen Auswirkungen zu beurteilen. Erweiterte Angabepflichten wurden u.a. für strukturierte Unternehmen und Minderheiten ergänzt. Mit den Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen werden nun auch Informationen zu Unternehmensbeziehungen gefordert, bei denen es sich weder um Anteile an einem Tochterunternehmen, an einem Gemeinschaftsunternehmen oder an einem assoziierten Unternehmen handelt.

Die neuen Standards des Konsolidierungspaktes wurden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Konsolidierungskreis des IBB-Konzerns geprüft. Die Betrachtung der aktuellen Beteiligungsverhältnisse unter dem neuen Beherrschungskonzept lässt nicht auf eine Änderung des Konsolidierungskreises schließen. Für die bisher bestehenden Tochterunternehmen kann auch zukünftig die Beherrschung durch die IBB nachgewiesen werden. Bei den bestehenden assoziierten Unternehmen kann trotz der erweiterten Beherrschungsdefinition des IFRS 10 nicht auf eine Einstufung als Tochterunternehmen geschlossen werden. Sie werden weiterhin aufgrund des maßgeblichen Einflusses als assoziierte Unternehmen gemäß IAS 28 eingestuft und at-equity bewertet werden. Gemeinschaftliche Unternehmen sind auch unter der neuen Definition gemeinschaftlicher Vereinbarungen des IFRS 11 nicht vorhanden. Für die sonstigen Beteiligungen ergibt sich ebenfalls keine Einbeziehung in den Konsolidierungskreis.

Ergänzend zu den bestehenden Beteiligungsverhältnissen werden weitere Unternehmensbeziehungen unter IFRS 10 betrachtet. Hierzu zählen insbesondere Beherrschungsverhältnisse, die sich aufgrund erweiterter Rechte in bestehenden Kreditbeziehungen ergeben können. Auch für diesen Fall sind die drei Kriterien des IFRS 10 zu beachten. Im standardisierten Kreditgeschäft ist nicht von einer Beherrschungsposition der IBB auszugehen. Für das individuelle Kreditgeschäft sind auf Ebene der Ein-

zelvertragsverhältnisse die Substanz von gegebenenfalls bestehenden Mitwirkungs- und Zustimmungsrechten der IBB sowie der Einfluss auf mögliche variable Rückflüsse zu prüfen. Für diese Kreditbeziehungen können die Auswirkungen auf den Konsolidierungskreis zum 31. Dezember 2014 erst mit der Betrachtung der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Vertragsverhältnisse einschließlich der Bonität der Kreditnehmer abschließend definiert werden. Die bisher durchgeführten Untersuchungen ergaben keine Auswirkungen auf den Konsolidierungskreis des IBB-Konzerns.

In Folge des IFRS 12 werden sich umfangreichere Angaben im Konzernabschluss ergeben.

Änderungen an IAS 36 bzgl. der Angaben zum erzielbaren Betrag bei nicht-finanziellen Vermögenswerten (erstmalig anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen):

Die Standardänderung konkretisiert die Angabepflichten zu materiellen wertgeminderten Vermögenswerten, deren Restwert dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten entspricht.

Aus der Änderung werden keine Auswirkungen auf die zukünftige Berichterstattung des Konzerns erwartet.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden ferner Änderungen an IFRS 1 (Darlehen der öffentlichen Hand) und an IAS 39 (Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften) durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht übernommen. Diese Regelungen sind für die Rechnungslegung des Konzerns derzeit nicht relevant.

Darüber hinaus bestehen weitere, durch das International Accounting Standards Board verabschiedete, neue und überarbeitete Rechnungslegungsstandards bzw. Interpretationen, die für die Bilanzierung des Konzerns grundsätzlich einschlägig sind, für die jedoch das EU-Endorsement bislang nicht erfolgt ist und die daher nicht angewendet werden dürfen:

Jährliche Verbesserungsprojekte

Im Rahmen der Verbesserungsprojekte für die Zyklen 2010 bis 2012 sowie 2011 bis 2013 erfolgten Änderungen an insgesamt neun Standards. Die Anpassungen haben überwiegend klarstellenden Charakter. Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wird für das vierte Quartal 2014 erwartet. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB werden voraussichtlich nicht resultieren.

Änderungen an IAS 19 bzgl. der Berücksichtigung von Arbeitnehmer-Beiträgen zu Pensionsplänen

Die Neuregelung erleichtert die Erfassung von Arbeitnehmer-Beiträgen bzw. Beiträgen Dritter zu Pensionsplänen. Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wird für

das vierte Quartal 2014 erwartet. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB werden voraussichtlich nicht resultieren.

IFRS 9

Die Regelungen in IAS 39 zur Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten werden im Rahmen der mehrere Phasen umfassenden Überarbeitung und in den neuen Standard IFRS 9 überführt. Kernelement ist die Reduzierung der Kategorien für aktive Finanzinstrumente auf zwei, wobei die Bewertung entweder erfolgswirksam zum Fair Value oder aber zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Die Zuordnung erfolgt in Abhängigkeit vom Geschäftsmodell des Unternehmens sowie von den Eigenschaften der vertraglichen Geldflüsse des Finanzinstruments. Änderungen des Fair Value von freiwillig zum Fair Value bewerteten passiven Finanzinstrumenten sind, soweit sie auf eine Änderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, künftig erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis ("other comprehensive income" - OCI), d. h. direkt im Eigenkapital, zu erfassen.

Im Geschäftsjahr 2013 hat das International Accounting Standards Board ferner Ergänzungen zu IFRS 9 veröffentlicht, die das allgemeine Modell der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen neu regeln (General Hedge Accounting). Daneben wurde der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt aus dem Standard entfernt. Ein neuer Erstanwendungszeitpunkt soll erst festgelegt werden, wenn alle Phasen der Überarbeitung abgeschlossen sind. Auch die Übernahme des IFRS 9 durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht soll erst nach Abschluss der übrigen Phasen zur vollständigen Überarbeitung des IAS 39 erfolgen.

Der Konzern geht davon aus, dass sich bei Übernahme der neuen Regelungen des IFRS 9 erhebliche Auswirkungen auf die Bilanzierung und Bewertung ergeben werden. Eine Quantifizierung des Umfangs dieser Auswirkungen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Ferner hat das International Accounting Standards Board im Geschäftsjahr 2013 die neue Interpretation IFRIC 21 (Abgaben) und im Geschäftsjahr 2014 den neuen Standard IFRS 14 (Regulatorische Abgrenzungsposten) veröffentlicht. Diese Regelungen sind für die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Alle wesentlichen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen werden in den Konzernabschluss einbezogen.

Der Konzernabschluss der IBB wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird gemäß IAS 27.18 vorgenommen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.21 eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Die Fortschreibung der Equity-Buchwerte erfolgt auf der Basis von IFRS-Abschlüssen der Gesellschaften.

Beteiligungen, die als unwesentlich eingestuft wurden, sind von der Konsolidierung bzw. at Equity-Bewertung ausgenommen und werden als Finanzanlagen ausgewiesen und zum Fair Value bewertet.

(4) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis der IBB umfasst neben dem Mutterunternehmen unverändert zehn Tochterunternehmen, darunter ein Spezial-Sondervermögen. Als Tochterunternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden.

Neben dem Spezial-Sondervermögen bestehen keine Gesellschaften, die gemäß der veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, als Special Purpose Entities in den Konzernabschluss einzubeziehen wären.

Daneben werden unverändert zwei assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen. Als assoziiertes Unternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, bei denen der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt und die weder Tochterunternehmen noch Gemeinschaftsunternehmen sind. Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.1 Gebrauch gemacht.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter- und assoziierten Unternehmen sowie die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Angabe (74)) entnommen werden.

(5) Finanzinstrumente

Finanzinstrumente werden ab dem Zeitpunkt bilanziell erfasst, ab dem das bilanzierende Unternehmen Vertragspartei wird und zu den vereinbarten Leistungen bzw. Gegenleistungen berechtigt oder verpflichtet ist.

Alle finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verpflichtungen einschließlich derivativer Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz angesetzt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften (regular way contracts) und Derivaten zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zugangszeitpunkt mit ihrem Zeitwert erfasst, der in der Regel den Anschaffungskosten entspricht. Im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes werden Finanzinstrumente einer der nachstehend aufgeführten Bewertungskategorien zugeordnet. Abhängig von dieser Kategorisierung erfolgt die Folgebewertung.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die für die Berichterstattung gemäß IFRS 7.6 erforderliche Klassenbildung der Finanzinstrumente erfolgt analog der Kategorisierung gemäß IAS 39 in Verbindung mit den Bilanzpositionen.

a) Bewertungskategorien

Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss, AFV und LFV)

Die Bewertungskategorien der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten untergliedern sich jeweils in die Unterkategorien "zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten" (Held for Trading, HfT) und "Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum Zeitwert zu bewerten eingestuft wurden" (Fair Value Option, FVO).

Als "Held for Trading" sind gemäß IAS 39.9 jene nicht-derivativen Finanzinstrumente zu klassifizieren, die hauptsächlich mit der Absicht erworben oder eingegangen wurden, das Finanzinstrument kurzfristig zu verkaufen oder zurückzukaufen. Ferner gehören Derivate der Unterkategorie „Held for Trading“ an.

Geschäfte mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht werden von der IBB nicht getätigt. Der Unterkategorie HfT sind daher im Konzern ausschließlich Derivate zugeordnet, die zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen wurden.

Die Fair Value Option kann unwiderruflich für Finanzinstrumente genutzt werden, wenn

- durch die Einstufung Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (sog. Rechnungslegungsanomalien) beseitigt oder erheblich verringert werden, die sich aus der ansonsten vorzunehmenden Bewertung der Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten oder der Erfassung von Gewinnen und Verlusten ergeben würden, oder
- eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und/oder finanziellen Verbindlichkeiten gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert und ihre Wertentwicklung auf der Grundlage des Zeitwerts beurteilt wird und die auf dieser Grundlage ermittelten Informationen intern an Personen in Schlüsselpositionen weitergereicht werden, oder
- ein Vertrag ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält, die die Zahlungsströme des Vertrags erheblich verändern, oder wenn nicht ohne Analyseaufwand ersichtlich ist, dass eine Trennung des eingebetteten Derivats bzw. der eingebetteten Derivate unzulässig ist.

Der IBB-Konzern macht derzeit von den Möglichkeiten des Hedge Accounting nach IAS 39 keinen Gebrauch. Die Fair Value Option wird daher zur Darstellung ökonomischer Sicherungsbeziehungen genutzt. Sie wird ferner zur Vermeidung der Trennungspflicht eingebetteter Derivate im Kreditgeschäft angewendet. Daneben wurde für die Beteiligungsportfolios der VC-Gesellschaften aufgrund ihrer Steuerung auf der Grundlage des Zeitwerts von der Fair Value Option Gebrauch gemacht.

Die Bewertung der Finanzinstrumente dieser Kategorien erfolgt erfolgswirksam zum Fair Value. Sie werden in den Bilanzposten „erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen“ ausgewiesen. Die Ergebnisse aus der Fair Value-Bewertung sind im Posten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“ enthalten. Hier werden auch die realisierten Ergebnisse aus dem Abgang bzw. der Veräußerung ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode berechneten Zinsen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen (Held to Maturity, HTM)

Die Bewertungskategorie ist vorgesehen für auf aktiven Märkten gehandelte, nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit. Die Einordnung in diese Bewertungskategorie kann jedoch nur erfolgen, wenn die Absicht und Fähigkeit besteht, das Finanzinstrument bis zu seiner Endfälligkeit zu halten.

Im IBB-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Bewertungskategorie zugeordnet.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LAR)

Unter die Bewertungskategorie LAR fallen nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, soweit sie nicht bei Zugang in die Bewertungskategorie der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte designiert oder der Bewertungskategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zugeordnet wurden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Wertminderungen werden unter der Position Wertberichtigungen auf Forderungen ausgewiesen. Aufwendungen aus der Bildung und Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen sowie Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen und Abgangsergebnisse werden in der Risikoversorge ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AFS)

Die Bewertungskategorie AFS beinhaltet alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits anderen Bewertungskategorien zugeordnet wurden. Ihre Bewertung erfolgt grundsätzlich mit dem Zeitwert. Eigenkapitalinstrumente, für die kein an einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Vermögenswerte der Bewertungskategorie AFS werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Unterschiedsbeträge zwischen dem Zeitwert und den fortgeführten Anschaffungskosten werden innerhalb des Eigenkapitals in der Neubewertungsrücklage erfasst. Dauernde Wertminderungen (Impairment) und Ergebnisse aus der Veräußerung werden in der Gewinn- und Verlustrech-

nung im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ohne das Vorliegen eines Impairments ergeben hätten, erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Laufende Ergebnisse und die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities measured at amortised cost, LAC)

Der Bewertungskategorie LAC werden alle nicht-derivativen finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die nicht in die Fair Value Option designiert wurden. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Finanzinstrumente der Kategorie LAC werden in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

b) Verfahren zur Ermittlung der Zeitwerte

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen.

Er wird mithilfe verschiedener Bewertungsmethoden ermittelt. Die dort einfließenden Bewertungsparameter werden nach IFRS 13 folgenden drei Stufen (Level) zugeordnet:

- Level 1: quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verpflichtungen
- Level 2: andere beobachtbare Parameter außer den in Level 1 genannten quotierten Preisen
- Level 3: nicht beobachtbare Parameter

Für Finanzinstrumente, für die keine quotierten Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verpflichtungen vorliegen (Level 1), wird der beizulegende Zeitwert anhand folgender Bewertungsmethoden ermittelt:

- Quotierte Preise vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf aktiven Märkten (Level 2)
- Quotierte Preise identischer oder vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf Märkten, die nicht aktiv sind (Level 2)
- Bewertungsmodelle, denen für den zu bewertenden Vermögenswert bzw. die zu bewertende Verpflichtung im Wesentlichen beobachtbare (Level 2) oder im Wesentlichen nicht beobachtbare (Level 3) Bewertungsparameter zugrunde liegen

Quotierte Preise werden von einem Preisservice-Dienstleister bezogen. Für die Zuordnung der quotierten Preise zu den Hierarchieleveln werden die von dem Dienstleister zur Verfügung gestellten Dokumentationen und Informationen zur Preisfeststellung herangezogen. Sofern keine quotierten Preise vorliegen wird der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cash-Flow (DCF)-Methode) ermittelt.

Bei nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie Derivaten wird zur Abzinsung die Swap-Kurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit-Spreads herangezogen. Bei den Credit-Spreads wird nach Rating, Laufzeit, Branche und Besicherungsgrad differenziert. In den Credit-Spreads für die eigenen finanziellen Verbindlichkeiten ist die Bonität des Landes Berlin durch die Anstaltslast berücksichtigt. Bei der Entscheidung, aus welchen Marktdatenquellen die Credit-Spreads abgeleitet werden, bestehen Ermessensspielräume. Änderungen bei den Marktdatenquellen für die Credit-Spreads wirken sich auf die im Konzernabschluss dargestellten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente aus.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Eine Erhöhung der eigenen Refinanzierungskosten durch Spreadveränderungen führt zu Bewertungsgewinnen, da der Wert der Verbindlichkeiten sinkt. Dagegen führen sinkende Refinanzierungskosten zu Bewertungsverlusten, da der Wert der Verbindlichkeiten steigt. Für finanzielle Vermögenswerte ist der Effekt aus der Veränderung der Credit-Spreads umgekehrt. Höhere Margen durch steigende Credit-Spreads führen zu Bewertungsverlusten, sinkende Margen zu Bewertungsgewinnen.

Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden, wurden der Fair Value Option zugeordnet. Bei der Fair Value-Bilanzierung dieser Beteiligungen werden Be-

wertungsrichtlinien auf Basis der „International Private Equity and Venture Capital Valuation Guideline“ der EVCA (European Venture Capital Association) beachtet, soweit sie mit den IFRS in Übereinstimmung stehen. Nach diesen Bewertungsrichtlinien werden börsennotierte Unternehmen, für die ein aktiver Markt besteht, mit ihrem Börsenkurs am jeweils liquidesten Börsenplatz zum Bewertungsstichtag bewertet. Unterliegen die Aktien einer vertraglichen Lock-Up-Beschränkung, werden analog zu den Empfehlungen der EVCA Abschläge von bis zu 20 %, abhängig von der Frist der Handelsbeschränkungen, auf den Stichtagskurs angesetzt. Für alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver Markt besteht, wird der Fair Value anhand allgemein anerkannter Bewertungsverfahren ermittelt. Zu den Bewertungsverfahren gehört – sofern verfügbar – der Rückgriff auf zeitnah erfolgte Transaktionen (Finanzierungsrunden) zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern. Diese Transaktionen müssen nach den angewendeten Bewertungsrichtlinien bestimmte Kriterien, z. B. hinsichtlich des Volumens, der Unabhängigkeit der beteiligten Parteien und der zeitlichen Nähe zum Bewertungsstichtag, erfüllen. Zu den weiteren Bewertungsverfahren gehört das Multiplikatorverfahren.

Der Zeitwert von täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht dem Buchwert.

(6) Finanzgarantien

Finanzgarantien werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert. Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgerecht nachkommt.

Die bilanzielle Erfassung zum Zeitpunkt der Zusage erfolgt in Höhe des Zeitwerts der Verbindlichkeit. Dieser entspricht in der Regel dem Barwert der für die Übernahme der Garantie erhaltenen Gegenleistung. Die Bilanzierung erfolgt nach der Nettomethode, d. h. der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsumfang der Finanzgarantie saldiert. Im Rahmen der Folgebewertung wird die Verpflichtung mit dem höheren Wert einer gemäß IAS 37 zu bildenden Rückstellung oder dem amortisierten Ursprungsbetrag angesetzt. Der Ausweis der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien erfolgt im Posten sonstige Passiva.

(7) Strukturierte Finanzinstrumente

Als strukturierte Finanzinstrumente werden Finanzinstrumente bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag (Host Contract) und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Unter bestimm-

ten Voraussetzungen sind die eingebetteten Derivate getrennt vom Basisvertrag wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren. Die Trennungspflicht besteht, wenn u. a. die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden sind. Der Basisvertrag ist in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bilanzieren.

Im IBB-Konzern werden Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Fair Value Option zugeordnet und in der Bilanz im Posten erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte ausgewiesen. Eine Abspaltung des eingebetteten Derivats vom Basisvertrag und eine gesonderte Bewertung sind insofern nicht zulässig. Dies betrifft das Kreditprogramm Berlin Kapital, bei dem stille Beteiligungen mit gewinnabhängigen Vergütungen ausgestattet werden können.

(8) Echte Pensionsgeschäfte

Im IBB-Konzern werden ausschließlich echte Wertpapierpensionsgeschäfte getätigt.

Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere später gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen. Die Bilanzierung des übertragenen Wertpapiers erfolgt weiterhin beim Pensionsgeber entsprechend seiner Bewertungskategorie, da die wesentlichen Eigentümerchancen und -risiken bei ihm verbleiben. In Höhe des erhaltenen bzw. geleisteten Barbetrags wird eine Verbindlichkeit beim Pensionsgeber bzw. eine Forderung beim Pensionsnehmer ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Die Leasingverhältnisse des Konzerns werden gemäß IAS 17 auf der Grundlage der Verteilung der mit dem Eigentum eines Leasinggegenstandes verbundenen Chancen und Risiken klassifiziert und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

Bei den vom Konzern im Wege des Operating Leasing geleasteten Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Kraftfahrzeuge sowie Druck- und Kopiergeräte. Entsprechend der Einstufung werden die ge-

leaste Gegenstände nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die geleisteten Leasingraten werden linear über die Laufzeit des jeweiligen Leasingvertrages im Verwaltungsaufwand bzw. im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

Der IBB-Konzern als Leasinggeber

Bei den Leasingvereinbarungen, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt, handelt es sich im Wesentlichen um die Untervermietung einzelner Büroräume in dem von der IBB selbst genutzten Bürogebäude. Die Leasingerlöse werden linear über die Vertragslaufzeit im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

(10) Währungsumrechnung

Im Konzern IBB werden grundsätzlich keine Geschäftsvorfälle in Fremdwährungen vorgenommen. Durch in Vorjahren erfolgte gesellschaftsrechtliche Veränderungen lauten zum Stichtag 31. Dezember 2013 eine von der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH und der VC Fonds Berlin GmbH sowie jeweils eine von der VC Fonds Technologie Berlin GmbH und eine von der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH gehaltene Beteiligung auf US-Dollar.

Diese nicht monetären Vermögenswerte in Fremdwährungen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem am jeweiligen Tag des Geschäftsvorfalles gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet. Die Folgebewertung wird zu marktgerechten Devisenkursen am Bilanzstichtag vorgenommen. Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, werden erfolgswirksam im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

(11) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

In den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ist das zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kreditgeschäft des Konzerns ausgewiesen. Inhalt dieses Postens ist im Wesentlichen das Förderkreditgeschäft der IBB. Daneben sind nicht börsenfähige Namenspapiere, Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen enthalten. Wertminderungen von Forderungen werden separat im Bilanzposten Wertberichtigungen auf Forderungen erfasst und aktivisch abgesetzt. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

(a) Einzelwertberichtigungen (EWB)

Die Ermittlung einer EWB erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung des finanziellen Vermögenswerts schließen lassen. Im zweiten Schritt ist zu untersuchen, ob das Finanzinstrument tatsächlich im Wert gemindert ist. Objektive Hinweise für eine Wertminderung sind Sachverhalte, die üblicherweise zu einer tatsächlichen Wertminderung führen. Folgende Trigger Events kommen daher für die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Betracht, wobei weitere nicht ausgeschlossen sind:

- ↳ erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners
- ↳ erfolgte Vertragsverletzung wie bspw. Nichtzahlung oder Verzug von vereinbarten Leistungen
- ↳ Zugeständnisse an den Kreditnehmer (KN), die der Kreditgeber aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten des KN gewährt, die der Kreditgeber normalerweise nicht gewähren würde
- ↳ erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine bevorstehende Insolvenz oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners
- ↳ Verschwinden eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten (siehe IAS 39.60)
- ↳ beobachtbare Daten, die auf eine messbare Verringerung der erwarteten Cashflows aus einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit deren erstmaligem Ansatz hinweisen, obwohl die Verringerung noch nicht einzelnen finanziellen Vermögenswerten der Gruppe zugeordnet werden kann, einschließlich
 - ↳ nachteilige Veränderungen beim Zahlungsstand von KN in einer Gruppe oder
 - ↳ volkswirtschaftliche oder regionale wirtschaftliche Bedingungen, die mit Ausfällen bei den Vermögenswerten der Gruppen korrelieren (Beispiele siehe IAS 39.59)

Zur Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung wird der Barwert der erwarteten Zahlungsströme aus der Forderung, d. h. der erzielbare Betrag, dem Buchwert der Forderung gegenüber gestellt. Die erwarteten Zahlungsströme können sich aus Tilgungs- und / oder Zinszahlungen sowie Erlösen aus der Sicherheitenverwertung unter Berücksichtigung von Verwertungskosten zusammensetzen. Ist der Buchwert größer als der erzielbare Betrag, wird in Höhe der Differenz eine Einzelwertberichtigung gebucht.

Einzelwertberichtigungen werden teilweise aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

(b) Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen sind für Portfolios nicht signifikanter Forderungen, für die objektive Hinweise auf eine Wertberichtigung vorliegen, zu bilden. Grundsätzlich gelten für die pEWB die gleichen Eintrittskriterien wie für die EWB. Allerdings findet in diesen Fällen eine maschinelle Identifikation über die unten aufgeführten Auslösefaktoren statt. Als nicht signifikant gelten Forderungen gegen Kunden der Portfolios Immobilien Privatkunden und Mikrokredite.

Alle Kreditnehmer im betrachteten Segment mit einem der folgenden Merkmale sind pEWB-relevant:

- gekündigte Kreditnehmer oder
- Kreditnehmer mit einem Rückstand von größer gleich 10 Prozent bezogen auf die aktuelle Restschuld des Kreditnehmers oder
- Kreditnehmer mit einer Rückstandsdauer von mehr als 40 Tagen innerhalb der letzten 24 Monate oder
- Kreditnehmer mit drohendem bzw. eröffneten Insolvenzverfahren oder
- Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung innerhalb der letzten 3 Jahre

Darüber hinaus sind alle Kreditnehmer pEWB-relevant, bei denen mindestens drei der folgenden Auslösefaktoren innerhalb der letzten 24 Monate vor dem jeweiligen Bewertungszeitpunkt aufgetreten sind:

- Kunde wendet sich mit einem Liquiditätsproblem an die IBB
- Stundungsantrag/Tilgungsaussetzung
- Auslauf der Aufwendungssubvention liegt vor
- fehlende nachhaltige Kapitaldienstfähigkeit für die Kreditnehmereinheit
- negative Schufa (nur bei natürlichen Personen)
- Reduzierung des Beleihungswertes um mehr als 10 %
- Mitteilung über die Trennung oder Scheidung von Eheleuten liegt vor
- Mitteilung über Arbeitslosigkeit eines Darlehensnehmers liegt vor
- Mitteilung über Tod eines Darlehensnehmers ab Gesamt-Ratingnote 13 und/oder Bestehen von Ratenrückständen

Die pEWB entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten.

(c) Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Bei nicht einzelwertberichtigten Kreditforderungen (Performing Loans) wird dem Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Portfoliowertberichtigungen stellen keine

Risikovorsorge für den Einzelfall dar, sondern berücksichtigen Risiken, die in einer Gruppe oder einem Bestand von Krediten mit gemeinsamen Merkmalen enthalten sind. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt. Die Bemessungsgrundlage entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Real-krediten und 45 % bei Personalkrediten. Die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses wird mit Hilfe eines LIP-Faktors (loss identification period) von 0,9 (Vorjahr 0,9) berücksichtigt. Die verwendeten Ausfallwahrscheinlichkeiten und der LIP-Faktor werden jährlich überprüft.

(d) Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

Für Risiken aus unwiderruflichen Kreditzusagen werden Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft gebildet. Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach den zu erwartenden Verlusten für die erwarteten Mittelabflüsse. Bei Verträgen mit einer Einzelwertberichtigung erfolgt eine Einzelfallbetrachtung. Für alle anderen Verträge wird ein maschinelles Verfahren angewendet, bei dem auf Basis von Ratings und Scorings entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewendet werden. Die Bemessungsgrundlage entspricht 50 % (KSA-Konversionsfaktor für nicht unmittelbar kündbare Kreditlinien mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr nach SolvV) der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Real-krediten und 45 % bei Personalkrediten.

(13) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen resultierenden Zinsaufwendungen und -erträge sind im Zinsüberschuss enthalten. Die Bewertungs- und Abgangsergebnisse werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltene Derivate (Held for Trading)

Aufgrund der Eigenschaft der IBB als Nichthandelsbuchinstitut werden der Unterkategorie Held for Trading ausschließlich Derivate zugeordnet.

Designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (FVO)

Zu den erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Vermögenswerten und Verpflichtungen gehören Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Namenspapieren sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, die durch den Abschluss entsprechender derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsände-

rungsrisiken abgesichert wurden. Der aktivische Posten beinhaltet weiterhin alle Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden, sowie Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten aus dem Kreditprogramm Berlin Kapital.

(14) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Tochterunternehmen, sonstige Beteiligungen sowie aus Wesentlichkeitsgründen nicht nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen, es sei denn, sie sind als zur Veräußerung gehalten im Sinne von IFRS 5 auszuweisen. Die den Finanzanlagen zugeordneten Finanzinstrumente sind der Kategorie AFS zugeordnet.

Die hier ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte werden mit ihrem Fair Value bilanziert, soweit dieser verlässlich ermittelbar ist. Bewertungsergebnisse werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Eine bonitätsbedingte Abschreibung erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung (Impairment). Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren festgemacht, wie sie in IAS 39.59 bzw. IAS 39.61 genannt werden. Im Fall einer dauerhaften Wertminderung wird das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage, sondern erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wertaufholungen bei Fremdkapitaltiteln werden erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgen erfolgsneutral über die Neubewertungsrücklage.

Die Erträge aus Schuldverschreibungen, einschließlich der Amortisationsbeträge aus der Fortschreibung der Anschaffungskosten, sowie Dividendenerträge und laufende Erträge aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Realisierte Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(15) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

Der Posten beinhaltet die für den Konzern wesentlichen assoziierten Unternehmen. Bei der Equity-Methode geht die anteilige Eigenkapitalveränderung des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.

Die Anwendung der Equity-Methode erfolgt grundsätzlich auf der Basis des letzten verfügbaren Abschlusses des Unternehmens, sofern dieser nicht älter als drei Monate ist. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses lagen alle Abschlüsse für das Berichtsjahr vor.

Bestehen Anzeichen für eine Wertminderung der Anteile an einem at-equity bewerteten Unternehmen, werden diese gemäß IAS 28.31ff. überprüft (Impairment-Test) und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen auf den Buchwert der Anteile vorgenommen. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen auf den Buchwert maximal in Höhe des ursprünglichen Impairment-Betrages.

Wertminderungen von nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht erforderlich.

(16) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden erworbene und selbst erstellte Software sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Software-Entwicklungskosten werden aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können.

Software wird mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann und die Kosten verlässlich ermittelt und dem Vermögenswert zugerechnet werden können. Zinsen für Fremdkapital werden nicht aktiviert.

Software wird planmäßig linear über drei bis fünf Jahre abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Betrag von TEUR 1 werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer bestehen nicht.

Zusätzlich zu den planmäßigen Abschreibungen sind immaterielle Vermögenswerte an jedem Bilanzstichtag auf Wertminderungen zu überprüfen. Dabei ist zunächst zu prüfen, ob Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen, wie sie beispielsweise in IAS 36.12 genannt werden. Liegen Anzeichen für eine Wertminderung vor, ist der erzielbare Betrag des Vermögenswertes zu ermitteln, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen.

Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für immaterielle Vermögenswerte werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(17) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden selbst genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer im Unternehmen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einem Betrag von 1 TEUR werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Lineare Abschreibungen erfolgen über folgende Zeiträume:

Sachanlagengruppe	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–50
Hardware	3–7
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–33

Die Regelungen zur Ermittlung von Wertminderungen entsprechen denen für immaterielle Vermögenswerte. Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für Sachanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von Sachanlagen und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(18) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12.

Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche werden im Posten Ertragsteueransprüche, tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen im Posten Ertragsteuerverpflichtungen ausgewiesen. Erfolgswirksame Erträge aus und Aufwendungen für tatsächliche und latente Ertragsteuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ertragsteuern berücksichtigt.

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden mit den Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen. Der Ansatz erfolgt in der Höhe, in der eine Erstattung oder eine künftige Zahlung erwartet wird.

Die IBB ist subjektiv von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Eine Steuerpflicht besteht für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, die VC Fonds Berlin GmbH, die VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und die VC Fonds Technologie Berlin GmbH sind Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die gemäß § 3 Nr. 23 GewStG von der Gewerbesteuer befreit sind.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nach Maßgabe der steuerlichen Planungsrechnungen der Konzerngesellschaften in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung hinreichend wahrscheinlich ist. Wir verweisen auf Angabe (49).

Der Berechnung der latenten Steuern für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften liegt ein Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % (Vorjahr 15,83 %) und ein Gewerbesteuersatz von 14,35 % (Vorjahr 14,35 %) zugrunde, der aufgrund des Sitzes der Konzerngesellschaften in Berlin unter Berücksichtigung eines Gewerbesteuerhebesatzes von 410,00 % ermittelt worden ist.

(19) Sonstige Aktiva

Der Posten sonstige Aktiva enthält Vermögenswerte, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen sowie sonstige Forderungen.

(20) Verbindlichkeiten

Die in den Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftene Verbindlichkeiten enthaltenen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten. Beim Rückkauf eigener Emissionen wird der Bestand verbrieftener Verbindlichkeiten in der Bilanz gemindert. Eventuelle Gewinne oder Verluste aus dem Rückkauf werden erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

(21) Rückstellungen für Pensionen

Rückstellungen für Pensionen werden nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiter umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen.

Die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen des Konzerns richten sich nach verschiedenen Versorgungswerken, die unter anderem auch aus der früheren Zugehörigkeit der IBB zu anderen Instituten resultieren. Mitarbeiter, die bis zum 1. Januar 1993 eingetreten sind, verfügen über eine fortgeführte Zusage nach dem Leistungsrecht der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder). Hierbei handelt es sich um eine beitragsorientierte Leistungszusage, bei der sich die Leistung aus der Summe der jährlich erworbenen Versorgungspunkte ergibt. Zum Zeitpunkt des Austritts aus der VBL bestand für die Mitarbeiter einmalig die Möglichkeit, in die Versorgungsordnung der Landesbank Berlin zu wechseln. Diese dienstzeit- und endgehaltsbezogene Zusage galt für Eintritte bis zum 31. Dezember 1994. Eintritte ab dem 1. Januar 1995 erhielten eine Zusage gemäß der Ruhegeldordnung der Konzernunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG, eine beitragsorientierte Leistungszusage. Daneben bestehen einzelne Nominalbetragszusagen. Die zugesagten Leistungen umfassen jeweils Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten. Die Leistungszusagen wurden für alle Neueintritte ab dem 1. Januar 2012 geschlossen und durch eine arbeitgeberfinanzierte Pensionskassenzusage ersetzt. Für diese Zusagen betragen die laufenden Beitragszahlungen (Arbeitgeberanteile) TEUR 21 (Vorjahr TEUR 7).

Der Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Zusagen wird durch unabhängige Gutachter nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Bei der Berechnung der passivierten Pensionsverpflichtungen wurden die Heubeck-Richttafeln 2005 G verwendet und folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2013	31.12.2012
Rechnungszins	3,80	3,30
Gehaltsdynamik	2,50	2,50
Rentendynamik	1,75	1,50

(22) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn dem Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen wird und die zuverlässig geschätzt wer-

den kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betragslichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert der zu erwartenden Inanspruchnahme ausgewiesen, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist. Aufwendungen aus der Aufzinsung werden im Zinsüberschuss erfasst.

(23) Sonstige Passiva

Unter den sonstigen Passiva werden abgegrenzte Schulden und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien ausgewiesen. Daneben enthält der Posten Verpflichtungen, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen Rechnungsabgrenzungsposten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten.

(24) Eventualschulden

Eventualschulden stellen mögliche Verpflichtungen dar, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des IBB-Konzerns stehen, noch bestätigt wird. Darüber hinaus beschreiben sie gegenwärtige Verpflichtungen des IBB-Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können. Eventualschulden wie beispielsweise unwiderrufliche Kreditzusagen und andere Verpflichtungen wurden daher nicht passiviert. Bereitstellungs- und Avalprovisionen sind im Provisionsüberschuss enthalten.

(25) Anpassungen unter Anwendung von IAS 8

Im Geschäftsjahr 2013 waren abgesehen von erstmals anzuwendenden Standards keine Anpassungen unter Anwendung von IAS 8 erforderlich.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(26) Zinsüberschuss

Der Posten enthält Zinserträge und -aufwendungen sowie laufende Erträge aus Finanzinstrumenten. Weiterhin werden Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen ausgewiesen. Der Zinsüberschuss setzt sich im Einzelnen zusammen aus:

in Mio. EUR	2013	2012
Zinserträge aus	641,9	741,8
Kredit- und Geldmarktgeschäften	373,1	408,0
Zinserträge aus Immobilienförderung	300,4	328,4
Zinserträge aus Wirtschaftsförderung	41,5	34,2
Zinserträge aus Kapitalmarktgeschäften	27,4	31,4
Zinserträge aus Geldmarktgeschäften	3,8	14,1
Zinserträge aus sonstigen Forderungen	0,0	0,0
Festverzinslichen Wertpapieren	70,6	83,7
Zinsderivaten	197,8	249,6
Laufende Erträge aus	0,4	0,5
Beteiligungen	0,4	0,5
Zinsaufwendungen für	490,6	585,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	163,4	184,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	56,4	82,2
Zinsderivate	267,5	311,6
Rückstellungen	3,4	7,2
Zinsüberschuss	151,3	156,2

In den Zinserträgen aus Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung sind Effekte aus der Barwertfortschreibung wertgeminderter Vermögenswerte bei unveränderter Erwartung künftiger Zahlungsströme gemäß IAS 39.A93 (Unwinding) in Höhe von insgesamt 5,1 Mio. EUR (Vorjahr 7,7 Mio. EUR) enthalten.

(27) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. EUR	2013	2012
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0,6	-5,2
Zuführungen zu Wertberichtigungen auf Forderungen	-9,5	-7,6
Direktabschreibungen auf Forderungen	-6,5	-10,2
Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	10,9	14,0
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	4,1	5,4
Auflösung von Rückstellungen unwiderruflicher Kreditzusagen	0,0	0,4
Zuschreibungen auf Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	-0,2	-8,0
Auflösung von Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	1,8	0,7

Wertberichtigungen auf Forderungen betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

(28) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2013	2012
Provisionserträge	8,9	11,4
Entgelte für Bürgschaftsverwaltung	2,1	2,5
Verwaltungskostenbeiträge für Zuschüsse	4,2	5,2
Bearbeitungsgebühren	2,5	3,1
Andere Provisionserträge	0,1	0,6
Provisionsaufwendungen	1,0	1,1
Zahlungsverkehr und Kontoführung	0,2	0,2
Sonstige Provisionsaufwendungen	0,8	0,9
Provisionsüberschuss	7,9	10,3

In den Provisionserträgen sind Erträge aus Treuhandgeschäften in Höhe von 0,1 Mio. EUR (Vorjahr 0,2 Mio. EUR) enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind nicht angefallen.

(29) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

In der Position werden die realisierten und nicht realisierten Bewertungsergebnisse der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen ausgewiesen. Die Zinsaufwendungen und -erträge aus diesen Finanzinstrumenten sind im Zinsüberschuss enthalten, Provisionsaufwendungen und -erträge im Provisionsüberschuss.

in Mio. EUR	2013	2012
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	178,0	-25,3
Mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltene Derivate (HfT)	109,9	-26,1
zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)	68,1	0,8

Das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2013	2012
Ergebnis aus designierten Beteiligungsportfolios	1,4	0,1
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten	-1,3	0,3
Ergebnis aus Grundgeschäften ökonomischer Sicherungsbeziehungen	68,0	0,4
Gesamt	68,1	0,8

(30) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen sind die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten.

in Mio. EUR	2013	2012
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	1,2	-15,3
Veräußerungsergebnis	1,2	-15,3
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0	0,1
Veräußerungsergebnis	0,0	0,1
Gesamt	1,2	-15,2

(31) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen

Zum 31. Dezember 2013 hält der Konzern gegenüber dem Vorjahr unverändert Anteile an zwei assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen werden (siehe Angabe (74)). Das ausgewiesene Ergebnis entfällt im Berichtsjahr nahezu ausschließlich auf die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH.

(32) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand gliedert sich wie folgt:

in Mio. EUR	2013	2012
Personalaufwand	51,3	55,4
Löhne und Gehälter	41,4	42,6
Soziale Abgaben	6,3	6,5
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3,7	6,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	25,8	24,4
EDV-Aufwendungen	13,2	11,3
Raumkosten und sonstige Gebäudeaufwendungen	3,4	2,9
Geschäftsbetriebskosten/sonstige Einrichtungen	2,8	2,7
Kosten für Beratungen/Prüfungen/Beiträge	2,4	2,8
Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	2,0	2,2
Personalabhängige Sachkosten	1,4	1,8
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung (ohne EDV)	0,5	0,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen	2,6	2,9
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	1,6	1,6
Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	1,0	1,1
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	0,0	0,0
Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	0,0	0,1
Gesamt	79,7	82,7

Im Personalaufwand sind Aufwendungen, die aus anderen langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer resultieren (Jubiläumsgelder) in Höhe von 0,0 Mio. EUR (Vorjahr 0,5 Mio. EUR) enthalten.

Im Personalaufwand sind Aufwendungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen (im Wesentlichen für Vorruhestandsverpflichtungen) in Höhe von 0,3 Mio. EUR (Vorjahr 3,9 Mio. EUR) enthalten.

Für beitragsorientierte Versorgungspläne wurden im Geschäftsjahr 78,9 TEUR (Vorjahr 62,8 TEUR) im Personalaufwand erfasst.

(33) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. EUR	2013	2012
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-19,9	-16,1
Mieterträge	0,5	0,7
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-0,3	-0,1
Aufwand Berlin-Beitrag der IBB	-13,7	-13,5
Veränderungen von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden	0,2	0,3
Ergebnis aus verbrieften Verbindlichkeiten und Namenspapieren LAC	-0,3	-0,2
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	-6,6	-5,5
Ergebnis aus Landesbürgschaften (operationelle Risiken)	0,4	2,3
Sonstige Steuern	-0,1	0,0

Das ausgewiesene Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten umfasst im Wesentlichen Aufwendungen aus dem Abgang. Das Ergebnis aus Landesbürgschaften resultiert hauptsächlich aus der Veränderung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der für das Land Berlin übernommenen Bearbeitung und Verwaltung von Bürgschaften im Rahmen der Förderung des Erwerbs von selbst genutztem Wohneigentum, bei denen das Land Berlin wegen Baukostenüberschreitungen den Ausfall nicht übernimmt.

Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

(34) Ertragsteuern

in Mio. EUR	2013	2012
Ertragsteuern	-0,2	-0,2
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,1	-0,2
Latente Steuern	-0,3	0,0

Überleitung der Ertragsteuern

in Mio. EUR	2013	2012
Ergebnis vor Steuern	239,2	22,0
Konzernertragsteuersatz	0,00%	0,00%
Erwartete Ertragsteuern	0,0	0,0
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze gegenüber dem Konzerntragsteuersatz	0,1	-0,4
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	-0,1	0,2
Veränderung der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern	0,7	0,5
Effekt aus steuerfreien Erträgen	-0,8	-0,8
Effekt aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	0,6	0,9
Auswirkungen ergebniswirksamer Konsolidierungsbuchungen	-0,3	-0,3
Sonstiges	0,0	0,1
Effektiver Steueraufwand	0,2	0,2

Der Überleitungsrechnung wird aufgrund des Steuerstatus der Investitionsbank Berlin als subjektiv steuerbefreite Anstalt des öffentlichen Rechts und ihres bestimmenden Anteils am Ergebnis vor Steuern ein Konzerntragsteuersatz von 0 % zugrunde gelegt.

Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze ergeben sich durch die subjektive Steuerpflicht und damit verbundener unterschiedlicher Steuersätze der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die Steuersätze betragen im Berichtsjahr wie im Vorjahr zwischen 0,00 % und 30,18 %.

Die Veränderungen der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus nicht aktivierten latenten Steuern auf steuerliche Verluste der ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH aufgrund der erwarteten anhaltenden Verlustsituation der Gesellschaft.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen (§ 8b Abs. 1 und Abs. 2 KStG) und aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen (§ 8b Abs. 3 KStG) resultieren im Wesentlichen aus steuerfreien Erträgen und Verlusten aus der Veräußerung von Beteiligungen sowie Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen der Unternehmensbeteiligungsgesellschaften.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

(35) Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten

in Mio. EUR	2013	2012
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	94,5
Erfolgswirksame Realisierungen (Umgliederungsbeträge)	1,7	53,5
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	-1,7	41,0

(36) Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen

Aus der Fortschreibung der Equity-Buchwerte resultierten im Geschäftsjahr 2013 erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von 38,0 TEUR (Vorjahr Verluste -66,4 TEUR).

(37) Steuereffekte der Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses

in Mio. EUR	2013	2012
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	94,5
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	0,0	94,5
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	7,0	-22,5
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	7,0	-22,5
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	-0,1
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	0,0	-0,1

Die Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses entfallen nahezu ausschließlich auf die Muttergesellschaft. Hinsichtlich der subjektiven Befreiung der IBB von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer und des hieraus resultierenden Nullausweises von Steuern auf Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses wird auf Angabe (18) verwiesen.

Segmentberichterstattung

(38) Erläuterung und Methodik zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung der IBB basiert auf dem sogenannten "Management Approach" nach IFRS 8, d. h. die offengelegten Segmentinformationen entsprechen den internen Kriterien der Steuerung und der Berichterstattung an den Vorstand. Die Steuerung der IBB erfolgt weiterhin nach Maßgabe der HGB-Rechnungslegung. Grundlage hierfür ist das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns und der jeweiligen Segmente.

Für die Steuerung ist dabei ausschließlich der Zinsüberschuss, als Saldo zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen, maßgebend. Um den Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird die Marktzinsmethode angewendet. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Zur Gewährleistung der Transparenz erfolgt eine Überleitung der Ergebnisbestandteile aus dem HGB-Einzelabschluss auf das IFRS-Konzernergebnis. Die Geschäftsfelder der IBB entsprechen der aktuellen Organisationsstruktur des Einzelinstituts und gliedern sich im Hinblick auf ihre Produkte und Dienstleistungen in folgende Segmente:

Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung fokussieren sich die Aktivitäten und Einzelmaßnahmen insbesondere auf die effiziente Betreuung der Bestandsvolumina sowie auf Maßnahmen der monetären Förderung landespolitischer Zielsetzungen in der Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung. Letzteres konzentriert sich dabei auf Maßnahmen der nachhaltigen Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnungsbestandes sowie auf Maßnahmen zur nachhaltigen Energieeinsparung an Gebäuden, ökologischen Neubau und Nutzung regenerativer Energie. Die Unterstützung der Wohnungswirtschaft zur Anpassung an den demografischen Wandel sowie spezielle Maßnahmen der Stadtentwicklung und die finanzkonzeptbedingte Unterstützung der Senatsverwaltungen stehen dabei genauso im Vordergrund wie Konzepte zur Stabilisierung der Wirtschaftlichkeit von Wohnimmobilien zum Zweck des Erhalts sozialverträglicher Mieten.

Wirtschaftsförderung

Die Förderung der Berliner Wirtschaft wird vor allem in den definierten Clustern und Kompetenzfeldern bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) angeboten. Aufgabe der Bank ist es dabei, den von vielen Unternehmen benötigten Zugang zu Finanzierungen (Fremd-, Mezzanine- und Eigenkapital) zu erleichtern. Der Einsatz von rückzahlbaren und wiederholt einsetzbaren Finanzmitteln bei der Förderung der Berliner KMU steht im Vordergrund. Inhaltlich erfolgt eine Fokussierung

auf einen stärkeren Einsatz von darlehensbasierten und revolvingenden Förderinstrumenten bei einer gleichzeitigen Reduzierung der reinen Zuschuss-Förderung. Die Schließung von Finanzierungslücken und das Tätig werden bei Marktversagen sowie die professionelle und effiziente Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Berlin komplettieren die Aufgaben des Segmentes.

Treasury

Das Segment Treasury dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB gemäß Verständigung II und beinhaltet als Hauptaufgaben die Steuerung der Liquidität sowie die Refinanzierung der IBB durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in allen Laufzeiten sowie durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt und die Inanspruchnahme von Refinanzierungsmitteln der KfW und der EIB. Das Bilanzstrukturmanagement erfolgt als umfassendes Aktiv-/Passivmanagement, Geschäftsabschlüsse werden an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten getätigt. Durch eine intensive Marktpflegeaktivität gewährleistet die IBB die Liquidität ihrer Anleihen auf dem Sekundärmarkt und erhöht somit die Attraktivität der Titel für Investoren. Als eine mit Anstaltslast und expliziter Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ausgestattete Förderbank verfügt die Bank über die gleiche hohe Bonität wie das Land Berlin.

Corporate Center

Das Segment Corporate Center versorgt ausschließlich die anderen operativen Segmente (Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Treasury) des Unternehmens. Im Detail sind dies die nicht den Marktbereichen zuzuordnenden Steuerungsfunktionen der Bank (hoheitliche Funktionen). Ferner werden hier alle Bestände und Erfolge abgebildet, die nicht verursachungsgerecht den anderen Segmenten zuzuordnen sind.

Die operativen Geschäftsfelder werden anhand ihres wirtschaftlichen Ergebnisses gemessen. Dabei werden die Erträge und Aufwendungen verursachungsgerecht den jeweiligen Segmenten wie folgt zugewiesen:

- Die Aufteilung des **Gesamtzinsüberschusses** erfolgt nach periodischer Erfolgsquellenanalyse durch Anwendung der Marktzinsmethode. Danach setzt sich der Zinsüberschuss aus den Komponenten Zinskonditionsbeitrag aus Kundengeschäften, aus Anlage- und Finanzierungserfolg (unverzinsliche Positionen) sowie aus dem Transformationsergebnis zusammen.
- Der **Berlin-Beitrag** betrifft Förderaktivitäten der IBB auf Veranlassung des Landes (Durchführung und ggf. Finanzierung bestimmter Programme, Veranstaltungen, sonstige Dienstleistungen), die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie aller dabei erwirtschafteter Erträge defizitär sind. Abrechnungstechnisch erfolgt die Aufteilung des Berlin-Beitrages in einen für die IBB

zahlungswirksamen Teil und in einen durch eigene Leistungen erbrachten Teil, der sich im Wesentlichen aus nicht kostendeckenden Programmbearbeitungen zusammensetzt. Es erfolgt eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Segmente Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung und Corporate Center.

- Der **Verwaltungsaufwand** setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände zusammen. Die Zuordnung der direkten Kosten und Umlagen erfolgt auf die Segmente. Kosten für hoheitliche Aufgaben werden im Corporate Center abgebildet.
- Die **Risikoversorge** insbesondere im Kreditgeschäft wurde auf Basis der Einzelwertberichtigungen, der pauschalisierten Einzelwertberichtigungen und der Portfoliowertberichtigung bestimmt und entsprechend den Segmenten zugeordnet.
- Das **Segmentvermögen** beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Die Segmentverbindlichkeiten, die ausschließlich dem Treasury zugeordnet werden, beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (insbesondere Land Berlin) sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbriefte Verbindlichkeiten.
- Die **Förder-Cost-Income-Ratio** wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den einzelnen Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

(39) Entwicklung der Segmentergebnisse

Wie die Segmentergebnisrechnung zeigt, wird der HGB-Einzelabschluss der IBB auf den IFRS-Einzelabschluss übergeleitet und nach anschließender Konsolidierung der Tochterunternehmen ein Konzernabschluss nach IFRS aufgestellt. Die Spalten "Überleitung IBB Institut HGB – IFRS" und "konsolidierte Unternehmen/Konsolidierung" beinhalten die Anpassungen, die für die Überleitung auf das Konzernergebnis nach IFRS notwendig sind.

Im nachfolgend dargestellten sonstigen betrieblichen Ergebnis ist, abweichend zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der liquiditätswirksam erfasste Berlin-Beitrag IBB nicht enthalten. Daneben werden die nicht liquiditätswirksamen Leistungen als sonstiger betrieblicher Ertrag

und zusätzlich als Berlin-Beitrag IBB abgebildet. Ferner sind die Ertragsteuern im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2013 ergibt sich einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentbrichterstattung 31.12.2013 in Mio. EUR	Immo- bilien-/ Stadtent- wicklung	Wirt- schafts- förderung	Treasury	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Überlei- tung	IBB Institut (IFRS)	konso- liidierte Unter- nehmen/ Konsolidie- rung	IBB- Konzern (IFRS)
						IBB HGB – IFRS		IBB Konzern	
Zinsergebnis	69,5	8,5	54,7	9,0	141,8	8,1	149,8	1,4	151,3
Provisionsüberschuss	7,8	0,9	-0,4	0,0	8,3	0,0	8,3	-0,4	7,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-7,9	15,2	0,0	0,9	8,1	-0,3	7,9	-0,1	7,8
Summe Erträge	69,4	24,6	54,3	9,9	158,1	7,8	165,9	0,9	166,9
Verwaltungsaufwand	-36,6	-23,9	-5,4	-12,1	-78,0	2,3	-75,7	-3,4	-79,1
Risikovorsorge	7,0	-3,5	2,8	-18,0	-11,6	9,9	-1,7	2,4	0,6
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	171,3	171,3	7,7	179,1
Neutrales Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5	0,4	-0,1	0,0	-0,1
Wirtschaftliches Ergebnis	39,8	-2,8	51,7	-20,7	68,0	191,7	259,6	7,7	267,3
Berlin-Beitrag IBB	-0,9	-27,7	0,0	-2,5	-31,1	2,1	-29,0	0,6	-28,4
Jahresüberschuss	38,9	-30,5	51,7	-23,2	36,9	193,8	230,7	8,2	238,9
Förder-Cost-Income-Ratio	52,8%	97,5%	10,0%	121,7%	49,3%	k. A.	45,6%	k. A.	47,3%
Segmentvermögen	11.651	2.896	5.934	-14	20.466	192	20.659	-16	20.643
Segmentverbindlichkeiten	30	120	19.117	1.199	20.466	192	20.659	-16	20.643
Allokiertes Kapital	195	61	79	317	652	276	928	11	939
Eigenkapitalrendite inkl. Berlin-Beitrag IBB	21,2%	-4,9%	58,8%	-7,4%	11,1%	k. A.	29,4%	k. A.	29,9%

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2013 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (171,3 Mio. EUR) und Abweichungen bei der Risikovorsorge (9,9 Mio. EUR). Die Bewertungseffekte nach IFRS enthalten das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (105,7 Mio. EUR), von zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (66,7 Mio. EUR) und das Veräußerungsergebnis von Finanzanlagen (-1,1 Mio. EUR). Der Überleitungseffekt bei der Risikovorsorge beinhaltet das Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach HGB (-3,0 Mio. EUR) sowie abweichende Ergebnisentwicklungen/-zuordnungen bei den Einzelwertberichtigungen (12,9 Mio. EUR).

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2012 ergibt sich folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentberichterstattung 31.12.2012 in Mio. EUR	Immo- bilien-/ Stadtent- wicklung	Wirt- schafts- förderung	Treasury	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Überlei- tung	IBB Institut (IFRS)	konso- liidierte Unter- nehmen/ Konsolidie- rung	IBB- Konzern (IFRS)
						IBB Institut HGB – IFRS			
Zinsergebnis	70,8	6,3	57,2	13,6	147,9	5,3	153,1	3,1	156,2
Provisionsüberschuss	9,4	1,4	-0,1	0,0	10,7	0,0	10,7	-0,4	10,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-3,7	15,4	0,0	1,2	12,9	-0,2	12,7	-0,4	12,3
Summe Erträge	76,5	23,0	57,0	14,8	171,4	5,1	176,5	2,4	178,8
Verwaltungsaufwand	-35,8	-23,5	-5,4	-11,8	-76,6	-2,1	-78,7	-4,0	-82,7
Risikovorsorge	16,1	-7,9	-20,4	-7,6	-19,8	14,6	-5,2	0,0	-5,2
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-38,2	-38,2	-2,3	-40,5
Neutrales Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-2,8	-2,8	2,8	0,0	0,0	0,0
Wirtschaftliches Ergebnis	56,9	-8,4	31,2	-7,4	72,3	-17,9	54,4	-3,9	50,4
Berlin-Beitrag IBB	-3,9	-28,0	0,0	-0,9	-32,8	3,7	-29,1	0,5	-28,6
Jahresüberschuss	53,0	-36,4	31,2	-8,3	39,5	-14,2	25,3	-3,5	21,8
Förder-Cost-Income-Ratio	46,7%	102,1%	9,5%	80,0%	44,6%	k. A.	44,5%	k. A.	46,2%
Segmentvermögen	12.103	2.247	5.645	-59	19.935	478	20.414	-28	20.386
Segmentverbindlichkeiten	29	95	18.631	1.180	19.935	478	20.414	-28	20.386
Allokiertes Kapital	187	58	88	280	613	269	882	11	893
Eigenkapitalrendite inkl. Berlin-Beitrag IBB	32,7%	-15,9%	25,1%	-2,8%	11,8%	k. A.	6,2%	k. A.	5,6%

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2012 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (-38,2 Mio. EUR) und Abweichungen bei der Risikovorsorge (+14,6 Mio. EUR). Die Bewertungseffekte nach IFRS enthalten das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (-22,5 Mio. EUR), von zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (+0,8 Mio. EUR) und das Veräußerungsergebnis von Finanzanlagen (-16,5 Mio. EUR). Der Überleitungseffekt bei der Risikovorsorge beinhaltet das Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach HGB (+20,4 Mio. EUR) sowie abweichende Ergebnisentwicklungen/-zuordnungen bei den Einzelwertberichtigungen (-5,8 Mio. EUR).

Erläuterungen zur Bilanz

(40) Barreserve

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Barreserve	24,3	19,5
Kassenbestand	0,0	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbank	24,3	19,5
davon: bei der Deutschen Bundesbank	24,3	19,5

Die Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Das Mindestreserve-Soll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und betrug zum Jahresende 14,4 Mio. EUR (Vorjahr 18,4 Mio. EUR).

(41) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Forderungen	93,5	86,3
Tagesgelder	3,8	30,0
Sonstige täglich fällige Forderungen	89,6	56,4
Andere Forderungen	1.180,3	1.541,5
Termingelder	496,0	849,1
Kredite und Darlehen	684,3	652,4
Schuldscheindarlehen	0,0	40,0
Gesamt	1.273,8	1.627,8
davon: Forderungen an ausländische Kreditinstitute	460,4	557,0
davon: Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	635,2	645,9

(42) Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Kapitalmarktgeschäft	563,1	450,6
Tages- und Termingelder	134,4	21,9
Schuldscheindarlehen	428,7	428,7
Immobilienförderung	10.884,3	11.317,0
Wirtschaftsförderung	2.057,6	1.426,8
Andere Forderungen	387,9	443,2
Gesamt	13.892,9	13.637,6
davon: Forderungen an ausländische Kunden	66,8	43,9
davon: Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	12.596,0	11.807,0

(43) Wertberichtigungen auf Forderungen

Wertberichtigungen auf Forderungen werden auf der Aktivseite der Bilanz als gesonderter Posten ausgewiesen. Sie betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

Des Weiteren bestehen für Kreditrisiken Rückstellungen für unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien. Erläuterungen hierzu erfolgen in den Angaben (55), (6) und (57).

Die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Einzelwertberichtigungen	Portfoliowertberichtigungen	Gesamt
Stand 01.01.2012	0,0	0,0	0,0
Zuführungen	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	0,0
Unwinding	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	1,3	1,3
Stand 31.12.2012	0,0	1,3	1,3
Zuführungen	0,0	1,7	1,7
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	0,0
Unwinding	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2013	0,0	2,9	2,9

Die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Einzelwert-berichtigungen	Portfoliowert-berichtigungen	Gesamt
Stand 01.01.2012	53,6	22,4	76,0
Zuführungen	6,9	0,7	7,6
Verbrauch	10,4	0,0	10,4
Auflösungen	10,2	3,8	14,0
Unwinding	7,7	0,0	7,7
Umbuchungen	0,0	-1,3	-1,3
Stand 31.12.2012	32,2	18,0	50,2
Zuführungen	7,3	0,6	7,9
Verbrauch	2,0	0,0	2,0
Auflösungen	5,8	5,1	10,9
Unwinding	5,1	0,0	5,1
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2013	26,6	13,4	40,0

Für wertberichtigte Kredite und Darlehen wurden im Geschäftsjahr 2013 Zinserträge in Höhe von 4,3 Mio. EUR (Vorjahr 4,7 Mio. EUR) nicht vereinnahmt.

(44) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte

Die erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte enthalten neben Wertpapieren, Forderungen und Beteiligungsportfolien der Kategorie der zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente (FVO) die positiven Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten.

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	602,4	755,9
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	2.793,2	2.564,9
Forderungen an Kunden	268,7	408,4
Schuldscheindarlehen	264,9	402,4
Stille Beteiligungen	3,8	6,0
Finanzanlagen	2.524,4	2.156,5
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.466,9	2.110,7
Venture Capital Beteiligungen	57,5	45,8
Gesamt	3.395,5	3.320,8
davon: Bestand mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.145,3	3.063,6

Die Venture Capital Beteiligungen teilen sich wie folgt auf die einzelnen VC-Gesellschaften auf:

in Mio. EUR	IBB Beteiligungs-gesellschaft mbH	VC Fonds Berlin GmbH	VC Fonds Kreativwirtschaft GmbH	VC Fonds Technologie GmbH
Venture Capital Beteiligungen	4,4	9,4	16,2	27,5

Die Anleihen und Schuldverschreibungen stammen in Höhe von 1.097,3 Mio. EUR (Vorjahr 1.135,1 Mio. EUR) von öffentlichen Emittenten.

(45) Finanzanlagen

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Geldmarktpapiere	2.040,8	1.770,2
von öffentlichen Emittenten	10,0	54,9
von anderen Emittenten	0,0	0,0
Anleihen und Schuldverschreibungen	10,0	54,9
von öffentlichen Emittenten	2.030,8	1.715,3
von anderen Emittenten	203,5	211,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.827,4	1.504,1
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,0	0,0
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,1	0,1
Beteiligungen	1,1	0,5
Gesamt	2.042,0	1.770,9
davon: Finanzanlagen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.187,0	1.094,3

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig bzw. börsennotiert:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähige Wertpapiere	2.040,8	1.770,2
Börsennotierte Wertpapiere	2.040,8	1.715,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähige Wertpapiere	0,0	0,0
Börsennotierte Wertpapiere	0,0	0,0

Die ausgewiesenen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen betreffen die IBB Business Team GmbH, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste Finanzinformationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen auf Basis der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2012 nach HGB. Die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2013 lagen noch nicht vor.

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Summe der Vermögenswerte	3,2	2,6
Summe der Verpflichtungen	1,1	0,8
Umsatzerlöse	5,9	5,9
Jahresergebnis	0,4	0,3

(46) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0,7	0,7

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an assoziierten Unternehmen - Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	19,7	19,2
Summe der Verpflichtungen	17,3	17,2
Erträge	41,1	33,0
Jahresergebnis	-0,3	0,1
Anteile an assoziierten Unternehmen - Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	5,6	6,7
Summe der Verpflichtungen	4,9	6,0
Erträge	11,7	11,2
Jahresergebnis	-0,1	0,1

(47) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Software	0,8	1,6
erworben	0,4	0,5
selbst erstellt	0,4	1,1
Patente	0,0	0,0
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0,5	0,5
Gesamt	1,3	2,1

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2012 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Software		sonstige IVG	Gesamt
	erworben	selbst erstellt		
Anschaffungs- /Herstellungskosten				
Stand zum 01.01.2012	25,8	3,4	0,4	29,6
Zugänge	0,1	0,0	0,4	0,6
Abgänge	0,0	0,0	0,1	0,1
Stand zum 31.12.2012	25,9	3,4	0,8	30,1
Abschreibungen und Wertaufholungen				
Stand zum 01.01.2012	25,0	1,6	0,2	26,8
planmäßige Abschreibungen	0,4	0,7	0,1	1,3
Stand zum 31.12.2012	25,4	2,3	0,3	28,0
Buchwerte 31.12.2012	0,5	1,1	0,5	2,1

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2013 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Software		sonstige IVG	Gesamt
	erworben	selbst erstellt		
Anschaffungs- /Herstellungskosten				
Stand zum 01.01.2013	25,9	3,4	0,8	30,1
Zugänge	0,3	0,0	0,2	0,5
Abgänge	0,3	0,0	0,5	0,8
Stand zum 31.12.2013	25,8	3,4	0,5	29,8
Abschreibungen und Wertaufholungen				
Stand zum 01.01.2013	25,4	2,3	0,3	28,0
Planmäßige Abschreibungen	0,3	0,7	0,0	1,0
Abgänge	0,3	0,0	0,2	0,6
Stand zum 31.12.2013	25,4	3,0	0,0	28,5
Buchwerte 31.12.2013	0,4	0,4	0,5	1,3

(48) Sachanlagen

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Sachanlagen	49,6	50,0
Grundstücke und Gebäude	46,2	46,3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,4	3,7

Die Entwicklung der Sachanlagen 2012 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten			
Stand zum 01.01.2012	49,0	18,5	67,5
Zugänge	0,0	1,4	1,4
Abgänge	0,0	6,3	6,3
Stand zum 31.12.2012	49,0	13,6	62,6
Abschreibungen und Wertaufholungen			
Stand zum 01.01.2012	2,2	15,1	17,2
Planmäßige Abschreibungen	0,5	1,1	1,6
Abgänge	0,0	6,3	6,3
Stand zum 31.12.2012	2,7	9,9	12,6
Buchwert zum 31.12.2012	46,3	3,7	50,0

Die Entwicklung der Sachanlagen 2013 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten			
Stand zum 01.01.2013	49,0	13,6	62,6
Zugänge	0,2	1,0	1,2
Umbuchungen	0,1	-0,1	0,0
Abgänge	0,0	1,3	1,3
Stand zum 31.12.2013	49,4	13,1	62,5
Abschreibungen und Wertaufholungen			
Stand zum 01.01.2013	2,7	9,9	12,6
Planmäßige Abschreibungen	0,5	1,0	1,6
Abgänge	0,0	1,2	1,2
Stand zum 31.12.2013	3,2	9,7	12,9
Buchwert zum 31.12.2013	46,2	3,4	49,6

(49) Ertragsteueransprüche

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Ertragsteueransprüche	2,7	3,6
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0,3	0,6
Latente Ertragsteueransprüche	2,4	3,0

Die latenten Ertragsteueransprüche ergeben sich im Wesentlichen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf körperschaftsteuerliche und gewerbsteuerliche Verlustvorträge der Immobiliengesellschaft Spree-stadt-Wegelystraße mbH (IGSW) in Höhe von 7,8 Mio. EUR (Vorjahr 10,0 Mio. EUR) auf Basis der Planung des bis zum Jahr 2022 zu versteuernden Einkommens. Grundlage der Planung ist das von der IBB-Holding GmbH der IGSW gewährte Gesellschafterdarlehen, für das ein jährlicher Forde-rungsverzicht von 1,0 Mio. EUR vereinbart wurde.

Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Für die folgenden steuerlichen Verlustvorträge der in den Konzernab-schluss einbezogenen Tochtergesellschaften wurden keine latenten Er-tragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuer-lichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Körperschaftsteuer	74,5	65,2
Gewerbsteuer	65,5	56,1
Gesamt	140,0	121,4

(50) Sonstige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Sonstige Aktiva	2,9	3,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	0,8	1,0
Sonstige Steueransprüche (außer Ertragsteuern)	0,0	0,1
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	2,6	2,9
Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva	-0,5	-0,4

Die ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

(51) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	85,6	12,4
Tagesgelder	56,7	11,5
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	28,9	0,9
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.879,6	3.435,4
Termingelder	1.274,9	1.383,5
Schuldscheindarlehen	433,2	514,8
Namenspfandbriefe	0,0	10,3
Offenmarktgeschäfte	420,0	251,8
Zweckgebundene Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau	561,4	1.173,3
Sonstige	190,2	101,6
Gesamt	2.965,2	3.447,8
davon: Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	433,0	517,1
davon: Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.020,6	1.411,1

Die zweckgebundenen Mittel dienen der Refinanzierung von Darlehen, die von der IBB an Endkreditnehmer weitergeleitet wurden.

(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	499,9	165,6
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	209,3	159,1
Tagesgelder	286,3	1,0
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	4,3	5,5
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.250,6	6.626,2
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	4.274,1	4.694,7
Namensschuldverschreibungen	994,3	897,3
Schuldscheindarlehen	258,1	224,2
Termingelder	724,1	810,1
Gesamt	6.750,6	6.791,8
davon: Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden	250,0	500,0
davon: Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	5.407,8	5.695,2

Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin enthalten im Wesentlichen die im Rahmen der erhaltenen Deckungsmittelzusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel. Der Anspruch auf Zuweisung der Mittel resultiert aus § 6 Abs. 1 des Grundvertrags mit dem Land Berlin.

Die Ermittlung der dem Land Berlin aus den finanzierten Programmen zustehenden Tilgungs- und Zinsbeträge erfolgt gemäß § 2 Abs. 2 des Grundvertrags mit dem Land Berlin. Dabei wird als Maßstab für die Aufteilung der vereinnahmten Zins- und Tilgungsleistungen das Verhältnis der in der langfristigen Wohnungsbauförderung eingesetzten Darlehensmittel des Landes Berlin und der IBB zu Beginn des Geschäftsjahres zugrunde gelegt. In die Betrachtung werden Ausleihungen aus dem BerlinFG-Geschäft und am Kapitalmarkt refinanzierte Darlehen nicht einbezogen. Nach Berechnung der IBB beträgt der Anteil des Landes Berlin für das Jahr 2013 87,78 % (Vorjahr: 88,49 %).

In der Abrechnung mit dem Land Berlin sind auch Mittel enthalten, die nicht unter den Grundvertrag fallen. Diese Mittel (40,4 Mio. EUR, Vorjahr 42,2 Mio. EUR) beziehen sich auf Darlehen mit einem Landesanteil von 100 %.

(53) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.989,6	4.456,4
Inhaberschuldverschreibungen	5.989,6	4.456,4
Gesamt	5.989,6	4.456,4
davon: Verbriefte Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	4.131,0	3.139,1

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Inhaberschuldverschreibungen mit einem Nominalvolumen von 3,1 Mrd. EUR in der Kategorie LAC emittiert. Dem standen Endfälligkeiten in Höhe von 1,6 Mrd. EUR gegenüber.

(54) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	650,1	949,2
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	3.192,8	3.823,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	882,2	925,8
Schuldscheindarlehen	666,4	685,1
Namensschuldverschreibungen	215,8	240,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.063,2	1.145,7
Schuldscheindarlehen	279,3	340,4
Namensschuldverschreibungen	783,9	805,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.247,4	1.752,1
Gesamt	3.842,9	4.772,8
davon: Verpflichtungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.537,5	4.030,7

(55) Rückstellungen

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen	107,8	111,3
Andere Rückstellungen	86,1	94,6
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,4	0,2
Rückstellungen im Personalbereich	17,8	21,2
Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	9,0	9,3
Sonstige Rückstellungen	58,9	63,9
Gesamt	193,8	205,8

(a) Rückstellungen für Pensionen

Fondsfinanzierte Pensionsverpflichtungen bestehen im Konzern nicht. Planvermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen liegen nicht vor.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Pensionsverpflichtungen
Stand zum 01.01.2012	85,8
Gezahlte Versorgungsleistungen	3,1
Zinsaufwand	3,8
Laufender Dienstzeitaufwand	2,2
Versicherungsmathematische Verluste/ Gewinne	
aus Änderung der ökonomischen Annahmen	-21,7
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-0,8
Stand zum 31.12.2012	111,3

in Mio. EUR	Pensionsverpflichtungen
Stand zum 01.01.2013	111,3
Gezahlte Versorgungsleistungen	3,2
Zinsaufwand	3,6
Laufender Dienstzeitaufwand	3,1
Versicherungsmathematische Verluste/ Gewinne	
aus Änderung der ökonomischen Annahmen	8,3
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-1,4
Stand zum 31.12.2013	107,8

Bei den Direktzusagen der IBB handelt es sich um Rentenzusagen, bei denen das Risiko besteht, dass die tatsächliche Sterblichkeit des Bestandes von den Rechnungsannahmen abweicht (Langleblichkeitsrisiko). Zum besseren Verständnis des Risikos wurde der Parameter Sterblichkeit variiert. Weiterhin besteht bei den Zusagen, die nicht von der jährlichen 1%-Anpassungsgarantie erfasst sind, das Risiko, dass die Rentenanpassung gemäß § 16 BetrAVG vom berücksichtigten Rententrend abweicht.

Die folgende Tabelle enthält Sensitivitätsbetrachtungen der bilanzierten Pensionsverpflichtung hinsichtlich der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen (siehe Angabe (21)) zum Ende der Berichtsperiode. Die Berechnungen basieren auf einer Änderung einer der genannten versicherungsmathematischen Annahmen um den angegebenen Wert, während alle anderen Parameter jeweils konstant gehalten wurden.

in % / in Mio. EUR	Änderung des Parameters um	Auswirkungen auf die Pensionsverpflichtung bei			
		Erhöhung des Parameters		Reduzierung des Parameters	
		%	absolut	%	absolut
Rechnungszins	0,5 %-Punkte	-8,50	-9,2	9,76	10,5
Gehaltstrend	0,5 %-Punkte	0,93	1,0	-0,82	-0,9
Rententrend	0,5 %-Punkte	3,79	4,1	-3,45	-3,7
Sterblichkeit				2,74	3,0

Die dargestellte Variation des Parameters Sterblichkeit stellt die Auswirkungen einer Erhöhung der Lebenserwartung bei Rentenbeginn um ein Jahr dar.

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit (Duration) der bilanzierten Pensionsverpflichtung beträgt 18,9 Jahre (Vorjahr 19,7 Jahre).

In den kommenden 10 Jahren werden Leistungszahlungen in voraussichtlich folgender Höhe fällig:

in Mio. EUR									
2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3,2	3,3	3,5	3,7	3,8	4,0	4,2	4,3	4,7	4,8

(b) andere Rückstellungen

Die Entwicklung der anderen Rückstellungen in 2012 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Rückstellungen	Rückstellungen	Rückstellungen	Sonstige	Gesamt
	im Kreditgeschäft	im Personalbereich	Berlin-Beitrag der IBB		
Stand zum 01.01.2012	0,6	20,2	9,7	65,2	95,8
Verbrauch	0,0	3,8	9,2	3,7	16,7
Auflösung	0,4	0,0	0,1	3,8	4,4
Aufzinsung	0,0	0,6	0,0	2,7	3,2
Zuführung	0,0	4,3	8,8	3,5	16,6
Stand zum 31.12.2012	0,2	21,2	9,3	63,9	94,6

Die Entwicklung der anderen Rückstellungen in 2013 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	Sonstige	Gesamt
Stand zum 01.01.2013	0,2	21,2	9,3	63,9	94,6
Verbrauch	0,0	4,0	8,8	5,4	18,3
Auflösung	0,0	0,0	0,1	1,5	1,6
Umbuchung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufzinsung	0,0	0,3	0,0	-0,6	-0,3
Zuführung	0,2	0,2	8,6	2,6	11,6
Stand zum 31.12.2013	0,4	17,8	9,0	58,9	86,1

Von den anderen Rückstellungen weisen Bestände in Höhe von 62,7 Mio. EUR (Vorjahr 66,7 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von voraussichtlich mehr als einem Jahr auf.

Die Rückstellungen im Personalbereich betreffen Vorruhestands-, Alterszeit- und Jubiläumsverpflichtungen.

Die Rückstellungen für den Berlin-Beitrag der IBB betreffen im Wesentlichen von der IBB vorbehaltlich der Einhaltung förderrechtlicher Auflagen zugesagte Förderleistungen.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen mit 42,1 Mio. EUR (Vorjahr 45,2 Mio. EUR) auf erfolgsabhängig rückzahlbare Zuwendungen des Landes Berlin im Zusammenhang mit der Kapitalausstattung der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH. Die Rückzahlung erfolgt bei Abrechnung der Fonds am Ende der Laufzeit des jeweiligen Zuwendungsvertrages (2014 bzw. 2018), wobei die Verträge um 2 bzw. 3 Jahre verlängert werden können. Das Restkapital ist im Verhältnis der EFRE-Mittel zu den IBB-Eigenmitteln am Abrechnungstichtag zwischen dem Land Berlin und der IBB aufzuteilen. Daneben sind Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von 2,0 Mio. EUR (Vorjahr 2,8 Mio. EUR) enthalten. Darüber hinaus sind Rückstellungen für sonstige gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen des Konzerns gebildet, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden.

(56) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Ertragsteuerverpflichtungen	2,8	3,2
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	0,1	0,2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	2,7	3,0

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Zuschreibung im Rahmen der Schuldenkonsolidierung des von der IBB-Holding GmbH der Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH gewährten Gesellschafterdarlehens in Höhe von 8,9 Mio. EUR (Vorjahr 9,9 Mio. EUR).

(57) Sonstige Passiva

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Sonstige Passiva	46,8	57,5
Abgegrenzte Schulden	8,6	8,8
Sonstige Steuerverpflichtungen (außer Ertragsteuern)	0,8	0,8
Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	0,0	8,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,6	0,7
Sonstige übrige Passiva	36,8	39,1
Gesamt	46,8	57,5
davon: Passiva mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	30,0	32,4

Die Angabe der Nominalwerte für die abgegebenen Finanzgarantien ist nachrichtlich unter Punkt (70) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen dargestellt.

(58) Eigenkapital

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens	853,9	652,4
Grundkapital	300,0	300,0
Kapitalrücklage	0,0	0,0
Gewinnrücklagen	639,0	592,8
Zweckrücklage	323,2	284,2
Andere Gewinnrücklagen	315,8	308,7
Neubewertungsrücklage	6,4	6,4
Konzernbilanzverlust	-91,5	-246,9
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	-2,8	-2,6
Gesamt	851,1	649,9

Das **Grundkapital** der IBB beträgt gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung 300,0 Mio. EUR und ist voll eingezahlt. Es wird vollständig vom Land Berlin gehalten.

Die **Zweckrücklage** ist gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung für die Finanzierung von Aufgaben der IBB zu verwenden. Der handelsrechtliche Jahresüberschuss des Instituts IBB ist gemäß § 19 der Satzung der Zweckrücklage zuzuführen, sofern nicht der Senat von Berlin anderweitig beschließt.

Der nach nationaler Rechnungslegung ausgewiesene handelsrechtliche Bilanzgewinn des Instituts IBB zum 31. Dezember 2012 wurde im Berichtsjahr in Höhe von 39,0 Mio. EUR der Zweckrücklage zugeführt und in Höhe von 44,8 Mio. EUR an das Land Berlin ausgeschüttet.

Die **anderen Gewinnrücklagen** beinhalten versicherungsmathematische Gewinne und Verluste gemäß IAS 19.120(c) in Höhe von -28,9 Mio. EUR (Vorjahr -35,9 Mio. EUR) sowie die Effekte aus der erstmaligen Anwendung der IFRS, mit Ausnahme der Bewertungseffekte für Finanzinstrumente der Kategorie AFS, in Höhe von 344,5 Mio. EUR (Vorjahr 344,5 Mio. EUR).

Die **Neubewertungsrücklage** enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS. Eine erfolgswirksame Erfassung erfolgt erst bei Abgang der Finanzinstrumente oder bei Vorliegen eines Impairments.

Nicht beherrschende Anteile werden gemäß IAS 27.28 ausgewiesen, obwohl die auf nicht beherrschende Anteile entfallenden Verluste deren Anteil am Eigenkapital übersteigen. Der übersteigende Betrag aus Vorjahren bis einschließlich 2009 (2,4 Mio. EUR) wird gemäß IAS 27.45(a) weiterhin im Konzernbilanzgewinn/-verlust ausgewiesen.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(59) Wertpapierpensionsgeschäfte

Im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften (Repo-Geschäfte) hat der Konzern Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Pension gegeben. Dafür werden standardisierte Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, verwendet. Die Chancen und Risiken aus den Finanzinstrumenten verbleiben bei der IBB. Zusätzlich besteht ein Kontrahentenrisiko für das Recht auf die Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Dieses Risiko ist durch Sicherheitsleistungen in Form von Bargeld und Wertpapieren, die täglich aktualisiert werden, abgedeckt.

Die Finanzinstrumente werden nicht ausgebucht und sind in der Bilanz in den Posten Finanzanlagen bzw. erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte enthalten. Die Buchwerte der in Pension gegebenen Wertpapiere stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Wertpapierpensionsgeschäfte	537,6	766,5
Finanzanlagen (AFS)	110,2	144,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	427,4	622,5

Die Buchwerte der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften betragen 549,7 Mio. EUR (Vorjahr 780,5 Mio. EUR) und werden im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Die Buchwerte entsprechen dem Fair Value. Die sich ergebende Nettoposition beträgt -12,1 Mio. EUR (Vorjahr -14,0 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten dienen als Sicherheit für das Kontrahentenrisiko der Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Während des Übertragungszeitraums hat die IBB keine Verfügungsgewalt über die Finanzinstrumente.

Im Konzern wurden zum Stichtag 31. Dezember 2013 keine Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften in Pension genommen (Reverse-Repo-Geschäfte).

(60) Sicherungsleistungen

a) gestellte Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag sind Vermögenswerte in folgender Höhe als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet bzw. übertragen:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Sicherungsleistungen	3.904,3	3.799,7
Forderungen an Kunden	419,8	797,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	1.872,9	1.611,9
Finanzanlagen	1.611,7	1.390,3

Hierbei handelt es sich um im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit dem ESZB verpfändete Wertpapiere sowie um Schuldscheindarlehen, die im Rahmen des Krediteinreichungsverfahrens (KEV) als Sicherheit für Zentralbankkredite an die Deutsche Bundesbank abgetreten wurden. Weiterhin ist eine Forderung an das Land Berlin als Sicherheit für eine Refinanzierung bei der KfW an die KfW abgetreten.

Die IBB begibt derzeit keine gedeckten Schuldverschreibungen. Der letzte Hypothekenpfandbrief war am 24. Januar 2013 endfällig. Die IBB machte von dem Recht nach § 51 Pfandbriefgesetz Gebrauch und führte das Deckungsregister ausschließlich für die vor Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes emittierten Pfandbriefe fort. Bis zu Fälligkeit des letzten Hypothekenpfandbriefs bestand eine deutliche Überdeckung durch hypothekarisch gesicherte Darlehen (Vorjahr 10 Mio. EUR umlaufende Pfandbriefe, 1.855,0 Mio. EUR Deckungsmasse).

b) erhaltene Sicherheiten

Der Konzern hat im Berichtszeitraum und im Vorjahr keine Sicherheiten in Form finanzieller und nicht finanzieller Vermögenswerte gehalten, die er auch ohne erlittenen Verlust veräußern oder verpfänden darf.

(61) Saldierung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden saldiert und als Nettobetrag in der Bilanz ausgewiesen, wenn zum gegenwertigen Zeitpunkt ein Rechtsanspruch darauf besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und die Absicht besteht, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Realisierung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

Nachfolgend sind sowohl die bilanzierten Finanzinstrumente dargestellt, die zum Bilanzstichtag saldiert wurden, als auch Finanzinstrumente, die einer rechtlich durchsetzbaren Globalverrechnungsvereinbarung unterliegen, unabhängig davon, ob die betreffenden Finanzinstrumente in der Bilanz tatsächlich saldiert wurden. Im Konzern gebräuchliche Rahmenverträge für OTC-Geschäfte sind der Rahmenvertrag für Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos), der Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte (DRV) sowie der ISDA Rahmenvertrag für Swaps. Diese sehen eine Verrechnung der gegenseitigen Ansprüche und Verpflichtungen nur im Fall der auf bestimmten Ereignissen beruhenden Kündigung sämtlicher Einzelgeschäfte unter einem Rahmenvertrag vor und berechtigen daher nicht zu einer Saldierung der bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Darüber hinaus ist in der Tabelle der Fair Value der in diesem Zusammenhang erhaltenen beziehungsweise gestellten Sicherheiten angegeben. Diese umfassen sowohl Barsicherheiten als auch als Sicherheiten erhaltene beziehungsweise gestellte Finanzinstrumente.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zur Saldierung per 31. Dezember 2013:

Aktiva:

in Mio. EUR	Derivate	Reverse Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Vermögenswerte	602,4	0,0	602,4
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	602,4	0,0	602,4
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	-367,5	0,0	-367,5
Erhaltene Finanzsicherheiten	-28,8	0,0	-28,8
Nettobetrag	206,0	0,0	206,0

Passiva:

in Mio. EUR	Derivate	Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten	650,1	549,7	1.199,8
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	650,1	549,7	1.199,8
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	-367,5	0,0	-367,5
Erhaltene Finanzsicherheiten	-87,2	-539,0	-626,2
Nettobetrag	195,4	10,7	206,1

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zur Saldierung per 31. Dezember 2012:

Aktiva:

in Mio. EUR	Derivate	Reverse Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Vermögenswerte	755,9	0,0	755,9
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	755,9	0,0	755,9
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	-468,4	0,0	-468,4
Erhaltene Finanzsicherheiten	0,00	0,0	0,00
Nettobetrag	287,5	0,0	287,5

Passiva:

in Mio. EUR	Derivate	Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Vermögenswerte	949,2	780,5	1.729,7
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	949,2	780,5	1.729,7
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	-468,4	0,0	-468,4
Erhaltene Finanzsicherheiten	-49,9	-767,7	-817,6
Nettobetrag	430,9	12,8	443,8

(62) Nachrangige Vermögenswerte

In den Bilanzposten sind nachrangige Vermögenswerte in folgender Höhe enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Nachrangige Vermögenswerte	1.536,5	1.742,2
Forderungen an Kunden	1.535,1	1.740,9
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	1,4	1,3

Bei den in den Forderungen an Kunden enthaltenen nachrangigen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Erklärungen nach § 88 Abs. 3 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

(63) Derivative Geschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden im IBB-Konzern ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich nach Produkten wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Zinsswaps	16.060,5	14.275,2	602,4	755,9	650,1	949,2
FRAs	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Caps/Floors	0,0	37,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	16.060,5	14.312,8	602,4	755,9	650,1	949,2

Nach Kontrahenten ergibt sich folgende Aufgliederung:

in Mio. EUR	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Banken OECD	15.617,1	13.865,7	565,7	706,7	633,8	927,7
Öffentliche Stellen OECD	200,0	200,0	16,7	21,0	16,3	21,6
Sonstige Kontrahenten	243,4	247,1	19,9	28,2	0,0	0,0
Gesamt	16.060,5	14.312,8	602,4	755,9	650,1	949,2

Die Gliederung nach Restlaufzeiten ergibt folgendes Bild:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	506,9	440,7
3 Monate bis 1 Jahr	1.219,4	1.568,7
1 Jahr bis 5 Jahre	8.075,6	7.023,8
über 5 Jahre	6.258,7	5.321,2
Gesamt	16.060,5	14.354,4

(64) Zeit- und Buchwerte nach Klassen und Bewertungskategorien

Der Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und von-einander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Schuld begleichen.

Der folgenden Tabelle sind die Buch- und Zeitwerte der Finanzinstrumente zu entnehmen. Die Gliederung beruht auf den jeweiligen Bilanzposten und gibt auf der zweiten Ebene die jeweilige Bewertungskategorie gemäß IAS 39 sowie ggf. auf der dritten Ebene die Klasse der zugeordneten Finanzinstrumente an. Bei der Buchwertangabe zu den Forderungen an Kunden und den Forderungen an Kreditinstitute wurden die Wertberichtigungen gekürzt.

in Mio. EUR	31.12.2013		31.12.2012	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
AKTIVA				
Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (AFV)	3.395,5	3.395,5	3.320,8	3.320,8
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	602,4	602,4	755,9	755,9
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	2.793,2	2.793,2	2.564,9	2.564,9
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	268,7	268,7	408,4	408,4
Finanzanlagen	2.524,4	2.524,4	2.156,5	2.156,5
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.466,9	2.466,9	2.110,7	2.110,7
Beteiligungsportfolios	57,5	57,5	45,8	45,8
Kredite und Forderungen (LAR)	15.293,1	15.126,0	15.951,1	15.216,7
Forderungen an Kreditinstitute	1.253,5	1.273,8	1.609,4	1.626,5
Forderungen an Kunden	14.037,4	13.850,0	14.339,0	13.587,5
Sonstige Aktiva	2,2	2,2	2,7	2,7
Zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)	2.066,3	2.066,3	1.790,4	1.790,4
Barreserve	24,3	24,3	19,5	19,5
Finanzanlagen	2.042,0	2.042,0	1.770,9	1.770,9
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.040,8	2.040,8	1.770,2	1.770,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,1	0,1	0,1	0,1
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,1	0,1	0,1	0,1
Beteiligungen	1,1	1,1	0,5	0,5
Sonstige Aktiva	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	20.754,9	20.587,8	21.062,3	20.327,9

in Mio. EUR	31.12.2013		31.12.2012	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
PASSIVA				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	14.398,4	15.718,8	13.892,5	14.718,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.971,1	2.965,2	3.518,1	3.447,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.407,6	6.750,6	5.677,6	6.791,8
Verbrieftete Verbindlichkeiten	6.006,3	5.989,6	4.674,7	4.456,4
Sonstige Passiva	13,4	13,4	22,1	22,1
Nachrangkapital	0,0	0,0	0,0	0,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (LFV)				
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterategorie HfT)	650,1	650,1	949,2	949,2
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	3.192,8	3.192,8	3.823,5	3.823,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	882,2	882,2	925,8	925,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.063,2	1.063,2	1.145,7	1.145,7
Verbrieftete Verbindlichkeiten	1.247,4	1.247,4	1.752,1	1.752,1
Nachrangkapital	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	18.241,3	19.561,7	18.665,3	19.490,9

Die Fair Values bestimmter zu Nominalwerten bilanzierter Finanzinstrumente entsprechen nahezu ihren Buchwerten. Hierunter fällt etwa die Barreserve. Bei den übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten Cashflows mit aktuellen Zinssätzen unter Berücksichtigung der jeweiligen Credit Spreads auf den Barwert diskontiert.

Für die an Börsen gehandelten Wertpapiere sowie bei börsennotierten Schuldtiteln wird auf quotierte Marktpreise zurückgegriffen.

Unter den Forderungen an Kunden werden Aufwendungsdarlehen mit einem Buchwert in Höhe von 4.069,3 Mio. EUR (Vorjahr 4.517,4 Mio. EUR) und einem Zeitwert in Höhe von 3.235,2 Mio. EUR (Vorjahr 3.895,7 Mio. EUR) ausgewiesen. Bei den Aufwendungsdarlehen handelt es sich um Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung. Die Darlehen werden in der Regel über einen Zeitraum von 15 Jahren ausgezahlt. Nach einer Ruhephase von 15 Jahren beginnt die Rückzahlung, wobei sich die Konditionen nach der Wirtschaftlichkeit der finanzierten Objekte richten. Zum Bilanzstichtag befanden sich Aufwendungsdarlehen mit einem Restkapital in Höhe von 2.255,8 Mio. EUR (Vorjahr 2.492,4 Mio. EUR) noch nicht in der Rückzahlungsphase. Die Aufwendungsdarlehen sind im Wesentlichen durch die Darlehensverbindlichkeit gemäß § 1 des Grundvertrages mit dem Land Berlin refinanziert.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wird die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin gemäß § 1 des Grundvertrages mit dem Land Berlin mit einem Buchwert in Höhe von 4.242,2 Mio. EUR (Vorjahr 4.682,2 Mio. EUR) sowie die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin für die Förderprogramme im Städtebaulichen Denkmalschutz mit einem Buchwert in Höhe von 40,4 Mio. EUR (Vorjahr 42,2 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Darlehensverbindlichkeiten dienen der Refinanzierung von Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung und werden nach den von der IBB erzielten Zins- und Tilgungsaufkommen aus den Förderdarlehen verzinst und getilgt. Für die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin ergibt sich ein Zeitwert in Höhe von 2.817,2 Mio. EUR (Vorjahr 3.421,4 Mio. EUR). Weitere Angaben zu den Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin werden bei der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (52) gemacht.

(65) Ergebnis nach Bewertungskategorien

Die Nettoergebnisse der einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich wie folgt:

2013:

in Mio. EUR	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	68,1	109,9	178,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	1,2	0,0	0,0	1,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,0	-0,3	0,0	0,0	0,0	-0,3
Erfolgsneutral erfasste Ergebnisbestandteile	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	0,6	-0,3	1,2	68,1	109,9	179,5

2012:

in Mio. EUR	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-5,2	0,0	0,0	0,0	0,0	-5,2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,8	-26,1	-25,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	-15,2	0,0	0,0	-15,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-0,1	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,3
Erfolgsneutral erfasste Ergebnisbestandteile	0,0	0,0	94,5	0,0	0,0	94,5
Gesamt	-5,3	-0,2	79,3	0,8	-26,1	48,5

Das ausgewiesene sonstige betriebliche Ergebnis betrifft Abgangsergebnisse (Kategorie LAC) bzw. gebildete Wertberichtigungen auf sonstige Forderungen.

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Zeitwert bewertet werden, ergeben sich folgende Gesamtzinserträge und Gesamtzinsaufwendungen:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Zinsaufwendungen	121,9	165,4
Zinserträge	375,6	417,1

(66) Bewertungsverfahren bei der Ermittlung von Zeitwerten

Die Buchwerte der in der Bilanz zum Zeitwert angesetzten Finanzinstrumente wurden mittels folgender Stufen der Bewertungshierarchie ermittelt:

in Mio. EUR	Level 1:		Level 2:		Level 3:		Gesamt	
	Quotierte Marktpreise		Bewertung basierend auf beobachtbaren Marktdaten		Bewertung nicht basierend auf beobachtbaren Marktdaten			
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte								
zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	268,7	408,4	0,0	0,0	268,7	408,4
Finanzanlagen	0,0	2.110,7	2.519,6	42,7	5,3	3,1	2.524,9	2.156,5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	0,0	0,0	602,5	755,9	0,0	0,0	602,5	755,9
Finanzanlagen (AFS)								
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	1.599,1	2.040,8	171,1	0,0	0,0	2.040,8	1.770,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,5	1,1	0,0	1,1	0,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen								
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	882,2	925,8	0,0	0,0	882,2	925,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	1.063,2	1.145,7	0,0	0,0	1.063,2	1.145,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	1.497,1	1.247,4	254,9	0,0	0,0	1.247,4	1.752,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	0,0	0,0	650,2	949,2	0,0	0,0	650,2	949,2

In Buchwerten zum 31.12.2013 wurden zwischen den Leveln 1 und 2 übertragen:

Übertragungen von Level 1 zu Level 2:

in Mio. EUR	2013	2012
Finanzanlagen	2.780,1	0,0
zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)	967,1	0,0
erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (AFV)	1.813,0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.067,4	0,0

Die erhebliche Verschiebung von Level 1- zu Level 2-Bewertungskursen ist vor allem auf die Inkraftsetzung des IDW-Standards HFA 47 zurückzuführen. Die IBB verwendet für einen Großteil der Bewertungen BVAL-Kurse (Bloomberg Valuation Service), die auf Durchschnittskursen von Wertpapieren beruhen, die an den Kapitalmärkten beobachtbar sind. Obwohl es sich hierbei um am Markt beobachtbare Kurse handelt, erfüllen diese nach HFA 47 formal nicht die Anforderungen an Level 1-Marktpreise, da eine Durchschnittsbildung vorgenommen wird.

Übertragungen von Level 2 zu Level 1:

in Mio. EUR	2013	2012
Finanzanlagen	0,0	0,0
zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)	0,0	0,0
erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (AFV)	0,0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0

Unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt des Ereignisses, das die Übertragung verursacht hat, werden die Übertragungen immer zum Ende der Berichtsperiode erfasst.

Die Überleitungsrechnung für Finanzinstrumente, deren Fair Value-Bewertung im Level 3 erfolgt, stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Beteiligungen AFV
Stand zum 01.01.2012	5,7
Verkäufe	-0,1
Käufe	0,7
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-3,7
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	3,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	-2,4
Stand zum 31.12.2012	3,1
Verkäufe	0,0
Käufe	1,5
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-0,9
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	2,8
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	-1,1
Stand zum 31.12.2013	5,4
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2012 bilanzierten Beständen	-3,7
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2013 bilanzierten Beständen	-0,9

Bei den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten des Levels 3 handelt es sich ausschließlich um Beteiligungen der in den Konzernabschluss einbezogenen VC-Gesellschaften. Die Umgliederungen in das Level 3 erfolgten bei der Berücksichtigung von Ab- bzw. Zuschlägen im Rahmen der Bewertung der Beteiligungen, beispielsweise mangels aktueller Daten aus Finanzierungsrunden, sowie bei einer vollständigen Abschreibung im Falle einer drohenden Insolvenz. Für die aus dem Level 3 umgegliederten Beteiligungen konnte auf den Ansatz von Ab- bzw. Zuschlägen verzichtet werden.

in Mio. EUR	Tochterunternehmen (AFS)
Stand zum 01.01.2012	0,0
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2012	0,0
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,1
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2013	0,1
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2012 bilanzierten Beständen	0,0
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2013 bilanzierten Beständen	0,0

in Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen (AFS)
Stand zum 01.01.2012	0,0
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2012	0,0
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,1
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2013	0,1
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2012 bilanzierten Beständen	0,0
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2013 bilanzierten Beständen	0,0

(67) Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Kredite und Forderungen und finanzielle Verbindlichkeiten

Der Konzern hat Kredite und Forderungen der Kategorie AFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Schuldscheindarlehen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Maximales Ausfallrisiko von erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Krediten und Forderungen	268,7	408,4
Forderungen an Kunden	268,7	408,4

Das maximale Ausfallrisiko entspricht dem Buchwert.

Daneben wurden finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie LFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich um Namenspapiere und Emissionen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

Aus der Änderung des Kreditrisikos resultierten Änderungen der Zeitwerte in folgender Höhe:

in Mio. EUR	Berichtszeitraum		Kumuliert	
	2013	2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kunden	0,5	4,8	3,0	3,8
Finanzielle Verbindlichkeiten	7,2	72,4	-18,2	-26,2

Die Ermittlung des Anteils der Änderungen der Zeitwerte, die auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführen sind, erfolgt durch Erhebung der Änderungen der Zeitwerte, die nicht auf Änderungen der Marktbedingungen zurückzuführen sind.

Die folgende Übersicht enthält die Buchwerte (ohne anteilige Zinsen zum Stichtag) und die vertraglich bedingten, bei Fälligkeit zu zahlenden Beträge von erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Zeitwert (Buchwert)	3.141,7	3.765,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	864,1	907,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.042,4	1.124,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.235,2	1.734,0
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	2.935,0	3.456,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	805,0	820,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	945,0	981,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.185,0	1.655,0

Sonstige Angaben

(68) Eigenkapitalmanagement

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der IBB-Institutsgruppe werden durch das Eigenkapitalmanagement der IBB umfasst. Das Eigenkapitalmanagement der IBB umfasst die Planung und Steuerung der aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Eigenmittel der Bank, die Kapitalallokation, die Überwachung und Steuerung der Risikoposition und die Einhaltung der Risikolimits.

Im Einklang mit den MaRisk müssen die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sein, damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung. Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Die Zielfunktion der wertorientierten Risikotragfähigkeit ist die Steuerung des Risikokapitals zur Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank. Zur Bestimmung der wertorientierten Risikotragfähigkeit wird regelmäßig das Verlustrisiko ermittelt und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

Die Quantifizierung der Adressrisiken erfolgt im Mark-to-Model-Modus. Im Rahmen dieser wertorientierten Bestimmung des Adressrisikos werden für alle Positionen die Ausfallrisiken und die potenziellen Wertänderungen aufgrund von Bonitätsmigrationen berücksichtigt.

(69)Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der IBB-Institutsgruppe werden nach den Vorschriften der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach ist die Gruppe verpflichtet, im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, insbesondere im Interesse der Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte, eine angemessene Eigenmittelausstattung zu gewährleisten.

Die Eigenmittel der Institutsgruppe gemäß § 10a KWG nach dem Stand bei Geschäftsschluss (vor Feststellung der Einzelabschlüsse nach nationaler Rechnungslegung) stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Eingezahltes Kapital	306	306
Offene Rücklagen	454	415
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	144	144
abzüglich:		
Bilanzverlust	-22	-12
immaterielle Anlagewerte	-1	-1
Buchwert der auf die gruppenangehörigen Unternehmen entfallenden Kapitalanteile und Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	-92	-97
Kernkapital	789	755
Vorsorgereserven nach § 340f HGB	58	117
Ergänzungskapital	58	117
abzüglich:		
Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 KWG	-2	-1
Haftendes Eigenkapital/Eigenmittel für Solvabilitätszwecke	845	871

Der IBB-Konzern ist nach der Solvabilitätsverordnung verpflichtet, seine Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken sowie das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Adressenausfallrisiken	334	330
Marktpreisrisiken	0	0
Operationelle Risiken	28	28
Kapitalanforderungen	362	358
Kernkapitalquote in %	17,4	16,9
Gesamtkennziffer in %	18,7	19,5

Gemäß der Solvabilitätsverordnung darf die Kernkapitalquote (Kernkapital/gewichtete Risikoaktiva) 4 % und die Eigenkapitalquote (haftendes Eigenkapital/gewichtete Risikoaktiva) bzw. die Gesamtkennziffer (anrechenbare Eigenmittel/Summe aus den gewichteten Risikoaktiva und dem Anrechnungsbetrag der operationellen Risiken) 8 % nicht unterschreiten. Diese aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

(70) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen

Die in der Übersicht angegebenen Finanzgarantien und Kreditzusagen stellen die Nominalwerte der jeweils eingegangenen Verpflichtungen abzüglich der in der Bilanz ausgewiesenen Risikovorsorge dar.

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Finanzgarantien	122,2	109,0
Kreditbürgschaften, Ausfallgarantien und sonstige Gewährleistungen	122,2	109,0
Andere Verpflichtungen	859,0	975,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	859,0	975,6
Gesamt	981,3	1.084,6

Bei den außerbilanziellen Verpflichtungen des IBB-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln die möglichen Verpflichtungen bei der vollständigen Ausnutzung der eingeräumten Kreditzusagen wider.

(71) Treuhandgeschäfte

Die IBB verwaltet Treuhandvermögen für die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und für das Land Berlin.

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Land Berlin	80,5	69,9
EFRE-Mittel	69,3	53,7
Kreditanstalt für Wiederaufbau	0,2	0,4
Gesamt	150,0	124,0

Diese in der Bilanz nicht ausgewiesenen Treuhandgeschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Treuhandvermögen	150,0	124,0
Forderungen an Kunden	97,2	70,6
Wohnungsbau	29,9	29,2
Wirtschaftsförderung	67,3	41,4
Beteiligungen	52,7	53,4
Wirtschaftsförderung	52,7	53,4
Treuhandverbindlichkeiten	150,0	124,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,2	0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	149,8	123,6

(72) Angaben zu Leasingverhältnissen

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

In den folgenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
bis 1 Jahr	0,2	1,6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0
Gesamt	0,2	1,6

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestzahlungen (bis in das Jahr 2013) in Höhe von 0,0 Mio. EUR (Vorjahr 0,4 Mio. EUR.) erwartet.

Die erfolgswirksam erfassten Mindestleasingzahlungen betragen 0,8 Mio. EUR (Vorjahr 1,2 Mio. EUR).

(73) Sonstige Haftungsverhältnisse

Die [Detailvereinbarung](#) vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft (Landesbank Berlin, Berlin-Hannoversche Hypothekenbank und Investitionsbank Berlin) und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die Investitionsbank Berlin am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z.B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich EUR 15,0 Mio. an das Land Berlin zu zahlen. Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die Investitionsbank Berlin an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2013 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von 1.546,2 Mio. EUR (Vorjahr 1.712,1 Mio. EUR) für die offene Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von 180,9 Mio. EUR (Vorjahr 92,5 Mio. EUR) bestehen, sowie Bürgschaften in Höhe von 8,2 Mio. EUR (Vorjahr 8,2 Mio. EUR).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von 3,3 Mio. EUR.

(74) Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausübbares Stimmrecht im Konzern in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Vom 31.12.2013 abweichender Jahresabschluss
Konsolidierte Tochterunternehmen					
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin	100,00	100,00	46	10	
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,00	100,00	16.528	1	
IBB-Holding GmbH, Berlin	100,00	100,00	767	191	
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin	100,00	100,00	643	-201	
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin	100,00	100,00	-8.736	975	
ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	52,50	52,50	-10.993	-559	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	13.359	2.421	
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	21.084	-1.852	
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	41.294	-1.451	
Konsolidierte Spezial-Sondervermögen					
DeAM-Fonds IBB Corp	100,00	100,00	158.326	7.036	
Assoziierte Unternehmen - bewertet at-equity					
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin ⁴	31,51	31,51	1.605	-299	
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	25,00	20,60	790	-9	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen					
IBB Business Team GmbH, Berlin ¹	100,00	100,00	80	0	X
Assoziierte Unternehmen – nicht at equity-bewertet					
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ¹	50,00	50,00	56	-131	X
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ¹	25,20	25,20	1.967	539	X
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsges. mbH, Berlin ¹	25,20	25,20	33	2	X
Sonstige Beteiligungen der IBB					
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ^{1, 2}	19,92	20,00	5.415	-324	

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausübbares Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Vom 31.12.2013 abweichender Jahresabschluss
Beteiligungen der VC-Portfolios von mindestens 20 %³					
ALRISE Biosystems GmbH, Berlin ¹	27,68	27,68	477	297	X
BioGenes GmbH, Berlin ¹	20,02	20,02	395	131	X
C'est tout GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	-415	-589	X
cloudControl GmbH, Berlin ¹	24,51	24,51	405	-523	X
CommitMed GmbH, Berlin ¹	23,40	23,40	638	-217	X
Eternynen GmbH, Berlin ¹	24,32	24,32	463	-187	X
HTM Reetz GmbH Hochtemperaturmaterialien und -Geräte, Berlin ¹	30,00	30,00	358	-1	X
LAX GmbH, Berlin ¹	25,00	25,00	47	-80	X
Limmer Laser GmbH, Berlin ¹	25,10	25,10	154	-43	X
Luceo Technologies GmbH, Berlin ¹	24,80	24,80	-164	5	X
Match Technologies GmbH, Berlin ¹	21,50	21,50	49	-160	X
MikroM Mikroelektronik für Multimedia GmbH, Berlin ¹	23,47	23,47	-1853	-190	X
Move & Traffic Controls GmbH, Berlin ¹	34,42	34,42	-829	41	X
MyGall GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	-394	-619	X
optricon Entwicklungsgesellschaft für Optische Technologien mbH, Berlin ¹	25,94	25,94	252	-883	X
PACE Aerospace Engineering and Information Technology GmbH, Berlin ¹	27,04	27,04	2599	1135	X
PictureTree International GmbH, Berlin ¹	20,02	20,02	304	-21	X
Sportrade GmbH, Berlin ¹	22,50	22,50	200	-354	X

¹ Jahresabschluss nach HGB

² kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine Mitwirkung an der Geschäfts- und Dividendenpolitik, keine faktische Einflussnahme. Widerlegung IAS 28.7)

³ Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.1 Gebrauch gemacht

⁴ Verschmelzung der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin, auf die Berlin Partner GmbH, Berlin, und Umfirmierung zur Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin, zum 1. Januar 2013

Sofern die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2013 noch nicht vorlagen, beziehen sich die dargestellten Werte jeweils auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012.

(75) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Der Konzern zählt zu den nahe stehenden juristischen Personen nach IAS 24 den alleinigen Anteilseigner der IBB, das Land Berlin (und dessen Mehrheitsbeteiligungen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen), sowie Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen (vgl. Angabe (74)). Als nahe stehende natürliche Personen gemäß IAS 24 werden die Mitglieder des Vorstands des Verwaltungsrates der IBB sowie deren nahe Familienangehörige definiert (vgl. Angabe (79)).

Der Konzern nimmt für die mit dem Land Berlin bestehenden Geschäftsvorfälle die Befreiungsvorschrift des IAS 24.25 in Anspruch. Dargestellt werden gemäß IAS 24.26 die Art und Höhe der Geschäftsvorfälle, die für sich genommen signifikant sind und der qualitative oder quantitative Umfang von Geschäftsvorfällen, die zwar nicht für sich genommen, aber in ihrer Gesamtheit signifikant sind.

Die Bestände resultierend aus Transaktionen (ohne die im Rahmen der Konsolidierung zu eliminierenden Geschäfte) mit nahe stehenden Unternehmen und Personen setzen sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	Land Berlin			
	Mehrheitsbeteiligungen	Assoziierte Unternehmen	Tochterunternehmen	Assoziierte Unternehmen
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	3.372,2	288,9	0,0	0,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	28,0	0,0	0,0	9,2
Finanzanlagen	52,8	0,0	0,1	0,0
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,7
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.483,4	0,0	0,0	0,0
Rückstellungen	43,9	0,0	0,0	6,9

Zum 31. Dezember 2012:

in Mio. EUR	Land Berlin			
	Mehrheitsbeteiligungen	Assoziierte Unternehmen	Tochterunternehmen	Assoziierte Unternehmen
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	2.703,5	304,0	0,0	0,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	61,6	0,0	0,0	9,3
Finanzanlagen	54,2	0,0	0,1	0,0
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,7
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.853,8	0,0	0,0	0,0
Rückstellungen	48,6	0,0	0,0	6,9

Die mit dem Land Berlin abgeschlossenen Geschäfte im Berichtsjahr erfolgten im festgelegten Rahmen des Investitionsbankgesetzes. Die IBB darf zur Durchführung ihrer Aufgaben Darlehen, Zuschüsse und andere Finanzierungsformen gewähren und verwalten, Bürgschaften und andere Gewährleistungen übernehmen und verwalten, Unternehmen gründen, Beteiligungen an Unternehmen eingehen, Unternehmensbeteiligungen verwalten und sonstige im Zusammenhang mit Beteiligungen stehende Geschäftsbesorgungen erbringen sowie Beratungs- und sonstige Dienstleistungen wahrnehmen, die in direktem Zusammenhang mit ihrem Fördergeschäft stehen (§ 6 Investitionsbankgesetz).

Die Beziehung zum Land Berlin ist weitgehend im mit der damaligen Wohnungsbaukreditanstalt geschlossenen Vertrag vom 18./30. November 1966 in der Fassung vom 25. November/24. Dezember 1981 ("Grundvertrag") geregelt. Der Vertrag ist aufgrund der in § 3 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Berlin vom 25. November 1992 bzw. in § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Abspaltung der Investitionsbank Berlin aus der Landesbank Berlin vom 25. Mai 2004 geregelten Überführung der WBK zuerst auf die LBB und dann auf die selbstständige IBB durch Gesamtrechtsnachfolge weiterhin bindend.

Die Forderungen gegenüber dem Land Berlin resultieren im Wesentlichen aus im Rahmen der Immobilienfinanzierung von der IBB verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften im Beteiligungskreis des Landes Berlin gewährten Darlehen (1.581,9 Mio. EUR, Vorjahr 1.462,8 Mio. EUR) sowie aus der Finanzierung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe AöR (1.260,0 Mio. EUR, Vorjahr 659,1 Mio. EUR). Des Weiteren werden Forderungen gemäß § 8 des Grundvertrags aus der Erstattung des Schuldendienstes für von der IBB am Kapitalmarkt aufgenommene Mittel ausgewiesen (356,3 Mio. EUR, Vorjahr 400,9 Mio. EUR).

Vom Land Berlin wurden Schuldscheindarlehen in Höhe von 11,5 Mio. EUR (Vorjahr 44,4 Mio. EUR) und Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 69,3 Mio. EUR (Vorjahr 71,3 Mio. EUR) erworben, die unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten sowie Finanzanlagen ausgewiesen werden.

Unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten werden daneben Beteiligungsportfolios ausgewiesen, die assoziierte Unternehmen der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH enthalten.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile betreffen die Berlin Partner GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH.

Bezüglich der Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin verweisen wir auf die Erläuterungen unter Angabe (52). Die Verbindlichkeiten enthalten Termingeldeinlagen des Landes Berlin in Höhe von 34,8 Mio. EUR (Vorjahr 35,2 Mio. EUR).

Die Rückstellungen gegenüber dem Land Berlin in Höhe von 43,9 Mio. EUR (Vorjahr 48,6 Mio. EUR) resultieren im Wesentlichen aus vom Land Berlin für die VC Fonds Berlin GmbH, die VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und die VC Fonds Technologie Berlin GmbH ausgereichten Zuwendungen, die am Ende der Vertragslaufzeit erfolgsabhängig an das Land zurückzuzahlen sind. Die Rückstellungen gegenüber den assoziierten Unternehmen betreffen Förderleistungen für die Berlin Partner GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH.

Bezüglich der "Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft" (Detailvereinbarung) verweisen wir auf die Angabe (73).

Zur Reduzierung der durch die Detailvereinbarung abgeschirmten Risiken wurden Eigenkapitalanteile an geschlossenen Immobilienfonds durch eine Zweckgesellschaft (FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH) im Treuhandwege durch die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) von den Fondszeichnern in bislang fünf Fondsanteilerwerben zurückgekauft. Für die gezahlten Kaufpreise hat die LPFV im Rahmen der Erfüllungsübernahme der Detailvereinbarung einen Ausgleichsanspruch gegenüber dem Land Berlin. Die LPFV hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, diese Ausgleichsansprüche mit vorheriger Zustimmung des Landes Berlin im Wege von einrede- und einwendungsfreien Forfaitierungen an die IBB zu veräußern. Gemäß der „Vereinbarungen über die Forfaitierung von Ausgleichsansprüchen“ vom 20. Dezember 2007, 12. Dezember 2011 sowie 26. September 2012 hat sich die IBB zum Forderungsankauf der in den Jahren 2008 bis 2013 entstehenden Erstattungsansprüche der LPFV gegenüber dem Land Berlin bis zu einer Höhe von insgesamt max. 789,8 Mio. EUR (Vorjahr 867,0 Mio. EUR) verpflichtet. In Höhe der noch nicht an die IBB abgetretenen Ansprüche bestehen Kreditzusagen gegenüber dem Land Berlin in Höhe von 142,4 Mio. EUR (Vorjahr 241,3 Mio. EUR). Daneben bestehen Kreditzusagen im Rahmen der Finanzierung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe AöR in Höhe von 30,0 Mio. EUR (Vorjahr 41,2 Mio. EUR) sowie an weitere Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin in Höhe von 75,1 Mio. EUR (Vorjahr 128,3 Mio. EUR).

Die Finanzgarantien enthalten Verpflichtungen aus Bürgschaften gegenüber Mehrheitsunternehmen und assoziierten Unternehmen des Landes Berlin in Höhe von 26,1 Mio. EUR (Vorjahr 28,2 Mio. EUR).

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung erfolgte durch die IBB die treuhänderische Vergabe von Darlehen und Übernahme von Beteiligungen an assoziierten Unternehmen in Höhe von 3,0 Mio. EUR (Vorjahr 3,0 Mio. EUR).

Im Bereich der Immobilienförderung bestehen Bürgschaften des Landes Berlin gegenüber Gesellschaften des Beteiligungskreises des Landes Berlin in Höhe von 89,9 Mio. EUR (Vorjahr 107,9 Mio. EUR). Die Bearbeitung und Verwaltung der Bürgschaften hat die IBB als Dienstleister für das Land Berlin übernommen.

Transaktionen mit Gemeinschaftsunternehmen des Landes Berlin bestanden nicht.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der IBB wurden alle Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

(76) Bezüge und Pensionszusagen der Organe

Die Bezüge des Vorstands und Verwaltungsrats im Geschäftsjahr 2013 bzw. im Vorjahr setzen sich wie folgt zusammen (inklusive Zuführung zu Rückstellungen):

in TEUR	Vorstand		Verwaltungsrat	
	2013	2012	2013	2012
Bezüge der Organe				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen			249	301
Kissing, Ulrich	547	526		
Dr. Schneider, Frank	369	335		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses				
Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen	0	0	—	—
Beiträge an beitragsorientierte Versorgungspläne	50	50	—	—
Bezüge früherer Organmitglieder oder deren Hinterbliebener				
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	586	517	—	—
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen)	6.889	7.009	—	—

Die laufenden Gehaltsbestandteile 2013 für Herrn Kissing und Herrn Dr. Schneider enthalten jeweils variable Vergütungsanteile in Höhe von 96 TEUR für das Geschäftsjahr 2012.

Die Zahlung der variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören u. a. die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100% ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

(77) Geschäftsvorfälle mit Organen

Mitgliedern des Vorstandes oder des Verwaltungsrates wurden folgende Kredite gewährt:

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Kredite an Mitglieder des Vorstandes	0	0
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrates	11	11
Gesamt	11	11

Die Kredite wurden zu folgenden Konditionen und Bedingungen gewährt:

Konditionen	
Nominalzinsen	6,0 % p. a.
Verwaltungskostenbeitrag	0,5 % p. a.
Bedingungen	
Laufzeit	30.12.1993–30.06.2033
Annuitätische Tilgung	2,0 % p. a.
Tilgungsbeginn	01.07.2010
Sicherheiten	Haftung Land Berlin gemäß § 3 Abs. 2 Grundvertrag Grundschild

(78) Corporate Governance

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der Investitionsbank Berlin vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) wurden am 17. Februar 2009 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Investitionsbank Berlin veröffentlicht.

(79) Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates der IBB

Vorstand	
Ulrich Kissing (bis 21. März 2014)	Vorsitzender des Vorstands
Dr. Frank Schneider	Mitglied des Vorstands
Verwaltungsrat	
Cornelia Yzer	Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin
Michael Müller	Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin
Dr. Margaretha Sudhof	Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Prof. Dr. Liane Buchholz (bis 31. Dezember 2013)	Leiterin der Management-Akademie der Sparkassen-Finanzgruppe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. und Dozentin der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin
Karin Dietz (bis 28. Januar 2014)	Freie Beraterin Diplom-Ingenieurin
Dr. Dietrich Rümker	Vorsitzender des Vorstands i.R. der Landesbank Schleswig-Holstein (seit 2003: HSH Nordbank AG)
Michaela Maria Eder von Grafenstein (ab 28. Januar 2014)	Chief Risk Officer der Aquila Gruppe
Michael Bomke	Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Nadja Bernstein	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Swen Hoffmann	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin

(80) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2013	2012
Vollzeitbeschäftigte	443	458
Teilzeitkräfte	165	163
Auszubildende	33	35
Gesamt	641	656

(81) Ereignisse nach dem 31. Dezember 2013

Mit Wirkung vom 21. März 2014 wurde der Vorsitzende des Vorstands im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeträgen vom Verwaltungsrat der Bank aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung als Mitglied des Vorstands abberufen und von seinen Aufgaben entbunden. Ebenso wurde der Dienstvertrag gemäß § 626 BGB fristlos gekündigt. Eine arbeitsgerichtliche Auseinandersetzung ist nicht auszuschießen.

Die sich aus dem Sachverhalt ergebenden Verpflichtungen der Bank gegenüber dem Sozialversicherungsträger wurden als Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen in der Bilanz berücksichtigt.

Zudem scheidet der Marktfolgevorstand am 30. April 2014 mit Ablauf seines Vertrages aus der IBB planmäßig aus. Die Nachfolgerin wird am 01. Juli 2014 ihren Dienst antreten.

Für die Zwischenzeit soll im Einvernehmen mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) übergangsweise ein Geschäftsleiter bestellt werden.

(82) Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr 2013 wurde im Aufwand ein Gesamthonorar von 553 TEUR erfasst. Davon entfallen auf die Abschlussprüfung 322 TEUR, auf andere Bestätigungsleistungen 8 TEUR und auf sonstige Leistungen 223 TEUR.

(83) Übrige sonstige Angaben

Der Konzernabschluss, bestehend aus Konzern-Bilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzern-Anhang sowie ergänzend dem Konzernlagebericht, wurde vom Vorstand der IBB am 31. März 2014 aufgestellt und zur Weitergabe an den Verwaltungsrat freigegeben.

Der Verwaltungsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Berlin, 31. März 2014

Der Vorstand



Dr. Frank Schneider

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Investitionsbank Berlin, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 10. April 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. David Behrendt
Wirtschaftsprüfer

Versicherung des gesetzlichen Vertreters

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, den 31. März 2014



Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands

Impressum

– *Herausgeber*

Investitionsbank Berlin
Vorstandsstab Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 / 21 25 - 0
Telefax: 030 / 21 25 - 20 20
www.ibb.de

– *Gestaltung*

Adjouri Brand Consultants GmbH
Feurigstraße 54
10827 Berlin
www.adjouri.com

↳ Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

↳ Telefon: 030 / 2125-0
↳ Telefax: 030 / 2125-2020
↳ Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

↳ www.ibb.de



Leistung für Berlin.